

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 23. Oktober 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Ergebnisse des französischen Gewerkschaftskongresses.

Was bedeuten die Verhandlungen von Marseille für die Gewerkschaftsbewegung und überhaupt für die Arbeiterbewegung Frankreichs? Eine Verstärkung der antiparlamentarischen, anarchisierenden Tendenzen, die bisher so oft in der Arbeitskonföderation den Anschlag gegeben hatten? Eine Annäherung an den Neutralitätsgedanken, der die Gewerkschaft nur als Organismus zur Vertretung der allein wirtschaftlichen Interessen gelten läßt und die darüber hinausgreifende Massenfunktion anderer Organisationen abhebt? Oder die Herauskristallisierung einer Gewerkschaftspolitik, die, ohne für sich alleinige Geltung zu beanspruchen und das Lebensrecht der spezifisch politischen sozialistischen Parteiorganisation anzutasten, die Macht der auf ökonomischer Basis vereinigten Massen in den entscheidenden Kämpfen der Klassen einsehen will? Die Antwort auf diese Frage ist nicht leicht, weil sie sich verändern muß, je nachdem man die Bestimmungen des Kongresses, den Grundton der Reden der Mehrheitsredner oder ihr Verhalten zu den einzelnen, dem Kongress vorgelegten Fragen ins Auge faßt. An Unklarheit, an Widersprüchen, an selbstgefälligem Phrasentum, an revolutionärem Ueberlieferungsmust hat es dieser Versammlung wahrlich nicht gefehlt. Und doch! Das Gesamtbild zeigt eine merkwürdige Regsamkeit des Geistes und des Willens, eine stürmische Cäsur, deren Resultat man mit Zuversicht entgegenblicken darf.

Man muß nun freilich sagen: für einen Gewerkschaftskongress war es ein sehr politischer Kongress. Von den fünfundsiebzig Kongrestagen sind keine anderthalb für die wirtschaftlichen Fragen übrig geblieben. Nur die Frage der Industrieverbände hat man gründlich durchdiskutiert; Achtstundentag, Unfallversicherung, Aussperrung wurden in der Form einer Schlußförmung mit Resolutionen abgetan. Sonst war alles Politik: die Debatte über den Vorstandsbericht, über die internationalen Beziehungen, über das Verhalten im Kriegsfall, Politik auch der Kampf um die Proportionalvertretung. Allen Theorien zum Trotz kann eben die Arbeiterklasse der Politik nicht entzogen werden. Zur einen Tür hinausgeworfen, kommt sie zur anderen herein.

Allerdings — sozialistische Politik darf sie nicht heißen. Das Wort ist verpönt, steht es doch im Titel der politischen Partei. Man sagt also statt Sozialismus wieder Kommunismus und glaubt, damit aus dem Bereich der „Meinungen“ wieder in das der „Interessen“ geraten zu sein. Die Gewerkschaften und Arbeitsbörsen als Wirtschaftseinheiten der kommunistischen Gesellschaft — diese eine unter den vielen Theorien des Sozialismus wird einfach als dogmatisches Programm angenommen, das alle Sozialrevolutionäre vereinigen könne. So ist das Ziel mühelos gesteckt, das Mittel heißt Generalstreik. Wagt man, richtunggebende Idee ist es für die Gelehrten, eine bequeme Schablone für die Gedankenlosen.

Aber die Entwicklung selbst revoltiert gegen diese allzu einfachen Formeln. Von allen Seiten her wurden sie angegriffen. Sobald die anhaltende Gewerkschaftsarbeit beginnt, mit den Sorgen des täglichen Kampfes erwacht das Bedürfnis, die Zwecke mit den gegebenen Mitteln in Einklang zu sehen, reißt das Verantwortlichkeitsgefühl der leitenden Personen. Seit dem Kongress von Amiens haben sich in den vom revolutionären Syndikalismus beherrschten Organisationen unlegbare Wandlungen vollzogen. Die revolutionäre Märkte von ihnen, der mächtig aufgebühten Bauarbeiterverband, ist zum System der hohen Beiträge übergegangen. Und hatte man schon in Amiens die so übel bewährte amerikanische Taktik der sofortigen Eroberung des Achtstundentages aufgegeben, um an ihre Stelle wiederholte, der Kraft der verschiedenen Organisationen angemessene Aktionen bis zur vollständigen Erringung der achtstündigen Maximalarbeit zu setzen, so hat der Kongress von Marseille diese neue Tendenz auf Verlangen der Bauarbeiter noch unterstrichen.

Sicherlich, die reformistischen Gewerkschaftler sind auch in Marseille besiegt worden. Trotzdem sie zweifellos die stärkeren Redner ins Feld zu schicken hatten, sind sie in der Frage der internationalen Beziehungen mit 444 gegen 722 Stimmen unterlegen, bei der Abstimmung über die Proportionalvertretung mit 383 gegen 741 — ein Ergebnis, das besonders schlecht erscheint, da trotz des Eintritts der Bergarbeiter das Verhältnis der Parteien seit dem Kongress von Bourges von 1904 nichts geändert hat, bei der Abstimmung über das Verhalten im Kriegsfall mit 421 gegen 681 Stimmen, wobei die Stimmenthaltung übenden Bergarbeiter immerhin der Minorität zuzurechnen wären. Der Sieg des Konföderationsvorstandes — seiner verhafteten Mitglieder und ihrer Stellvertreter — ist also unlegbar. Es ist wahr, daß er die Meinung der Mehrheit nicht zum Ausdruck bringt. Von den 295 000 der Konföderation durch ihren Gewerkschaftsverband angeschlossenen Mitgliedern gehören 140 000 den reformistischen oder genauer neutralistischen Organisationen an, über 24 000 solchen Verbänden, die weder der einen noch der anderen Richtung zugerechnet werden können. Nun haben freilich auch die neutralistischen Konföderationen, wie die Buchdrucker, die Legilarbeiter, die

Eisenbahner, syndikalistische Minoritäten, andererseits finden sich neutralistische Minoritäten auch in den syndikalistischen Gewerkschaften. Rechnet man in beiden Fällen der Minderheit 20 Proz. zu, nimmt man ferner an, daß in den unsicheren Gewerkschaften nur 40 Proz. den Neutralisten zukommen, so erhält man für die Neutralisten 147 000 Stimmen, also rund die Hälfte. Dabei dann doch auch nicht zu übersehen ist, daß der Mehrheit die Organisationen angehören, die vom Typus des modernen großindustriellen Arbeiters am meisten entfernt sind, wie die der Holzschläger.

Ist aber die Niederlage der Neutralisten nicht zu bestreiten, so bleibt doch die Frage, ob nicht in der Haltung der Mehrheit selbst ein Einschwenken bemerkbar ist. Man muß da zwischen den Beschlüssen selbst und dem Geist, worin sie gefaßt wurden, unterscheiden. So klingt die Resolution Merxheim über die Beziehungen zur Gewerkschafts-Internationale sicher noch recht kriegerisch: Die Gewerkschaftskonferenzen werden als unnütze Geldausgabe charakterisiert und die Einberufung von internationalen Gewerkschafts-Kongressen gefordert. Die Tendenz, die bisherige Einheit der internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftspresse aufzulösen, ist unverkennbar. Aber der Ton ist doch ein ganz anderer. Dem Internationalen Bureau wird nicht mehr die Verhandlung über Generalstreik und Antimilitarismus als Bedingung der Beschickung der Konferenzen gefordert, sondern die Beratung eines — unzweifelhaft zulässigen — Antrages auf Organisation internationaler Kongresse. Für den Fall, daß dieser Antrag abgelehnt würde, ist nichts vorausbestimmt. Die Konföderation wird sicher auch die folgenden Konferenzen nicht beschiden, aber sie hat den in Amiens gefassten Beschluß, sich gegebenenfalls mit den ausländischen Organisationen über die Köpfe des Internationalen Bureau ins Einberufen zu setzen, nicht mehr ausdrücklich wiederholt. Sie beginnt mit den Tatsachen zu rechnen, will keine internationale syndikalistische Fronde mehr organisieren und betont vor allem ihre unverbrüchliche Zugehörigkeit zur Gewerkschafts-Internationale. Das ist ein unverkennbares Zeichen der Stimmung in den aktiven Organisationen.

Auch von „revolutionärer Gymnastik“ will man nichts mehr wissen. Sehr bezeichnend war in dieser Beziehung die Diskussion über die Affäre von Draveil. Niemand fiel es ein, den traurigen Tag in der Art der Herbeiführen als ein der Wiederholung wertvolles Revolutionsdatum zu feiern. Die syndikalistischen Führer waren bestrebt, die Schuld an dem Gemetzel einzig der Regierung zuzuschreiben, die friedliche Absicht der manifestierenden Bauarbeiter zu betonen. Und man hörte auch eine starke Anspielung: Ich werde mich hüten, meine Kameraden wieder auf die Schlachtbank zu führen, rief Latapie.

Noch sind die syndikalistischen Führer bei dieser neuen Taktik ihrer Truppen nicht sicher. Noch löst die konfuse Phrase des mundfertigen Demagogen Broutchour donnernden Beifall aus. Die Mehrheit erhebt ein wütendes Geschrei, wenn der mutige Sozialdemokrat Renard davon spricht, daß bei unvorsichtig veranfaßten Kundgebungen die Massen in die Hand von ein paar Narren gegeben seien, sie tobt, da der Reformist Coupat, die Bedeutung gefüllter Organisationsklassen rühmend, wegwerfend von den „verleumdeten kommunistischen Suppen“ spricht; sie leistet sich einmal das Späßchen, den Anarchisten Broutchour zum Vorsitzenden zu wählen, denselben Broutchour, dessen systematische Verjagung, die Einigung mit den Vergarbeitern noch nachträglich zu zerstören, die entrüstete Mehrheit des stellvertretenden Konföderationssekretärs Luquet veranlassen.

So sehen wir das merkwürdige Schauspiel: Eine halb-anarchistische Mehrheit, gegen die Neutralisten von Leuten geführt, die diesen innerlich wohl eher näherstehen als ihren eigenen Truppen. Man betrachte nur die Debatte über die Haltung im Kriegsfall. Eine lange Nachmittags Sitzung hindurch tritt ein Mehrheitsredner nach dem andern auf, um zu erklären, daß der Arbeiter antipatriotisch sein müsse, und am nächsten Morgen stellt Merxheim, heute unstrittig der bedeutendste der syndikalistischen Führer, fest, daß der Antipatriotismus gar nicht auf der Tagesordnung gestanden habe. In der vom Konföderationskomitee unterfertigten Resolution aber ist die den Antipatrioten des Seine-Departements so wichtige „Insurrektion“, im Kriegsfall gar nicht erwähnt und an ihre Stelle die Erziehung zum revolutionären Generalstreik gesetzt. Daß die Insurrektion als ein politischer Akt aus dem Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften ausgeschlossen wurde, blieb nicht unbemerkt. Broutchour sah den Herdeseufz und erklärte finst, er werde wohl mit seinen Freunden für die Resolution stimmen, aber sie als Billigung des Antipatriotismus kommentieren. So war die Abstimmung nur geeignet, eine zweideutige Situation zu schaffen. Obendrein hat Merxheim hinterher ausdrücklich bekanntgemacht, daß es nur auf einem Flüchtigkeitsfehler beruhe, daß die Resolution nicht vom internationalen revolutionären Generalstreik spreche, denn die Internationalität dieser Streiks sei für ihn eine notwendige Voraussetzung.

Die Tragweite dieser Absage an den Gefühlspatriotismus ist nicht zu verkennen. Wohl bleibt der skrupellosen Bourgeoisprelle auch weiter die Möglichkeit, die Gewerkschaften hochverräterischer Absichten anzuklagen, und bei dem Ein-

fluß jener Presse auf die Volksmassen ist jene Flüchtigkeit der Abfassung der Resolution besonders zu bedauern, aber in den Gewerkschaften selbst werden die ernstesten Propagandisten auch der syndikalistischen Richtung nun der Vermengung der Organisationsziele mit anarchistischer Revoluzzerei entgegenzutreten können. Vermutlich wird es zwischen ihnen und den Antipatrioten bald zu interessanten Auseinandersetzungen kommen.

Werden die Theoretiker des Syndikalismus mit dem Kongress von Marseille zufrieden sein? Wir möchten es bezweifeln. Sie mußten den Schmerz erleben, die stärksten Talente der Arbeiterschaft mehr oder minder schnell den Weg zum Neutralismus gehen zu sehen. Auch die Deflamationen gegen die Parlamentarier stehen nicht mehr in der alten Gunst. Vom Generalstreik aber hat nur ein einziger Redner gesprochen: der Reformist Guérard.

Den sozialistischen Gewerkschaftlern der Guesdeschen Schule hat der Kongress keine Erfolge gebracht. An der Seite der strengen Neutralisten kämpfend, unterlagen sie mit diesen. Für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ist das Jaudern, womit sich die Gewerkschaften von der syndikalistischen Revolutionsaktivismus abwenden, sicher nicht günstig, aber es läßt sich kaum verkennen, daß ein schnelleres Tempo des Uebergangs leicht einen Riß in die Gewerkschaftsorganisation bringen könnte. So bleibt die Parole: Warten und Weiterarbeiten! Für die geeinigten sozialistische Partei aber könnte die neueste Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zur nützlichen Mahnung werden, den „antipatriotischen“ Lärmmachern, die die Parteiarbeit so stark beeinträchtigt haben, energischer entgegenzutreten. Und im übrigen darf sie der Entwicklung, der fortschreitenden Erkenntnis der Arbeiterklasse und der Rücksichtslosigkeit ihrer Feinde vertrauen, die auch die heute noch mißtrauischen Gewerkschaftler lehren wird, daß ihre Aktion der Begleitung durch eine starke, organische, von sozialistischem Geist erfüllte politische Aktion bedarf.

Sozialdemokratische Anträge im Dreiklassenparlament.

Es ist ein alter parlamentarischer Brauch, daß Fraktionen, die darum angegangen werden, Anträge einer Fraktion zu unterstützen, deren Zahl zu gering ist, um selbständig Anträge einbringen zu können, ihr diesen Dienst erweisen, auch wenn sie mit den Anträgen selbst nicht einverstanden sind. Im Dreiklassenparlament setzt man sich über diese parlamentarische Unstandspflicht leichtem Herzens hinweg!

Zur Einbringung eines selbständigen Antrages ist die Unterschrift von 15, zur Einbringung einer Interpellation sogar die von 30 Mitgliedern erforderlich. Da die sozialdemokratische Fraktion nur 7, angeblich infolge der Inhaftierung Liebknechts sogar nur 6 Mann stark ist, ist sie von der Gnade anderer Fraktionen abhängig. Als solche kommen höchstens die Polen und die Freisinnigen in Betracht. Für den Antrag auf Ostentlastung Liebknechts hat sie mit Mühe und Not die Unterstützung des Freisinnigen bekommen, allerdings erst, nachdem sie die Verufung auf Artikel 84 der Verfassung daraus gestrichen hatte. Für andere Anträge die nötigen Unterschriften zu gewinnen ist ihr bisher nicht gelungen!

Die Fraktion beabsichtigte die Einbringung eines Wahlfreiheitsantrages im Sinne der Forderungen der Sozialdemokratie — die Polen, an die sie sich wandte, verweigerten die Unterschriften, weil sie selbst einen ähnlichen Antrag einbringen wollten. Der polnische Antrag, der die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und die Reineinteilung der Wahlkreise fordert, ist inzwischen eingegangen. Auch einen anderen Antrag, der die Regierung ersucht, die Organe der preussischen Verwaltung auf die Beobachtung der Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes hinzuweisen, lehnten die Polen ab, zu unterstützen, angeblich weil sie die gleiche Absicht hatten. In Wirklichkeit bezieht sich der polnische Antrag aber nur auf die Forderung des unbeschränkten Gebrauchs der nichtdeutschen Sprachen in öffentlichen Versammlungen, er geht also nicht entfernt so weit wie der sozialdemokratische!

An die Freisinnigen wandten sich unsere Genossen mit der Bitte um Unterstützung eines Antrages, der die Aufhebung des Ministerialerlasses vom 13. März 1907 betr. die Besorgung ausländischer Arbeiter bei Kanalarbeiten bezweckt. Auch hier fand die Fraktion kein Entgegenkommen, die Freisinnigen brachten vielmehr selbst einen Antrag ein, der sich auf die beschleunigte Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und die Zurückführung ausländischer Arbeitskräfte hinter inländische bezieht.

Weiter hat die Fraktion eine Reihe von Anträgen angearbeitet, von denen einer den Erlaß einer einheitlichen Gemeindeordnung unter Beibehaltung des Dreiklassenwahlsystems und der das Selbstverwaltungsrecht einschränkenden Bestimmungen, der zweite die Aufhebung der Gemeindeordnungen und Ausnahmegerichte für Landarbeiter fordert, während der dritte sich auf die Wohnungsfrage bezieht. Es ist mit ziemlicher Sicherheit darauf zu rechnen, daß den Sozialdemokraten auch für diese Anträge keine Unterschriften gegeben werden!

Das Spiel der bürgerlichen Parteien ist nun allzu durchsichtig: sie hindern die Sozialdemokraten an der Stellung von Anträgen, um hinterher über die Unfruchtbarkeit der Partei herzufallen und sich selbst bei zukünftigen Neuwahlen als die Hüter und Wächter der Volkrechte hinstellen. Die sozial-

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 20 Btg. für beständige und gewerkschaftliche Vereins- und Berlangungs-Anzeigen 30 Btg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Btg., jedes weitere Wort 10 Btg. Stellenangebote und Schloßstellen-Anzeigen des ersten Wort 10 Btg., jedes weitere Wort 5 Btg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraphisch: „Vorwärts“
„Sozialdemokrat Berlin“.

demokratische Fraktion wird diese Mächtschaften hintertreiben und die Vorgänge so schildern, wie sie sich zugetragen haben. Ihre Anschauungen wird die Fraktion trotzdem zum Ausdruck zu bringen wissen; wenn auch nicht in Form von Initiativanträgen, so bei anderer Gelegenheit.

Für heute genügt es, das Benehmen der bürgerlichen Parteien zu charakterisieren, damit unsere Genossen die Gründe erfahren, aus denen die Fraktion bisher — abgesehen von dem Antrag auf Haftentlassung Viehrechts — noch keine Anträge eingebracht hat. An gutem Willen fehlt es ihr nicht.

Der Entwurf des Elektrizitäts- und Gassteuergesetzes.

Der vom „Vorwärts“ in seiner gestrigen Nummer veröffentlichte Entwurf des Elektrizitäts- und Gassteuergesetzes wird von dem größten Teil der Berliner Presse ganz oder teilweise abgedruckt — was einige „gutgesinnte“ Blätter natürlich nicht hindert, über die Indiskretion des „Vorwärts“ zu räsonnieren und die von uns veröffentlichte Fassung als veraltet und als „falsch“ hinzustellen. Wir glauben zu wissen, von welcher durch die vorzeitige Veröffentlichung in Verlegenheit geratenen Seite den betreffenden Blättern plötzlich diese Erleuchtung gekommen ist. Gegen sie zu polemisieren, können wir uns umso mehr erparen, als die Norddeutsche Allgem. Ztg. die Wichtigkeit unserer Mitteilung bestätigt, indem sie schreibt:

Der „Vorwärts“ veröffentlicht Teile des Entwurfs eines Elektrizitäts- und Gassteuergesetzes. Die abgedruckten Bestimmungen entsprechen dem Entwurfe, wie er vor einigen Wochen dem Bundesrat vorgelegt worden war.

Da der Entwurf nicht bloß den beteiligten Dienststellen im Reich und in den Bundesstaaten, sondern auch verschiedenen sachverständigen Interessenten vertraulich mitgeteilt worden ist, so läßt sich hier noch schwerer als sonst vermuten, ob und wo eine Indiskretion begangen ist, oder wie sonst die Redaktion des „Vorwärts“ in den Besitz des Schriftstücks gelangt sein kann.

Die Vorlage hat übrigens bei den Beratungen im Bundesrat, die noch nicht völlig abgeschlossen sind, eine Reihe von Veränderungen erfahren, so daß die jetzige Delimitation im „Vorwärts“ sich jedenfalls mit der endgültigen Fassung nicht decken wird.

Daran ist allerdings so viel richtig, daß der veröffentlichte Entwurf noch nicht die sogenannte „endgültige Fassung“ wiedergibt. Das kann er schon um deswillen nicht, weil über diese „endgültige“ Formulierung erst noch in dieser Woche die Plenarsitzung des Bundesrats entscheiden soll und zu dieser Beratung verschiedene kleine Abänderungsvorschläge gestellt sind. Der von uns mitgeteilte Entwurf enthält selbstverständlich die Fassung, in der das geplante Gesetz dem Bundesrat vorliegt, nicht die, die es möglicherweise noch erlangen könnte. Rügen aber auch im einzelnen Abänderungen stattfinden, an dem Gesamtcharakter des ungeheuerlichen, im Reichshauptamt ausgebrüteten Steuerplanes ändern sie nichts — und je eher die deutsche Bevölkerung von der ihr zugeordneten Schröpfung erfährt, desto besser, desto kräftiger vermag sie der eigenartigen Regierungs-Steuerpolitik entgegenzutreten, bedeuten doch die mitgeteilten Steuersätze nicht nur eine beträchtliche Belastung der mit Gas- und elektrischer Kraft arbeitenden Gewerbe, sondern auch der Gas brennenden und mit Gas heizenden kleinen Familien.

Wenn einige Blätter vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung“ meinen, uns dadurch von der Veröffentlichung der Sydow'schen Steuerpläne abhalten zu können, daß sie uns mit dem Staatsanwalt drohen und von den sogenannten maßgebenden Stellen verlangen, sie müßten ersuchen, „woher der dem „Vorwärts“ so günstige Wind gebläht hat“, so irren sie sich gründlich. Wir werden tun, was wir im öffentlichen Interesse für nützlich halten. Ob gewissen Kreisen das un bequem ist oder nicht, ist uns gleichgültig.

Das drangalierte Vereinsgesetz.

Je länger das Reichvereinsgesetz in Geltung ist, um so zahlreicher werden die Fälle, in denen die Polizeibehörden zeigen, wie völlig Wurst ihnen all die schönen Versicherungen der Regierungsdirektoren sind, die bei der Beratung des Entwurfs im Reichstage eine loyale und großzügige Handhabung des Gesetzes versprochen. Zu dem Vorgehen der Polizeibehörden von Breslau, Magdeburg und Hannover, die die Versammlungen der sozialdemokratischen Vereine für öffentliche Versammlungen erklärten, tritt jetzt eine Maßregel der Kreis hauptmannschaft Leipzig, die einen noch härteren Verstoß gegen das Gesetz bedeutet.

Die Leipziger Kreis hauptmannschaft hat einen Vortrag des bekannten Professors Dr. Förel-Zürich über „Massenentartung und Rassenhebung“ verboten. Die Leipziger Polizei hatte die Anmeldung des Vortrages dem Gesetze gemäß zur Kenntnis genommen. Die Kreis hauptmannschaft aber hat am 10. Oktober den für den 20. angelegten Vortrag verboten durch eine Verfügung, in der es heißt:

Die Königlich Kreis hauptmannschaft . . . hat auf die Zusage eingabe des Leipziger Vereins zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit vom 16. Oktober die Verfügung des Polizeiamtes . . . aufgehoben und beschlossen, daß der . . . Vortrag von Professor Dr. Förel über Massenentartung und Rassenhebung zu untersagen ist. . . Im Gegenfall hierzu (zum Reichvereinsgesetz) richten sich die auf das förel'sche Buch „Die fernere Frage“ sich gründenden pseudowissenschaftlichen Darbietungen gegen fundamentale Einrichtungen, insbesondere die Ehe, deren Bestand im Interesse des Staates . . . strafrechtlich geschützt ist. Es werden also durch die Versammlung Zwecke verfolgt, die gegen das Strafgesetz verstoßen.

Die Verfügung der Kreis hauptmannschaft ist ein Beispiel von bürokratischer Ueberhebung und Unwissenheit, wie es klassischer nicht gedacht werden kann. Einen Gelehrten von Weltkur wie dem Professor Dr. Förel pseudowissenschaftliche Ausführungen zu unterstellen, das ist ein Streich, der unter den Laten der deutschen Polizei eine bleibende Stätte des Gedenkens beanspruchen kann. So weit die bürgerliche Presse von dem Verbot Notiz nimmt, behandelt sie diese Seite der Sache. Und ist sie indes nicht das Wichtigste daran. Das Unterlangen der Kreis hauptmannschaft, die wissenschaftliche Arbeit eines Förel zu jenseitigen zu wollen, richtet sich selbst in den Augen aller Decker, die etwas von der Sache verstehen. Anders ist es mit der vereinsrechtlichen Seite der Angelegenheit.

Die Maßregel der Leipziger Kreis hauptmannschaft stellt die Wiederbelebung des durch das Reichvereinsgesetz abgeschafften Präventivverbots des allen sächsischen Vereinsrechts dar! Das Reichvereinsgesetz kennt kein Recht der Polizei, Versammlungen im voraus wegen irgendwelcher Besorgnisse um die Sittlichkeit oder sonstwas zu verbieten! Der Hinweis der Kreis haupt-

mannschaft auf das angebliche Vorhaben des angekündigten Vortragenden, das Institut der Ehe anzugreifen, ist eine lächerliche Verlegenheitsausrede. Die Kritik der heutigen Eheform ist nicht durch das Strafgesetzbuch verboten, und selbst wenn die Kreis hauptmannschaft befürchtete, daß die förel'sche Kritik die Grenzen des Strafgesetzbuchs überschreiten werde, hätte sie nach dem Vereinsgesetz kein Recht zum vorherigen Verbot der Versammlung. Wäre es anders, so könnte sie ganz nach Belieben jede beliebige sozialdemokratische Versammlung verbieten, weil sie befürchtete, es werde darin das Eigentum, die Ehe, die Monarchie — alles durch das Gesetz geschützte Institutionen — und wer weiß, was noch alles, angegriffen werden.

Die Maßregel der Leipziger Kreis hauptmannschaft ist eine ganz exaltante Wifandlung des Reichvereinsgesetzes. Es wird solchem Versuch, das alte Präventivverbot in den neuen Rechtszustand hineinzuschmuggeln, mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden müssen.

Die Balkankrise.

Die Verhandlungen der Türkei mit Oesterreich und mit Bulgarien dauern fort, und je länger sie dauern, desto mehr wächst in Konstantinopel die Abneigung gegen die Konferenz. Dies zeigt sich darin, daß die Türkei ihre Antwort auf den Entwurf des Konferenzprogramms immer wieder hinaus schiebt, sowie in der Äußerung eines türkischen Ministers, der das Zustandekommen der Konferenz bezweifelt. Ebenso verhält sich die türkische Presse ziemlich ablehnend. Um so auffälliger ist eine Meldung des „Islam“, daß der englische Botschafter gestern beim Groß bezieher kategorisch erklärt habe, er halte direkte Unterhandlungen mit Bulgarien nicht für angezeigt. Doch muß diese Nachricht vorläufig bezweifelt werden; denn eine solche Erklärung würde nicht nur ein außerordentlicher Eingriff in die Rechte der Türkei sein, sondern auch eine Störung der friedlicheren Entwicklung bedeuten, die gerade durch diese Verhandlungen angebahnt wurde. Daß solche Nachrichten aber in die türkische Presse überhaupt Eingang finden, beweist doch, wie sehr England durch sein Entgegenkommen gegenüber den russischen Wünschen in der Türkei an Vertrauen eingebüßt hat.

Ueber die Hoffnungen, die man in Bulgarien selbst an diese Verhandlungen knüpft, unterrichtet der folgende Bericht unseres Korrespondenten aus Sofia vom 20. Oktober:

„Die bereits telegraphisch gemeldete Einigung zwischen den jungtürkischen Delegierten und den Führern des bulgarischen Bundeskomitees entspricht den Wünschen der bulgarischen Intelligenz und Demokratie, die eine friedliche Lösung des Konflikts und eine dauernde Verständigung mit der Türkei wünschen. Sie zeigt andererseits von der Einsicht der Jungtürken, daß eine Konferenz der Großmächte für die Türkei keinen Vorteil bringen würde. Hier erwartet man, daß die Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen und vielleicht zu einem Bündnis zwischen der Türkei und Bulgarien führen werden. Der Bündnisgedanke ist durchaus nicht neu. Die Türkei und Bulgarien sind durch viele gemeinsame wirtschaftliche Interessen verbunden. Beide Staaten müssen sich vor allem gegen den ausländischen Kapitalismus wehren; beide stehen in regen gegenseitigen Handelsbeziehungen, die dringend der weiteren Entwicklung bedürfen. Gegenüber diesen gemeinsamen Interessen sind die gegenwärtigen Differenzen unbedeutend. Die Unabhängigkeit Bulgariens ist seit 20 Jahren eine Tatsache. In den orientalischen Eisenbahnen ist die Türkei finanziell nur sehr wenig interessiert. Ja auch in dieser Frage trifft das türkische Interesse mit dem Bulgariens zusammen, denn auch die Pforte wird eines Tages zur Verstaatlichung der in der Türkei befindlichen Strecken schreiten müssen. Das Eintreten für die Interessen der Balkanapitalisten ist ja außerdem der Türkei sehr schmerzhaft gelohnt worden, denn die Verhandlungen über das Konferenzprogramm haben ihr gezeigt, daß die Großmächte gute Lust haben, die Türkei zum Gegenstand ihres Heilsens zu machen. In der Tat droht der Türkei von Seiten Bulgariens keine Gefahr. Wenn die Jungtürken wirklich die freiheitliche und soziale Reorganisation des Reiches durchzuführen, dann werden sie sowohl in den Bulgaren wie in den Serben als in denen des neuen Jazars Hilfe und Unterstützung finden. Das bulgarische Element in Mazedonien bildet die Waffe der arbeitenden Bevölkerung, die bisher am schwersten durch die Anarchie gelitten hat, die aber die trennende Stütze für ein verfassungsmäßiges Regime wäre. Die Jungtürken bedürfen auch gegen die Annahmungen der Serben und Griechen Unterstützung, ebenso wie gegen weitere Anschläge der Großmächte. Erhebt ja schon Serbien und Montenegro immer lauter Ansprüche auf den Sandschal Kowibazar, während die Griechen nicht nur Kreta, sondern auch die Insel Samos angliedern möchten. Fraglich ist nur, ob die europäische Diplomatie eine Regelung ohne ihr Eingreifen wird dulden wollen. Wenn aber die Vernunft sowohl bei den Türken als bei den Bulgaren die Oberhand gewinnt, dann ist der Diplomatie der Vorwand zu ihrer Einmischung entzogen und man darf einem friedlichen Verlauf der künftigen Entwicklung entgegensehen.“

Die Stellung der englischen Regierung.

London, 22. Oktober. In der heutigen Sitzung des Unterhauses führte Staatssekretär Grey in Erwiderung auf einige Anfragen bezüglich der geplanten Konferenz aus, daß das Ziel der Unterhandlungen, die gegenwärtig zwischen den Mächten stattfinden, dahin gehe, eine Uebereinkunft über das Programm einer Konferenz zu schaffen, welche, ohne neue Verunruhigung zu erregen, die durch die jüngsten Ereignisse entstandenen Schwierigkeiten beilegen solle. „Da die Türkei“, so bemerkte Grey, „durch die jüngsten Geschehnisse am schwersten getroffen wurde, so vertraut die englische Regierung, daß das erste Ziel der Mächte sein wird, Kompensationen für die Türkei zu sichern, ihre Interessen zu schützen und das neue türkische Regime zu stärken, dessen Einführung zu wohlthätigen Wirkungen für die Verwaltung des türkischen Reiches ausüben. Die Billigung der türkischen Regierung ist eine notwendige Voraussetzung für die Annahme eines jeden Konferenzprogramms, und da die Ansichten der Türkei über die erfolgten Anregungen noch nicht zum Ausdruck gebracht worden sind, so kann ich eine weitere Mitteilung nicht machen.“

Kein Kriegsmaterial für Serbien.

Wien, 22. Oktober. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht einen Erlaß des Finanzministeriums, betreffend das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterialien. Durch diesen Erlaß wird in Ausführung eines Beschlusses des Ministerrates und im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung die Aus- und Durchfuhr von Waffen, Munition, Schieß-, Spreng- und Zündmitteln aller Art, von Pferden, Eseln und von sonstigen für Kriegszwecke geeigneten Materialien für Serbien und Montenegro aus beiden Staaten der Monarchie einschließlich Bosniens und der Herzegowina verboten.

Wien, 22. Oktober. Das Verbot ist auf den Wunsch der österreichisch-ungarischen Monarchie zurückzuführen, soweit es an ihr liegt, im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Serbien und Montenegro, Konflikt auf der Balkanhalbinsel vorzubeugen und so ihre friedlichen Absichten zu bekunden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Oktober 1908.

Preussische Arbeiterfreundlichkeit.

Der „Entwurf eines Gesellschaftssteuergesetzes“, der am Dienstag dem preussischen Landtag unterbreitet worden ist, enthält einen neuen Beweis für die Arbeiterfreundlichkeit der preussischen Regierung. Durch diesen Gesetzentwurf sollen auch die Konsumvereine höher versteuert werden. Der Entwurf bestimmt nämlich, daß diejenigen Konsumvereine, die mehr als 5 Proz. „Gewinn“ abwerfen, künftig 5 Proz. Gesellschaftsteuer zu zahlen haben. Da aber der „Gewinn“ bei den Konsumvereinen nach dem Verhältnis des Ueberschusses zu dem Grundkapital, das heißt der Summe des eingetragenen Geschäftsanteils berechnet wird, wird es natürlich keinen Konsumverein geben, dem weniger als 5 Proz. Gewinn nachgewiesen werden kann, selbst wenn der wirkliche „Reingewinn“ erheblich niedriger ist!

Bekanntlich waren bis zum Jahre 1906 in Preußen die Konsumvereine von der Einkommensteuer befreit. Man respektierte bis dahin die durch nichts zu verdunkelnde Tatsache, daß Konsumvereine überhaupt keine geschäftlichen Betriebe sind, sondern Vereine, deren Zweck es ist, durch gemeinsamen Einkauf für die minder bemittelten, darbedenden Volksschichten die Lebenshaltung um ein geringes zu verbilligen. Was als „Gewinn“ auch in Preußen bereits durch die Einkommensteuer zu Unrecht versteuert wird, ist nichts als die sich durch gemeinsamen Einkauf ergebende Ersparnis. Wenn nun diese Ersparnis nicht in einer entsprechenden Verbilligung des Preises jedes einzelnen Artikels zum Ausdruck kommt, sondern in der jährlichen Auszahlung eines Rabatts an die Mitglieder — der bei den sächsischen Konsumvereinen beispielsweise zirka 30 M. pro Kopf beträgt — so ist das ein Verfahren, das zum mindesten bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien lebhaftesten Anklang finden sollte. Denn die Konsumvereine werden dadurch zu Sparvereinen, und gerade die Konservativen und Zentrümmer predigen ja stets der nichtbesitzenden Klasse das Evangelium des Sparens!

Nichtsdestoweniger will die neue Gesellschaftsteuer die Konsumvereine durchweg mit 5 Proz. des „Gewinns“ versteuern. Dem Arbeiter oder kleinen Beamten, der zu Weib und Kind 30 M. Guthaben abheben konnte, sollen jetzt davon 1,50 M. vom Steuerfiskus abgezogen werden, damit seine ohnehin durch Arbeitslosigkeit, Brot-, Fleisch- und Mietwucher stimulierte Festfreudigkeit noch besonders erhöht wird! —

Die Entrüstung der preussischen Richter.

Die „Voss. Ztg.“ veröffentlicht eine recht interessante Zuschrift aus Richterkreisen. Sie lautet im Auszug:

Man ist also in den Kreisen der preussischen Land- und Justizia fundamentalum regnum nicht vereinen. Was den unteren und mittleren Beamten recht ist, ist den höheren Beamten billig, und die Regierungsräte und Richter stellen insofern den Kern der höheren Beamten dar, als Verwaltung und Rechtspflege durch sie ausgeübt wird. Ist es richtig, daß das wirtschaftliche Leben schwerer, die allgemeine Lebensführung teurer geworden ist, so gilt dies nicht nur für Schulleute, Gendarmen und Volksschullehrer, sondern in gleichem Maße für die mittleren und die höheren Beamten. Die Minister haben dies ja schon vor einigen Jahren erkannt, als sie ihr Gehalt von 36 000 M. um die Präsentationszulage von 14 000 M., also um 33 Proz., erhöhen ließen. Auf eine Erhöhung ihres Einkommens um 33 Proz. hatte natürlich kein Beamter gerechnet, aber allerdings war eine allgemeine, den jetzigen wirtschaftlichen Lebensverhältnissen entsprechende Erhöhung erwartet worden. Gerade die höheren Beamten sind durch die Rücksicht auf das notwendige Ansehen ihres Amtes gezwungen, in ihrer Lebensführung, in Kleidung, Wohnung, Erziehung der Kinder und Pflege einer angemessenen Geselligkeit nicht allzu sehr hinter den Schichten zurückzulassen, die ihnen im sozialen Leben gleichstehen. Will man wirklich noch behaupten, daß das Anfangsgehalt eines Richters von 3000 M., das Gehalt von 7200 M. ausreichend sei? Man bekannt sich doch die Rechenexempel, wonach bei normalen Familienverhältnissen ein derartiges Gehalt so gut wie rein nichts für die notwendige Behaglichkeit des Lebens, für Teilnahme an edleren geistigen Genüssen, wie Theater, Konzerte, gute Bücher übrig läßt. Die Folgen der wenig würdigen und nicht mehr gerechten Sparfamkeit des Staates sind schon jetzt beklagenswert: Die Ehelosigkeit hat in den Kreisen der höheren Beamten erschreckend zugenommen, weil sie ohne Privatvermögen eine Familie nicht mehr begründen und erhalten können. . . .

Man ist also in den Kreisen der preussischen Land- und Amtsrichter höchlichst empört, daß nicht auch ihr Gehalt, das 3000—7200 M. beträgt, aufgebessert worden ist. Und das, trotzdem erst vom 1. April d. N. ab das Endgehalt der Richter und Staatsanwälte von 6600 auf 7200 M. erhöht worden ist! Auch macht sich angesichts der Tatsache, daß auch das neue Beamtenbesoldungsgesetz noch zirka 80 000 Beamte mit einem Anfangsgehalt von weniger als 1200 M. abweisen will, der Jammer der Herrcn Richter besonders schön, daß man mit 3000—7200 M. sich keinerlei Behaglichkeit des Lebens, ja nicht einmal das Gründen einer Familie gestatten kann! Die Unterbeamten sollten sich das hinter die Ohren schreiben!

Eine Abwehr des Professor Schüding.

Professor Dr. Walter Schüding in Marburg veröffentlicht in Nr. 540 des „Berliner Tageblatt“ vom 22. Oktober 1908 die folgende Zuschrift:

„In meinem Artikel „In eigener Sache“ hatte ich erzählt, mir sei von wohlgesinnter Seite anfangs des Jahres mitgeteilt worden, daß Ministerium habe den Kurator beauftragt, wegen des Verdachtes politischer Ausführungen Erhebungen über den Geist meiner Vorlesungen anzustellen. In Nr. 247 bringt nun die „Oberheffische Zeitung“ als „von zuständiger Seite“ die Nachricht, daß der Kurator mit Erhebungen über meine Vorlesungen nicht beauftragt worden ist. Gegenüber diesem Dementi muß ich zunächst an der Wichtigkeit der Tatsache festhalten, daß mir seinerzeit jene Mitteilung gemacht worden ist. Ich darf ferner hinzufügen, daß der Persönlichkeit, die mir jene Mitteilungen gemacht hat, das höchste Maß von Glaubwürdigkeit zukommt. Wenn nun das Dementi in der „Oberheffischen Zeitung“, wie ich nicht zweifle, von „zuständiger Seite“ her stammt, so kann es sich bei der mir einst mitgeteilten, nunmehr öffentlich beanstandeten Tatsache nur um einen Vorgang gehandelt haben, der dem von mir geschilderten außerordentlich wesentlicherwardi gewesen ist.“

Der sozialdemokratische Antrag auf Haftentlassung des Abg. Dr. Liebnecht soll nach einer zwischen den Fraktionsvorständen getroffenen Vereinbarung auf die Tagesordnung der Sitzung vom Dienstag kommen und der Geschäftsausschusskommission überwiesen werden, die später dem Plenum darüber Bericht erstatten wird.

Ein „Stellvertreter Gottes“ auf Erden.

Die schon mitgeteilt, hat das Schwurgericht in Karlsruhe i. V. den Genossen Weismann vom dortigen „Volksfreund“ von der Anklage, ein Mitglied der „bewaffneten Nacht“ — den Feldwebel Kemmerling — beleidigt zu haben, freigesprochen.

Der Verlauf der Verhandlung rechtfertigt es, daß wir noch einmal darauf zurückkommen. Die Beweisaufnahme und das gesamte Zeugenvorhör waren ein Beispiel dafür, wie schwer es ist, vorgekommene Soldatenmishandlungen den zuständigen Instanzen zur Abhandlung oder zur gerichtlichen Aburteilung zu unterbreiten. Von den geladenen Zeugen waren etwa 10 noch im Dienst, die anderen sieben im verflochtenen Monat aus dem Militärdienst entlassen worden. Da sie sämtlich bereits im Vorverfahren eidlich vernommen waren, hielten sie sich peinlich, an Gerichtsstelle mit der vollen Wahrheit herauszutreten. Der Vorsitzende des Schwurgerichts mußte ihnen die Antworten auf seine Fragen förmlich entziehen. Ein Referent verlangte schlankweg, man solle ihm seine frühere Aussage vorlesen. Die Verteidigung Weismanns, die in den Händen des demokratischen Korrespondenten Stadtrats und Rechtsanwalts Dr. Haas lag, wies diesen Versuch, sich um die öffentliche Zeugenaussage zu drücken, energisch zurück.

Ein hilfloses Bild bot der Rekrut Sauerzapf, um dessen Mishandlung sich die Beweisaufnahme eigentlich drehte. Sein zweites Wort war: „Ich erinnere mich nicht.“ Dabei ergab der Gang der Zeugenvernehmung ohne jede Einschränkung: Wenn Sauerzapf auch leugnet, so steht doch fest, daß er vom Feldwebel Kemmerling, als er in einem solchen Zimmer erwacht wurde, an die Brust gepackt, an die Türe geworfen und von hinten getreten worden ist. Mit Recht konnte der Verteidiger sagen: „Da ist viel mehr vorgekommen, als wir heute herausgebracht haben.“

Allgemeines Ersauern und zum Teil sogar Entrüstung bemächtigte sich des Gerichtshofes ob des Austritts des Feldwebels Kemmerling, der wegen Mishandlung Untergebener schon mit vier Wochen Gefängnis bestraft ist. Er suchte die Fragen der Verteidigung zu umgehen mit möglichst schneidigen Antworten, so daß auch dem Vorsitzenden der Geduldsschaden rief und er Kemmerling entgegenstellte: „Sie sind hier nicht in der Kaserne!“ Natürlich hatte Kemmerling den Sauerzapf weder hinausgeworfen, noch getreten. Er haß sich mit der von Sauerzapf entlehnten Redensart durch: „Ich entfinne mich nicht mehr!“ Als Sauerzapf sich beim Hauptmann über Kemmerling beschwerten wollte, ließ er den Sauerzapf aus dem Kommandobureau kommen und erteilte ihm „Rechtsbelehrung“ dahin: Wenn Sie, Sauerzapf, sich beschwerten, besonnte ich vierzehn Tage Arrest. Natürlich wagt ein Rekrut nicht, seinem Feldwebel zu vierzehn Tagen Arrest zu verhehlen. Und so unterließ die Beschwerde des Sauerzapf. Dem Hauptmann, der bereits Wind von der Sache bekommen hatte, erklärte dann später Sauerzapf: Ich wollte mich beim Herrn Hauptmann lediglich zur Verschonungsabteilung — es war ein Artillerie-Regiment — melden. Mit Recht sagte der Verteidiger zu Kemmerling: Also in Ihrer Gegenwart hat der Sauerzapf gelogen und Sie haben dabei gestanden.

Auch der „Stellvertreter Gottes“ wurde vor der Öffentlichkeit des Schwurgerichts arg bloßgestellt. Die Geschworenen zogen daraus die Konsequenz und verneinten sämtliche Schuldbelagen. Weismann wurde freigesprochen. Die ziemlich erheblichen Kosten hat die Staatskasse zu tragen.

In Ungnade gefallen.

In der letzten Dienstanummer veröffentlichten wir ein Rundschreiben des Berliner Aktionskomitees der nationalliberalen Partei, in welchem hervorragende Industrielle zu einer Konferenz eingeladen werden, die über die Organisation eines „Industrieverbandes der nationalliberalen Partei“ besprechen soll.

Durch diesen Industrieverband hoffen die Leiter des Komitees die rheinisch-westfälischen Großindustriellen davon abhalten zu können, eine selbständige Industriepartei nach dem Vorbild des Bundes der Landwirte zu gründen und der nationalliberalen Partei die bisher gezahlten Subsidien zu entziehen. Die Großindustriellen haben jedoch das Vertrauen zu den Fähigkeiten und der Dienstfertigkeit der nationalliberalen Parteiführer verloren. Die von den Großen der rheinisch-westfälischen Großindustrie ausgehaltene „Post“ schreibt nämlich:

In einem Rundschreiben, welches durch unberechtigte Veröffentlichung im „Vorwärts“ bekannt geworden ist, laden die Herren Professor Leibitz, Ruenn, Kommerzienrat Volte und Landtagsabgeordneter Westermann zu einer Konferenz ein, in welcher ein „Industrieverband der nationalliberalen Partei“ gegründet werden soll, dessen Hauptaufgabe die Beseitigung der Differenzen zwischen der nationalliberalen Partei und großindustriellen Kreisen sein soll. Diesem durchaus einseitigen Vorgehen stehen die maßgebenden Interessentengruppen der deutschen Industrie durchaus ablehnend gegenüber. Insbesondere haben sich der Zentralverband deutscher Industrieller, der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (Düsseldorf) in diesem ablehnenden Sinne ausgesprochen.

Kriegervereine und Politik.

Zu diesem Thema liefert das „Berliner Tageblatt“ einen recht bleibenden Beitrag:

Der Preussische Landgerichtspräsident vereinigt in seiner Person den Vorschlag im konservativen Wahlverein und den im Kreisverband der Kriegervereine. Der Vorsitzende des konservativen Wahlvereins richtet nun an die Kriegervereine des Kreises und an deren Verband die Aufforderung, Listen bei den Kriegervereinen zurücklegen zu lassen, in die sich die Kameraden als Mitglieder des konservativen Wahlvereins einzeln einzeichnen sollten.

Das ist eine neue Bestätigung der Behauptung, daß die Kriegervereine in der Tat weiter nichts sind, als reaktionäre Wahlorganisationen. Deshalb darf kein denkender Arbeiter fernerehin einem Kriegerverein angehören.

Das schwerste Verbrechen im Militärstaat!

Alle Vergehen und Verbrechen verjähren in einer gewissen Zeit, selbst der Mord. Für die Zukunft gibt es keine Verjährung. Unter diesem Zustand haben besonders die Elfsch-Lothringer zu leiden, von denen sich ersichtlichweise, besonders in den ersten 20 Jahren nach der Emigration, viele dem deutschen Militärdienst durch Auswanderung nach Frankreich entzogen haben. Diese Fahnenflüchtigen, Refrakturen nennt man sie im Reichslande, wurden natürlich in contumaciam von den deutschen Kriegsgerichten verurteilt, und diese Urteile hatten ihrer

Ausführung, wenn es einer dieser Männer wagt, deutschen Boden zu betreten, mag auch das Vergehen noch so lange zurückliegen. Der Landesausmarsch von Elfsch-Lothringen hat sich schon mehrere Male für eine Niederschlagung aller Urteile ausgesprochen, die ergangen sind gegen Fahnenflüchtige bis zum Jahre 1890. Der deutsche Kaiser, der die Amnestie hierzu erlassen müßte, aber rührt sich nicht. Der Gemeindeführer von Kistenholz im Elfsch hat sich nun in einem Besuch an den Statthalter von Elfsch-Lothringen für einen dieser armen Teufel, den Fabrikarbeiter Martin zu Sankt Nio, verwandt, der wohl nicht mehr viel Zeit zum Leben hat und seine Heimat gern noch einmal sehen möchte. Er erbat eine Gnadenfrist von einem Monat, die der Statthalter beim Präsidium des Reichsmilitärgerichts beantragen mußte. Der Mann ist bereits 60 Jahre alt und wurde im Jahre 1879 vom Kriegsgericht, weil er nach der Aushebung bei der Einstellung fehlte, zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Diese müßte er, wenn er deutschen Boden betritt, natürlich bezahlen, außerdem erbtätigt aber dem fünfzigjährigen Manne noch die Möglichkeit, die Soldateneigenschaft nachzulegen zu müssen. Nach sieben Wochen Wartzeit erhielt der Kistenholzer Gemeindeführer durch Vermittelung des Statthalters die Antwort des Präsidiums des Reichsmilitärgerichts, nach der „Gnadengesuche an Seine Majestät den Kaiser zu richten“ sind, daß aber einem solchen nicht näher getreten werden kann, solange nicht die Rückkehr des v. Martin erfolgt und die Sache durch Urteil im ordentlichen Gerichtsverfahren erledigt ist.

Ein grausames Gesetz, das noch nach 30 Jahren Rache üben will. Dafür leben wir auch im Zeitalter der Humanität!

Oesterreich.

Die tschechischen Minister.

Wien, 22. Oktober. Der „N. Fr. Pr.“ zufolge bestehen die tschechischen Führer darauf, daß die tschechischen Minister Fraischel und Dr. Fiedler auf ihrer Entlassung bestehen.

Rußland.

Eine Scheinreform.

Petersburg, 21. Oktober. Der Ministerrat gab seine Zustimmung zur Einbringung eines Gesetzesentwurfes in der Duma betreffend Änderung der Bestimmungen über den Branntweinverkauf. Diese Änderungen bezwecken den Branntweinkonsum einzuschränken, und zwar durch Vergrößerung des Raumhaltes der kleinsten künstlichen Gefäße bis zu 1/10 Liter und Verringerung der Zahl der Verkaufsorte. Den Dorfbewohnern soll das Recht gewährt werden, durch Gemeindebeschluss die in den Dörfern befindlichen Schänken zu schließen bzw. die Neueröffnung von solchen zu verbieten und die Verkaufszeiten zu beschränken. Ferner ist in dem Gesetzesentwurf die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Trunkstucht sowie wegen Geheimverkaufs von Branntwein vorgesehen.

Die Universitätsfrage.

Die Protestbewegung in den russischen Hochschulen, die mit den feierlichen Reden der liberalen Professoren und Rektoren angefangen und in den Streiks der Studierenden ihren Höhepunkt erreicht hat, steht vor ihrem Ende, ohne irgendwelche positive Resultate erzielt zu haben. Dieser schlimme Ausgang der so feierlich begonnenen und von den Studierenden so leidenschaftlich unterstützten Bewegung ist vor allem die Schuld der liberalen Professoren, besonders der Mitglieder der Kadettenpartei. Indem sie die Hoffnung hervorriefen, daß auf „lokalen“ Wegen alles werde erreicht werden, haben sie die studentische Bewegung geschwächt und den Streik noch dadurch geschädigt, daß sie täglich verlustigen, Vorlesungen zu halten, und so die Studierenden vor die peinliche Wahl stellten, entweder geachtete Professoren zu hochhonorieren oder den Streik aufzugeben. Die letzten Ausschreitungen der paar Duzend „echt russischer“ Studenten in der Petersburger Universität gab dem liberalen Professorenrat Veranlassung zu einem Aufruf an die Studierenden, der „die Zwietracht, die Intoleranz und die Gewalttaten“ innerhalb der Hochschule aufs schärfste verurteilt. In diesem Aufrufe, der dem Schein erwecken könnte, als ob nicht die kühnste Minderheit, sondern die streikende Mehrheit der Studenten für die „Zwietracht und Gewalttaten“ verantwortlich seien, mahnt der Professorenrat die Studierenden zur Ruhe und erklärt, daß im Universitätsleben ein Streik „in jeder Hinsicht unzulässig“ sei. „In vollem Bewußtsein seiner schweren Verantwortlichkeit vor dem Lande ist der Professorenrat fest entschlossen, alle der Würde der Universität nicht wider sprechenden Mittel anzuwenden, um die Tätigkeit der Hochschule wieder herzustellen und die Gewalttätigkeit in allen ihren Erscheinungen zu beseitigen. Ohne die aktive und in kultureller Form erwiesene Beihilfe der Studentenschaft aber werde der Professorenrat sein Ziel unmöglich erreichen können.“

Während so die liberalen Professoren nur die eine Sorge kennen: die Wahrung der „kulturellen Form“, schäuft sich die Regierung an, um so gründlicher den kulturellen Inhalt zu vernichten. Am Tage der Veröffentlichung des Aufrufs brachte die offizielle „Kossjak“ das Projekt des neuen Universitätsstatuts.

Dieses Projekt des russischen Unterrichtsministeriums tritt die „Würde der Universitäten“ mit Füßen. Die „Autonomie“ des Professorenkollegiums wird ausschließlich auf technisch-pädagogische und wirtschaftliche Fragen beschränkt. Das Projekt behält zwar die Wählbarkeit des Rektors und Prorektors durch die Professorenräte und der Dekane durch die Fakultätskonferenzen bei. Alle Gewählten müssen aber von der Regierung bestätigt werden. Rektor und Prorektor — durch einen speziellen Uras des Jaren, die Dekane — durch einen Erlass des Unterrichtsministers. Der Rektor und Prorektor werden je auf drei, die Dekane auf vier Jahre gewählt. Falls die Wahl vom Minister nicht genehmigt wird, finden neue Wahlen statt, im Falle aber einer zweiten Nichtgenehmigung wird das betreffende Amt durch Ernennung seitens des Ministers besetzt. Die Befehle der höheren Universitätsämter durch Ernennung findet auch in jedem Falle statt, wo die Professorenkörperchaften nach Ablauf von zwei Monaten die nötigen Wahlen nicht vorgenommen haben. Die Macht des Rektors, des vom Minister ernannten höheren Administrators aller Schulen im Reiche, wurde durch die Erlasse von 1905 und 1907 wenigstens bezüglich der Universitäten einigermaßen beschränkt. Das neue Projekt will diese Macht im vollen Umfange wieder herstellen. Der Rektorsrat — heißt es hier ausdrücklich — beobachtet, daß die Universität von den ihr auferlegten Pflichten nicht abweicht, daß alle Gesetze und Anordnungen von den Universitätskörperchaften und einzelnen Beamten streng befolgt werden. Die Tätigkeit der Universität muß in allen Gebieten der Kontrolle des Rektors zugänglich sein, und alle in der Universität Angestellten sind verpflichtet dem Rektors jede verlangte Auskunft über ihre Tätigkeit zu geben. Die Ernennung zum Professor hängt ausschließlich vom Minister ab, der entweder „nach eigenem Ermessen handelt oder den von der Fakultät gewählten Kandidaten bestätigt.“

Den Studierenden verbietet das Projekt zwar nicht die Gründung von Vereinigungen zu wissenschaftlichen oder sonstigen „den geistigen und materiellen Bedürfnissen entsprechenden“ Zwecken, allein die Tätigkeit solcher Vereinigungen darf in keinem Falle in den Räumen der Hochschulen ausgeübt werden. Auch Studenten-

versammlungen dürfen in den Universitätsgebäuden nicht mehr zugelassen werden. Das heißt bei den russischen Verhältnissen gänzliche Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechts der Studenten, wenigstens der nicht „echt russischen“ Studenten. Zur Aussicht über die Studenten innerhalb der Universitäten will das neue Projekt neue Beamten einführen, die „womöglich von Personen mit höherer Schulbildung“ vom Rektor gewählt und vom Rektorsrat bestätigt werden sollen.

Man sieht, bei Verwirklichung dieses Projekts — und dafür sind die Aussichten sehr günstig — wird es den liberalen Professoren nicht leicht sein, die „Würde der Universitäten“ durch „kulturelle Mittel“ aufrechtzuerhalten.

Marokko.

Die französische Note.

Paris, 22. Oktober. Italien hat beschlossen, sich der neuen französisch-spanischen Note anzuschließen. Auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben ihrem Vertreter in Tanger Instruktionen zugunsten dieser Note erteilt.

Aus der Partei.

Gemeinbewahren.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Tauscha (Sachsen) wurden fünf nationale und ein sozialdemokratischer Kandidat gewählt.

In Jena verlor die Sozialdemokratie ihren Vertreter im Stadtverordnetenkollegium, da die Gegner zusammengingen. Die sozialdemokratische Stimmengahl ist indes gewachsen.

Zum gestern gemeldeten Wahlsieg in Mannheim wird uns noch geschrieben:

Die Zahl der Wähler in der 3. Abteilung betrug 19 500, davon stimmten 9100 — das sind 47 Proz. — ab. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 6891 auf die sozialdemokratische und 2108 auf die nationalliberale Liste. Die sozialdemokratische Liste ist also mit 77 Proz. der abgegebenen Stimmen gewählt. Vor 6 Jahren betrug die Wahlbeteiligung 48 Proz. Von den abgegebenen Stimmen erhielten wir damals etwas weniger, nämlich 70 Proz. so daß wir einen Fortschritt zu verzeichnen haben. Die Wahlen vor 3 Jahren, wo die letzte Halbverneuerung des Stadtverordnetenkollegiums stattfand, kann zum Vergleich nicht herangezogen werden, weil die Gegner, in richtiger Erkenntnis ihrer Schwäche, und eine Gegenliste überhaupt nicht gegenübergestellt hatten.

Die Wahl in der zweiten Klasse findet am 23. Oktober statt. Auch an ihr beteiligt sich unsere Partei.

Personalien. Der Verlag der „Oberfränkischen Volksblätter“ in Hof teilt mit: Genosse Burgemeister hat mit dem Heutigen wegen andauernder Krankheit, welche ihn für längere Zeit der politischen Tätigkeit entzieht, die Redaktion niedergelegt. Die Vertretung derselben hat, wie schon seit der bisherigen Krankheit Burgemeisters bis auf weitere Reaktionen der Parteisekretär Genosse Kauh übernommen.

Ein Selbstmord in Basel. Basel, 22. Oktober. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Die Delegiertenversammlung des hiesigen Arbeiterbundes beschloß die Erziehung eines Volkshauses, das Hotel, Restaurant, Versammlungssaal, Vorwärtsdrucker und die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretariate umfassen soll. Die Baukosten betragen 700 000 Frank.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Berliner Sozialpolitik.

Eine öffentliche, zahlreiche Besuche Veranlassung der städtischen Vorarbeiter, die am Mittwoch im „Englischen Garten“ stattfand, beschäftigte sich mit der Tatsache, daß jetzt, wo der Winter heranzieht und in der Privatindustrie die fürchterliche Krise doppelt schwer auf der Arbeiterlast lastet, mehr denn 100 Parkarbeiter aus dem Dienst der Stadt Berlin entlassen werden sind. Der Stadtverordnete Zubeil referierte über diese Angelegenheit und führte unter anderem aus: Eine Gemeindeverwaltung, die soziales Verständnis hat, wird vor allem beim Herannahen des Winters Entlassungen vermeiden, noch mehr aber in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression. Schon im vorigen Jahre wurde von den sozialdemokratischen Stadtverordneten darauf hingewiesen, welche dringende Pflicht die Stadt Berlin in dieser Hinsicht hat, und damals schon wurde das Versprechen gegeben, daß Arbeiterentlassungen nicht stattfinden sollten. Auch in diesem Jahre, wo die Krise sich noch nachhaltiger bemerkbar macht, wurde unfererseits verlangt, daß die Stadt nicht nur alles tun sollte, um Entlassungen zu vermeiden, sondern auch, um den Arbeitslosen soviel wie nur irgend möglich Arbeit zu verschaffen. Die letzte Sitzung der Parkdeputation hat sich nun ausschließlich mit dem Schilderpark beschäftigt, ein Projekt, das ja auch manchem Arbeit verschaffen wird. Der Bürgermeister Reiche ersuchte hier die Deputation, ihm zur Seite zu stehen, obwohl die Zustimmung der Gemeinde Reinickendorf noch ausstehe, mit der Ausführung des Projekts so gleich begonnen werde, und die Deputation erklärte sich einstimmig bereit, mit ihm gemeinschaftlich die Verantwortung zu tragen. Hier gab Reiche auch das Versprechen, daß kein Vorarbeiter entlassen werden sollte. Dasselbe erklärten er sowie der Oberbürgermeister und sämtliche anwesenden Deputierten in einer Sitzung der gemischten Deputation einstimmig aller städtischen Arbeiter. Um so mehr war ich erstaunt, als vom Verbandsbureau der Gemeindeführer die Mitteilung kam, daß

schon über 100 Parkarbeiter entlassen

wären und daß einer weiteren Anzahl von Arbeitern des Treptower Parks ihre Entlassung angekündigt worden ist. Ich habe mich sofort schriftlich an den Bürgermeister Reiche gewandt, ihm auch mitgeteilt, daß heute hier die Versammlung sich mit der Sache befassen wird. Seine Antwort ist bis jetzt nicht eingegangen. Wahrscheinlich war der Bürgermeister so sehr von dem städtischen Empfinden in Anspruch genommen, daß er heute gar nicht nach seinem Bureau gekommen ist. Es handelt sich zunächst um die Frage, ob die Entlassungen wirklich mit Genehmigung der Verwaltung erfolgt sind, oder ob es so ist, wie vor zwei Jahren im Friedrichshain, wo der Oberbürgermeister Arbeiter entließ, weil er keine Mittel mehr zur Verfügung hatte. Als mit dieser Mitteilung damals zugeht, nahm ich sofort persönlich mit dem Bürgermeister Reiche Rücksprache, die dann auch den gewünschten Erfolg hatte. Ich werde nun morgen persönlich mit ihm sprechen und bin unbedingt der Ueberzeugung, daß auch die jetzigen Entlassungen wieder rückgängig gemacht werden. Wahrscheinlich stehen die Oberbürgermeister wieder einmal vor der Frage, wo sie die Mittel hernehmen sollen, um die Arbeiter zu bezahlen. Namentlich im Etat der Parkverwaltung werden viel zu geringe Mittel eingestellt. Ein groß Teil Geld daran hat offenbar auch der Oberbürgermeister Reiche, ein Mann, der doch imstande sein sollte zu übersehen, wieviel Geld für seinen Verwaltungszweig notwendig sind; ferner auch der Stadtkammerer. Vor allem an dem Etat der Parkverwaltung werden immerfort Abstriche gemacht. — Der Redner sprach sodann über verschiedene andere Mißstände, über die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, unter denen die Parkarbeiter wie andere städtische Arbeiter zu leiden haben, und wies darauf hin, wie die sozialdemokratischen Stadtverordneten im Plenum wie in

den Deputationen unablässig bemüht sind, die Lage der Gemeindearbeiter zu verbessern, aber infolge des Umstandes, daß sie ja immer nur eine Minderheit bilden, allzu oft nicht mit ihren Anträgen durchdringen, wenngleich ihre Arbeit auch keineswegs gänzlich unfruchtbar geblieben ist. Der Redner wies dabei besonders auch auf die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung vom 10. und 24. September d. J. hin, deren eifriges Studium auch namentlich den noch frisch-Dunderdich organisierten Arbeitern zu empfehlen ist, damit sie erkennen, welche Stellung die Stadtverordneten ihrer Parteirolle einnehmen. Zum Schluß kam der Redner nochmals auf die Arbeiterentlassungen zu sprechen und sagte, er glaube, daß er bei der Rückfrage mit dem Bürgermeister Meide die feste Versicherung erhalten werde, daß die Entlassungen rückgängig gemacht werden. — Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a versammelten Gärtner, Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Parkanlagen protestieren auf das schärfste gegen die in den Revieren Humboldt-, Friedrichshain und Treptow erfolgten Arbeiterentlassungen, die im Widerspruch zu den offiziellen Erklärungen des Magistrats, wonach Arbeiterentlassungen vermieden werden sollen, erfolgt sind. Die Versammelten bedauern lebhaft, daß ihren wiederholten Anträgen, in Berücksichtigung der gegenwärtigen Krise von Entlassungen abzusehen, nicht stattgegeben wurde.

Die Versammelten appellieren an das soziale Empfinden der städtischen Körperschaften, nicht im Angesicht des Winters Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen, die während des Frühlings und Sommers ihre Arbeitskraft der Stadtverwaltung widmeten, der Arbeitslosigkeit und damit dem Hunger und Elend preiszugeben. Sie erwarten, daß die schon erfolgten Entlassungen wieder rückgängig gemacht, oder die entlassenen Arbeiter in anderen städtischen Betrieben beschäftigt werden. Die Versammelten beauftragen den Arbeiterausschuß, die vorstehende Resolution der Deputation der städtischen Parkanlagen sowie dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium zu überreichen.

Hierauf sprach im Sinne des Referenten der Stadtverordnete Gottfried Schulz, der besonders auch darauf aufmerksam machte, daß eine starke Organisation der Gemeindearbeiter neben der Tätigkeit der Arbeitervertreter im Stadtparlament zur Verbesserung der Verhältnisse notwendig ist. — Polenski, als Vertreter des Gemeindearbeiter-Verbandes, wies darauf hin, daß man sich seitens der Arbeiter schon im Dezember vorigen Jahres an den Magistrat und die Deputation gewandt hat mit dem Ersuchen, Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Im übrigen teilte er mit, daß in den letzten Tagen auch

30 Mann der Wasserwerke sowie 15 Mann der Tiefbauanlage in Treptow entlassen worden sind.

Im nächsten Punkt der Tagesordnung befaßte die Versammlung sich mit der Tatsache, daß für die Gärtner der städtischen Parkverwaltung ein besonderer Arbeiter-Ausschuß gebildet worden ist. Das geschah auf Verlangen der Gärtner, die in ihrem irdischen Handwerker- oder vielleicht gar Künstlerstolz, nicht mehr mit den „gewöhnlichen“ Arbeitern in einem Ausschuss zusammen sitzen wollen.

Polenski, der hierzu referierte, kritisierte unter allgemeinem Beifall der Versammlung ihr Verhalten und sprach die Erwartung aus, daß die Gärtner wohl mit der Zeit selbst zu der Einsicht kommen würden, daß auch ihre Interessen besser in einem gemeinschaftlichen Ausschuss der Parkarbeiter gewahrt werden.

Hierauf berichtete der Obmann Müller des Arbeiterausschusses über dessen Tätigkeit. In einer Ausschussung am 21. September wurde der Direktion der Wunsch vorgelegt, daß von dem im Herbst üblichen Entlassungen abgesehen werden möge. Das wurde dann protokolliert, allerdings mit Einfügung des Wortes „möglichst“. Der zweite Punkt war ein Wunsch der Vorarbeiterinnen, Sonntags abwechselnd zum Papieraufsammlern herangezogen zu werden. Diese Frauen, die für ihre Tagesarbeit in den städtischen Parks und Anlagen nur 2 M. Lohn erhalten, wollten sich auf die Weise einen Extravergdienst verschaffen, der nicht nur einzelnen zugute kommen sollte. Ferner wurde über die Regelung der Nachtwachen im Friedrichshain gesprochen. Die dort angestellten Wächter arbeiten von morgens 6 Uhr bis abends 10, ja zuweilen 11 Uhr. Man wünschte eine Regelung, wobei die Nebenstunden, die jene machen, andern überlassen werden sollten. Es wurde dann auch versprochen, daß die Angelegenheit geregelt werden sollte. Sodann kam der Wunsch der Arbeiter im Humboldt-hain nach brauchbaren Unterlaufströmen zur Sprache. Ihnen stand bisher nur der Flumenteller zur Verfügung, der im Sommer zum Aufenthalt für Menschen gänzlich ungeeignet ist. Sie begehrt sich nun damit, daß für den Sommer ein anderer Raum, der ungeeignet ist, zur Verfügung gestellt wird, während sie sich für den Winter mit dem heizbaren Flumenteller zufrieden geben wollten. Außerdem wurde das Verlangen gestellt, daß zum Dienst als Wächter nur Leute mit jahrelanger einwandfreier Dienstzeit herangezogen werden. Das richtete sich vor allem gegen die Günstlingswirtschaft, die sich in dieser Hinsicht in der städtischen Parkverwaltung geltend macht, und die Diskussion, die dem Ausschussbericht folgte, zeigte dem auch, daß unter den Parkarbeitern starker Mißmut darüber herrscht, daß oft blutjunge Leute bei diesen Posten älteren befähigteren Leuten vorgezogen werden.

Der Konflikt bei der Firma Woffe

und die Prehpolesnik, die sich daraus ergeben hat, beschäftigte am Mittwoch auch eine Versammlung des Vereins Berliner Buchdrucker. Diese Versammlung äußerte ihre Entrüstung über die Art, wie die „Vollzeitung“ unter dem Vorwande einer prinzipiellen Stellungnahme zur Tariffrage die verschiedenen Funktionen des Buchdruckerverbandes gegeneinander auszuspielen veruchte. Zu dem Konflikt selbst bemerkt Massini, daß es ein ganz eigenartiges Verfahren sei, ein Personal, nachdem die Kündigung schon ausgesprochen ist, herunterrufen zu lassen, um zu erklären, daß die Kündigung angenommen wird. Zweifellos mußte dies als Provokation des Personals wirken, ebenso wie die auffällige ganz überflüssige Kündigung des aufgehobenen Vertrages. Massinis sowie des gesamten Gewerbestandes feste Ueberzeugung sei es, daß bei einer jeden tariftreuen Firma bei Massenentlassungen von den Tarifinstanzen untersucht werden müsse — und dazu hatte in diesem Falle die Firma Woffe Gelegenheit zu geben — ob die Kündigungen zu recht erfolgt sind. Der Paragraph wäre sinnlos und gehörte nicht in den Vertrag, wenn solche Anrufung der Instanzen in das Verleben der Firma gestellt wäre. Zum Schluß sprach Massini der ebenfalls in der „Vollzeitung“ zum Ausdruck gebrachten Erklärung des Tarifamts den amtlichen Charakter ab, denn nicht das Tarifamt, sondern eine Kommission habe untersucht, ob Tarifbruch der Firma vorliege oder nicht. Was würden übrigens die Prinzipale sagen, wenn die Gehilfen solche Extrabekleidungen verlangen würden. In der Diskussion stellte man sich — mit Ausnahme der Vertreter des Tarifamts — auf den Standpunkt, daß der Gewerbestand, speziell dessen Vorsitzender, gegen derartige Angriffe geschützt werden müsse. Kenner der Verhältnisse wundern sich übrigens, daß das Personal sich die Behandlung des Herrn Hartog solange gefallen ließ. Kommen mußte eine Explosion über kurz oder lang doch. Kurz bevor dieser Bericht in Druck gegeben wurde, geht uns von außerhalb die merkwürdige Nachricht zu, daß das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker die Sonntagsnummer der „Vollzeitung“ sämtlichen Tariffunktionären im Deutschen Reich zugestellt hat.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Ein Erfolg der Gold- und Silberarbeiter.

Der Streik der Gold- und Silberarbeiter ist erfolgreich beendet. Der Tarifvertrag ist unterschrieben. Der Deutsche Metallarbeiterverband ist als Organisation anerkannt, und heute, Freitag früh, lehren die Streikenden an ihre Plätze zurück. Mit großer Befriedigung nahmen die Streikenden, die sich am Donnerstag früh im Gewerkschaftsausschuß versammelt hatten, von diesem Stand der Dinge Kenntnis. Otto Handke betonte, daß es der Energie der Arbeiter in dem Kampfe um eine gerechte Forderung zu danken sei, daß nach wenigen Tagen schon die Arbeitgeber sich veranlaßt sahen, ihre feindselige Haltung aufzugeben. Die Streikbewegung breitete sich aus und in verschiedenen Werkstätten wurden Besuche gefaßt, nach welchen die Gehilfen entschlossen waren, in den nächsten Tagen in den Streik zu treten. Das alarmierte die Arbeitgeber und sie traten schleunigst zu Beratungen zusammen. Das folgende Schreiben wurde vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes verfaßt:

„Vertraulich! Dringend!
Einladung zur außerordentlichen Versammlung am Dienstag, den 20. Oktober 1908, abends 9 Uhr, im Restaurant Schultze, Neue Jakobstr. 23.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Maßnahmen der Arbeitgeber. 2. Beschlüsse.
Vorstand des Arbeitgeberverbandes der Edelmetallindustrie für Berlin und die Provinz Brandenburg.
Wih. Dönges, Max Winter.“

In dieser Versammlung kam es zu einigen heftigen Auseinandersetzungen. Man machte den Arbeitgebern, die den Tarif unterschrieben hatten, diese Vorwürfe, aber diese entschuldigten sich mit dem drohenden Streik, der in verschiedenen Werkstätten schon ausgebrochen war. Schließlich sahen die Unternehmer ein, daß es am richtigsten sei, schnell nachzugeben und sandten den folgenden Brief an die Organisation der Arbeiter:

Berlin, 20. Oktober 1908.
An den Deutschen Metallarbeiterverband,
Ordnungsverwaltung Berlin,
a. S. des Herrn Otto Handke.
Nachdem unsere Arbeiter in unserer Weigerung, mit dem Deutschen Metallarbeiterverband einen Vertrag abzuschließen, eine Kränkung gesehen haben, bemerken wir, daß zu dieser Auffassung kein Grund vorliegt.
Um dem Ausbruch zu geben, kommen wir also hiermit Ihrem Wunsche nach und setzen Ihren Vertrag mit der Zusage als für uns verbindlich und auf ein weiteres Jahr gültig an.
Die unseren Verbände angehörenden Silberwarenfabrikanten stehen weiter auf dem Standpunkt ihrer — nicht gelindigten — Verpflichtungen vom 22. Oktober 1908 und erklären, daß sie an derselben nichts zu ändern beabsichtigen.
Arbeitgeberverband der Edelmetallindustrie für Berlin und die Provinz Brandenburg.
(Bez.) Otto Rodgaut, Paul Siegel, Wilhelm Dönges, Robert Freund, A. Rodmann, Max Winter.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat also endlich sich entschlossen, die verlangte Unterschrift zu leisten. Man wird hoffentlich auch in Zukunft, der Zentralstelle des Arbeitgeberverbandes der Edelmetallindustrie, einsehen, daß man mit organisierten Arbeitern nicht nach Belieben verfahren kann, sondern daß man auf ihre Wünsche Rücksicht zu nehmen hat. Die Arbeiter wissen genau, daß die Unterschriften nicht freiwillig gegeben worden sind, sondern daß sie ihrem festen Zusammenhalten und energischen Vorgehen zu danken sind.

Gleich nach Empfang des Schreibens, das am Mittwoch einlief, setzte sich Handke mit Dönges vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes in Verbindung. Die Aufnahme der Arbeit wurde für Freitag früh festgesetzt und bestimmt, daß jeder wieder an seinen alten Platz zurückkehrt. In der Versammlung am Donnerstag morgen wurden diese Abmachungen gutgeheißen und der Streik als beendet erklärt. Daß in Berlin die Anerkennung der Organisation durchgesetzt wurde, wird für die Berufsangehörigen in allen Städten Deutschlands von Wichtigkeit werden.

DEGEA.

Am Mittwoch fand bei Pittin, Remerstr. 17, eine große Betriebsversammlung aller bei der Deutschen Gaslichtgesellschaft (Auergesellschaft) der Abteilungen A, B und J beschäftigten Personen statt. Genossin Kadei referierte über die Wohltaten der Unternehmer und die Interessen der Arbeitenden und lenkte die Aufmerksamkeit auf die Hand eines reichhaltigen Tatsachenmaterials das Bestehen des Unternehmertums, unter der Maske der Wohltätigkeit ihren Beschäftigten allerlei kleine Vergünstigungen zu gewähren, um diese an die Betriebe zu fesseln, ohne aber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur im geringsten zu verbessern. Auch bei der Auergesellschaft sei diese Art Wohltätigkeit schon eingedrungen. Referent entwirft dann ein Bild, das in der nachfolgenden Diskussion über Betriebsangelegenheiten noch aus der Mitte der Versammlung ergaßt wurde. Alles, was da zur Sprache kam, zeigte, daß die Verhältnisse bei der Auergesellschaft nicht die erfreulichsten und nach vielen Seiten hin dringend reformbedürftig sind. — Vorsitzender Strohkopff gab eine übersichtliche Darstellung der Zustände innerhalb des Betriebes. Vor allem handelte es sich um die Verwaltung und die Kontrolle der Strafgeelder, auf deren Veranlassung und Verteilung den dort beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen jeglicher Einfluß und Ueberblick fehlt. Nach den vielseitigen Beschwerden der Kollegen und Kolleginnen richtete Strohkopff an die Direktion ein Schreiben, in dem er um Aufklärung in dieser Sache ersuchte. Von der Direktion lief denn auch eine Antwort ein, in der sie den Empfang des Schreibens bestätigte mit dem Hinzufügen, daß sie sonst nur mit ihren Arbeitern unterhandelt, diesmal aber ausnahmsweise von der Regel abweiche und eine Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben solle erfolgen. Tatsächlich erfolgte ausgerechnet am Tage der Versammlung ein Aufschlag am schwarzen Brett, der folgende Aufstellung enthielt:

„Strafgeelder für das Geschäftsjahr 1907/8.
Eingegangen sind Strafgeelder: die Summe von 2280,00 M.
An Unterstehung sind gezahlt: 1. Gratifikationen, 2. Antennen-zuschuß, 3. Entlohnung von 155 Personen nach Seebädern, in Summa 82788,00 M.
Hinzugezahlt wurden die Ausgaben für das Mädchenheim, die nicht in obiger Summe eingerechnet sind.
Wegen Zuspätkommens und sonstiger Verluste gegen die Arbeitsordnung wurden vom 1. Juli bis 30. September 1908 5802 Personen mit insgesamt 729,70 M. in Strafe genommen.“

Mit dieser Aufstellung wollte die Direktion der Versammlung offenbar zudorkommen und der Kritik den Boden entziehen. So wohl der Vorsitzende als auch sämtliche Redner waren der Meinung, daß diese Abrechnung keine volle Klarheit und Ueberblick gebe über die Verwendung der Strafgeelder. Die Summen seien nicht den gesetzlichen Bestimmungen gemäß angewendet worden. Gratifikationen sei zur Verteilung gelangen. Desgleichen kämen Aufwendungen für die Kantine nicht in Betracht. Was die Verschickung einer kleinen Anzahl 100 mal gefiederter Personen nach dem Seebad Rixdorf anbelange, womit sich die Firma in die Gloriole der Wohltätigkeit hülle, deren Kosten aber ebenfalls aus der Strafgeelderklasse entnommen werden, so sei das ebenfalls nicht im Sinne des gesamten Personals, das das Recht der Mitbestimmung bei der Verwendung der Summen verlange. Genossin Kadei führte noch aus: Der größte Teil dieser Summen sei für Gratifikationen aufgewendet, um so weniger für andere nützlichere Posten. Es sei auch nicht begreiflich, daß die Firma so behörden mit dem zurückhalte, was sie für Wohltätigkeit ausgibt. Hat sie wirklich eine größere Summe für Verschickung nach Rixdorf aufgewendet, so hätte sie sich wohl kaum geziert, dies mitzuteilen. Aber auch in diesem Falle hätte sie nicht das Recht, mit den Strafgeeldern nach Belieben zu schalten und zu walten. Auch sie hat sich der festgesetzten Fabrikordnung unterzuordnen. — Auch sonst wurde

über das Verhalten der Direktion und auch der Meister Klage geführt. So hat, als der Bericht über die letzte Versammlung im „Vorwärts“ erschien, der Direktor laut in den Saal gerufen: „Meister Fink bekommt eine Karl Julage!“ Das war die Antwort auf die Klagen der Arbeiter über das Auftreten des Herrn Fink. Ebenso sind zu wiederholten Malen Klagen von den Arbeiterinnen bis zu 50 Prozent vorgekommen worden und zwar mit der Begründung, der Firma sei jetzt ein großer Konkurrent auf dem Weltmarkt entstanden. (1) Auch die Betriebskrankenkasse wurde in einem eigenartigen Lichte gezeigt und die Art des Herrn Sanitätsrats Roth, mit den Patienten zu verkehren, einer scharfen Kritik unterzogen. Eine demnächst einzuberufende Sitzung wird sich mit diesen Zuständen näher befassen und dem Herrn Sanitätsrat den Standpunkt klarmachen.

Eine fünfgliedrige Kommission wurde gewählt, die bei der Direktion betreff des Strafgeelder vorstellig werden soll. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute tagende Betriebsversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Auer-Gesellschaft nimmt Kenntnis vom heutigen Aufschlag am schwarzen Brett betreffs Abrechnung der eingegangenen Strafgeelder und der ausbezahlten Unterstehungen. Der Aufschlag selbst entspricht ja den Wünschen der Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Inhalt desselben aber bringt dagegen eine desto größere Enttäuschung, denn sämtliche in der Ausgabe angeführten Posten sind nicht zum Besten der Arbeiterunterstützungskasse verthan. Die Arbeiter und Arbeiterinnen verlangen eine gerechte Verteilung der Strafgeelder sowie das Recht, an der Verwaltung der Unterstützungskasse teilzunehmen. Die Versammlung erwartet von der Direktion, daß sie umgehend Vorschläge macht entsprechend den Wünschen der letzten Versammlung.

Hinzufügen ist noch eine Beschwerde über den Ausgong im Betrieb, der infolge der Fuhrwerke, Ästen usw. schwer passierbar und gefährlich für Gesundheit und Leben ist.

Stellung, Pflanzler!

Es wird an dieser Stelle dringend darauf hingewiesen, daß alle Kollegen, sobald sie arbeitslos werden, ihre Adresse abgeben möchten. In den Fällen, wo Kollegen durch eigenes Bemühen wieder in Beschäftigung treten, muß auch hiervon Mitteilung erfolgen.

Der Vorstand der Sektion der Pflanzler Berlins
J. A.: S. Waldheim, Schönberg, Reiningerg. Straße 8, S. III.

Ein Erfolg der Einigkeit.

Durch das geschlossene Vorgehen der bei der Firma Bruno Klenke, Friedenau, beschäftigten, im Zentralverband der Maurer organisierten Kabinenputzer und Träger, wurde die Firma durch eine ein und einen halben Tag dauernde Firmensperre gezwungen, den seit dem Jahre 1905 bestehenden Tarifvertrag für das Gips- und Zementbaugewerbe auf ein weiteres Jahr durch Unterschrift anzuerkennen. Die Firma hatte Lohnreduzierungen für Kabinenputzer und Träger bis zu 15 Pf. die Stunde vorgenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Notstand.

Stuttgart, 22. Oktober. (B. G.) Angesichts der bestehenden Arbeitslosigkeit hat der Gemeinderat heute beschlossen, Notstandsarbeiten im Kostenbetrage von 800 000 M. in diesem Winter vornehmen zu lassen, wobei auch für qualifizierte Arbeiter möglichst Arbeitsgelegenheit geschaffen werden soll. Weiter sollen zwei Arbeitslosenzählungen vorgenommen werden: die eine im Laufe des November, die zweite Ende Januar oder Anfang Februar nächsten Jahres.

Passive Resistenz.

Wien, 22. Oktober. (B. Z. V.) Der Eisenbahnminister richtete aus Anlaß der auf den Nordbahnlängen eingetretenen passiven Resistenz einen Erlaß an alle Organe der Staatsbahnenverwaltung, in dem er unter Hinweis auf die jüngste, noch nicht abgeschlossene Staatsaktion zugunsten des Eisenbahnpersonals die Teilnehmer an der Resistenz auffordert, „von ihrem pflichtwidrigen Beginnen abzulassen“, und den Entschluß der Regierung ausdrückt, „der mutwilligen, die wirtschaftlichen Interessen der gesamten Bevölkerung schwer bedrohenden Aufhebung mit allen Nachmitteln zu begegnen und gegen jeden Bediensteten der Staatsbahn, der eine ordnungsgemäße Abwicklung des Dienstes, anstatt sie pflichtgemäß zu fördern, vereitelt, erschwert oder verzögert, fortan unmaßsächlich mit der vollen Strenge der Dienstordnung vorzugehen“.

Eine Erklärung der Jungtürken.

Konstantinopel, 22. Oktober. (B. G.) Das jungtürkische Komitee veröffentlicht eine Erklärung, worin mitgeteilt wird, daß seine Bemühungen dahin gehen, das Vaterland zu retten, und daß kein Opfer groß genug sein werde, um die Verfassung aufrecht zu erhalten. Mit Unterstützung der Armee, deren Geduld zu Ende sei, werde das Komitee den Despotismus zerstören. Alle Anhänger des alten Regimes, die den Versuch machen sollten, erworbene Freiheiten wieder preiszugeben, sollen mit aller Schärfe bekämpft werden. Diese Erklärung erfolgte auf Grund von Maueranschlägen, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, die Griechen, Bulgaren und Oesterreicher hinhinzuwerfen. Diese Plakate rühren von reaktionärer Seite her.

Die englischen Frauenrechtlerinnen.

London, 22. Oktober. (B. Z. V.) Siebzehn Anhängerinnen des Frauenstimmrechts erschienen heute vor dem Polizeigericht über der Verhaftung, bei den Demonstrationen am 13. d. M. der Polizei Widerstand geleistet zu haben. Sie weigerten sich, für ihr Verhalten in Zukunft Bürgschaft zu geben, und wurden zu Gefängnisstrafen von drei Wochen bis zu drei Monaten verurteilt.

Eisenbahnunfälle.

Düsseldorf, 22. Oktober. (B. G.) Als heute um 2 1/2 Uhr der D-Zug Berlin-Köln den Bahnhof verlassen hatte, stürzte kurz nach der Ausfahrt der Lokomotivführer Brink von der Maschine ab und geriet unter die Räder. Es wurde ihm der linke Arm zermalmt. Der Zug hielt und nahm den Schwerverletzten mit nach dem Krankenhaus in Hilderst. —

Hannau, 22. Oktober. (B. G.) Auf dem hiesigen Hauptbahnhofe wollte gestern Abend der 23jährige Eisenbahnarbeiter Josef Berger Kohlen mit dem hydraulischen Fahrstuhl nach dem Bahnhof befördern; er sprang während der Fahrt auf den Fahrstuhl, wurde hierbei eingeklemmt und so schwer verletzt, daß er unter den Händen des Arztes starb. —

Hannau, 22. Oktober. (B. G.) Auf dem hiesigen Ostbahnhof wurde heute morgen eine 19jährige Zigarettenarbeiterin, als sie den von Gelnhausen kommenden Frühzug verließ und das Gleis überfuhr, von einer einfahrenden Lokomotive zu Boden geworfen und getötet. —

Explosion.

Hannover, 22. Oktober. (B. G.) Heute vormittag hat in den Kabinenräumen der Gesellschaft für flüssige Luft im benachbarten Kirchrode eine folgenschwere Explosion stattgefunden, bei der Direktor Paul Penland schwer am Kopfe verletzt wurde. Ein Monteur sowie eine dritte Person erlitten leichtere Verletzungen. —

Orkan auf den Philippinen.

Manila, 22. Oktober. (B. G.) Ein Orkan richtete im Cagayantal am 12. Oktober furchtbaren Schaden an. Es heißt, daß über 800 Eingeborene umgekommen sind. Hunderte von Wohnungen wurden weggeführt. —

Stadtverordneten-Versammlung.

31. Sitzung vom Donnerstag, den 22. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Stadtv. Giese berichtet über die Vorlage betr. Durchlegung der Lindenstraße von Kommandantenstraße bis Spittelmarkt.

Die Petition des Vereins zur Wahrung kommunaler Interessen im Köpenicker Viertel und dessen Umgebung, betr. die Errichtung einer höheren Mädchenschule daselbst, ist dem Rat zugewiesen.

Die alte Fraktion der Linken, Stadtv. Barth und Genossen, hat am 15. Oktober folgenden Antrag eingebracht:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dem Polizeipräsidenten, Abteilung für Feuerwehr, einen angemessenen Betrag zur Verfügung zu stellen, um den in Folge der zahlreichen Dachstuhlbrände in ungewöhnlicher Weise angelegten Mannschaften der Berliner Feuerwehr eine Remuneration zu gewähren.

Antragsteller Stadtv. Barth weist in kurzer Begründung des Antrages auf die großen Anstrengungen hin, die die Feuerwehrmännchen durch die Häufung der Dachstuhlbrände im letzten Jahre zu überwinden hatten.

Der Antrag wird ohne weitere Debatte einem besonderen Ausschuss von 10 Mitgliedern überwiesen.

Zur die Annahme einer fortlaufenden Statistik des Arbeitsmarktes wird ein Betrag von 20000 M. gefordert. Im Auftrage der Deputation für Statistik hat der Direktor des statistischen Amtes, Prof. Dr. Silbergleit, ein Gutachten über die Statistik des Beschäftigungsgrades und des Arbeitsmarktes erlassen.

Stadtv. Wurm (Soz.): Wir setzen in der Vorlage einen ersten Schritt auf dem Wege, den der Magistrat solange verabsäumt hat zu gehen, aber wir müssen doch unseren Bedenken dahin Ausdruck geben, daß damit noch keine Gewähr gegeben ist, die Zahl der Arbeitslosen einwandfrei zu ermitteln.

Kleines feuilleton.

Ein Held der polnischen Revolution. Aus Warschau wird uns geschrieben: In den mit Märtyrersblut getränkten Abhängen der Warschauer Zitadelle ist dieser Tage einer der Besten der Freiheitskämpfer Russisch-Polen, Josef Wierci, durch die Hand des Henkers gefallen.

Theater.

Deutsches Theater: Die Verhöhnung des Fiesco zu Genua von Schiller. Nach den „Raubern“, nach „Kabale und Liebe“ ging jetzt das dritte der Profadramen aus Schillers revolutionärer Jugendzeit, der „Fiesco“, über die Reichardt-Bühne, und zwar mit unerwartet starkem Erfolge.

Interesse haben könnten, die Ziffer der Arbeitslosen größer erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit sei. Der Magistrat machte diese Meinung nicht zu der seinigen, aber die Tatsache steht fest, daß aus diesem Grunde unser Vorschlag abgelehnt wurde.

Stadtv. Herzberg (Fr. Fr.): Wir werden für die Vorlage stimmen, um zu bekunden, daß uns daran gelegen ist, die tatsächlichen Verhältnisse kennenzulernen. Wir sind uns aber ganz klar darüber, daß dieser Versuch zunächst vielleicht ohne greifbare Resultate bleibt.

Stadtv. Goldschmidt (N. L.): Wortwürde zu erheben, dazu ist der jetzige Moment wenig angehen. Die Vorlage will, was schließlich auch die statistische Deputation wollte, der doch auch Herr Wurm angehört.

spannt anmuten, Farbe und Feuer. Die anschauliche, zu Phantasie und Sinnen sprechende Vorbildlichkeit der Bühnenbilder nahm so gefangen, daß man den Bombast des Dialogs, die Schwäche der Verbindungsäden an vielen Stellen ganz vergaß und den dramatischen Instinkt, der bei so vielerlei Mängelungen sich auch in diesem Stücke ausdrückt, verwundert und manchmal bewundernd nachempfand.

Eine Ueberraschung nicht weniger groß als Harry Waldens prächtiger Herdmannd neulich in der Ausführung von „Kabale und Liebe“ war Moissi in der Figur Fiescos. Reinhardt hat Recht behalten, wenn er diesen jungen Schauspielers, der oft durch manrierte Unart abfiel und als Romeo enttäuschte, immer wieder vor bedeutende Aufgaben stellte.

Geibel-Theater: Gastspiel Sarah Bernhardt. Die Gastspiele fahrender Virtuosen haben künstlerisch sowie Bedentliches (das Rampenspiel des Stars, das zumeist schlechte, abgeleitete

Stadtv. Dove (N. L.): Wir stimmen ebenfalls für die Vorlage. Der Vorkhalt des Kollegen Herzberg bedarf es wirklich nicht. Andererseits kann nicht bestritten werden, daß die Kenntnis aller tatsächlichen Verhältnisse auf diesem Gebiete der Sozialpolitik durchaus erforderlich ist.

Stadtrat Dr. Weigert: Ich freue mich der allgemeinen Sympathie, mit der die Vorlage begründet worden ist. Es handelt sich hier in der Tat um einen ersten Versuch statistischer Darstellung eines Zustandes, der schwer zu erfassen ist und Schwierigkeiten auch in der Darstellung seines Umfanges bietet.

Stadtv. Wurm: Erfreulich ist die Zusage, daß der Magistrat sich bemühen wird, die Vororte zu einer gemeinsamen Zählung zu veranlassen. Wenn der Stadtrat aber erklärt, daß die Vertreter der Arbeiter keine Gewähr für richtige Ausfüllung der Zettel geben, so frage ich: soll das heißen, die 24000 Vertreter der organisierten Arbeiter sind nicht sachverständig genug oder zu böswillig, solche Zählung durchzuführen zu können?

Stadtv. Herzberg (Fr. Fr.): Wir werden für die Vorlage stimmen, um zu bekunden, daß uns daran gelegen ist, die tatsächlichen Verhältnisse kennenzulernen. Wir sind uns aber ganz klar darüber, daß dieser Versuch zunächst vielleicht ohne greifbare Resultate bleibt.

Stadtrat Dr. Weigert: Ich habe nicht von den Vertretern der Arbeiterorganisationen, sondern von den Gegnern sprechen wollen, wenn ich die mangelnde Gewähr für eine richtige Zählung erwähnte.

Stadtv. Goldschmidt: Ich habe mich nur dagegen verwahrt, daß Herr Wurm im Namen der organisierten Arbeiterschaft sprach; das sieht so aus, als ob alle organisierten Arbeiter hinter ihm ständen.

Repertoire, das minderwertige Ensemble, daß sie mit vollem Recht in Mißkredit geraten sind. Waren sie immer — mehr ein Luxus- und ein Sensationsbedürfnis, so sind sie vollends verfehlt, wenn nun auch der Star zu verlagen beginnt.

Doch was kümmert uns heute noch Sardous „Hexe“ und die „Kameienbame“ und was die Bernhardt sonst noch bringt. Selbst wenn sie noch auf der Höhe ihrer Kunst wäre, die einer anderen Stilepoche als der unseren angehört, würden wir bei diesen Proben wohl kalt bleiben.

Notizen.

Theaterchronik. Girardi, der uns wieder für längere Zeit besucht, eröffnet am Freitag sein Gastspiel im Italia-Theater in der Operette „Rüder Straubinger“.

Was die hohen Töne kosten. Garuso hat einem ihn behandelnden Zeitungsmann verraten, 1. daß er die Vaccaroni am liebsten liest; 2. daß er in Berlin für den Abend 10000, in London 20000 M. und in Amerika für 80 Abende innerhalb neun Monaten 1040000 M. bekommt.

Die Düsselbacher Wuppenschaute will in Form von Wuppenspielen den (längst erfolglosen) rheinischen Volkshumor wieder beleben.

Neuenden größer ist als die der Hirsch-Dunderschen Mischung: es gibt mehr Würmer als Hirsche. (Große Heiterkeit.)

Stadt. Gottfried Schulz (Soz.): Der Stadtrat scheint doch gar keine Abnung zu haben, wie wir beratige statistische Aufnahmen machen. Wir geben Zählkarten aus, und diejenigen Zähler, die die Karten abgeben, holen sie auch selbst nach einigen Tagen wieder aus den betreffenden Wohnungen ab. Damit ist jede Garantie der Zuverlässigkeit gegeben und jede Willkür und jeder Mißbrauch ausgeschlossen.

Damit schließt die Beratung. Die Vorlage wird angenommen. Am die Anbringung von Reklameschildern an den Kandelabern der öffentlichen Straßen. Internen Berlins hat sich die Firma Franz Kemmer in Bremen, Laternentechnik-Gesellschaft m. b. H., beworben. An jedem Kandelaber soll ein Ringschild von 20 Zentimeter Höhe angebracht werden. Der bezügliche Vertrag soll auf drei Jahre gelten und die Vergütung für die ersten zwei Jahre auf 8 M., pro Kandelaber, für das dritte je 8 M., betragen. Zugrunde gelegt wird die Zahl von 200 Kandelabern, so daß der Jahresmehrsatz für die beiden ersten Jahre je 198 000 M., für das dritte 184 000 M. beträgt. Eine Sicherheit von 100 000 M. hat die Firma bereits hinterlegt. Der Magistrat unterbreitet der Versammlung den Vertragsentwurf.

Die Versammlung nimmt die Vorlage ohne Debatte an. Schluß der öffentlichen Sitzung 1/2 Uhr.

Christlichsozialer Parteitag in Herford.

Herford, den 20. Oktober.

In der geschlossenen Vormittags-Sitzung fanden die Entwürfe ihre Erledigung, dann wurde der Hauptvorstand wiedergewählt. Den Ort des nächsten Parteitages zu bestimmen, wurde dem Vorstand überlassen.

In den öffentlichen Nachmittags-Verhandlungen erstatteten die Herren Rippel-Hagen und Reubaus Referate über die Lage des gewerblichen Mittelstandes. In beiden wurden die besonnenen Klagen der Mittelständler vorgetragen. Nach einander wurden Gewerbebesitz, Haushaltungsarbeit, Warenhäuser und Konsumvereine genannt, die schuld seien an der mitleidigen Lage des Mittelstandes. Um aber bei den Arbeitern nicht allzu sehr anzufragen, beschränkte man sich darauf, nicht ein direktes Verbot der Konsumvereine, sondern eine entsprechende Besteuerung zu fordern. Was die Herren darunter verstehen, darüber dürfte wohl niemand im Klaren sein. Aus der Verhandlung der Gewerkschaftsfrage ging ein mit aller Schärfe hervor, daß auch die Christlichsoziale Partei das Ausschlußrecht nicht fertig bringt, zwei verschiedenen Herren auf einmal zu dienen. Auf der einen Seite soll den Arbeitern gnädigst gestattet werden, die Konsumvereine zu behalten, und auf der anderen Seite wird dem in Konsumvereinen organisierten Arbeiterstand vorgeworfen, er schneide damit Riemen aus der Haut des Mittelstandes.

In der Debatte ist klar ausgesprochen worden, daß im Interesse des Mittelstandes die Konsumvereine zu bekämpfen seien. Allerdings wurde ebenfalls darauf hingewiesen, daß man nicht in einem Atemzuge die Konsumvereine bekämpfen und die Handwerker- und landwirtschaftlichen Genossenschaften fördern könne. Die Christlichsozialen sitzen hier in der Klemme — der Schwundel, daß sie Arbeitervertreter seien, geht hier in die Brüche.

Im weiteren wurden an die Forderungen wieder aufgestellt, die wir gewohnt sind von den Junglinghandwerkern zu hören. Ganz besonders war es Herr Behrens, der den Ruf ertönen ließ: Hinweg mit dem § 109 der Gewerbeordnung! Der Paragraf bestimmt: „Die Innung darf ihre Mitglieder in der Preisfestsetzung der Preiskriterien Waren oder Leistungen nicht beschränken“. Dieser Paragraf nun will Herr Behrens beseitigt wissen. Die Innung der Bäcker soll z. B. beschließen können, daß das Pfund Brot 20 Pf. kostet und unter Strafe darf dann auch nicht ein einziger Bäcker das Pfund Brot billiger verkaufen. So können unter Umständen von einer kleinen Gruppe ganze Einwohnermassen geradezu ausgeplündert werden.

Herr Behrens ist Gewerkschaftsbeamter. Was läge da doch näher, wenn er einmal ein solches Recht für die Vereinigungen der Produzenten fordert, daß er ein Gesetz verlangt, nach dem die Arbeiterschaft, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, deren Beamter zu sein, Herr Behrens die Ehre hat, das Recht haben soll, für ihre Leistungen einen Minimalpreis festzusetzen. Mit einem solchen Satz wären dann wohl die Humaerlöse beseitigt. Oder meint Herr Behrens, daß sich das, was er für den Mittelstand so ungeschämmt fordert, für den Arbeiter nicht passe, für ihn zu gut sei?

Für Reichsfinanzreform wurde folgende Resolution beschlossen:

„Der Parteitag hält eine durchgreifende Reichsfinanzreform für eine nationale Notwendigkeit, er bedauert, daß der vom Reichsfinanzsekretär angeforderte Entwurf der Reichsfinanzreform keine wesentliche Ausdehnung der Einnahme des Reiches vorstelt, und vorzugsweise den Konsumsteuern trifft, eine unferes Erachtens schädliche Zigarettenbanderollesteuer vorstelt, das mobile Kapital aber schon. In den einzelnen Entwürfen kann der Parteitag, da der Wortlaut noch nicht veröffentlicht ist, nicht Stellung nehmen und überweist darum im vollen Vertrauen die vorliegenden Entwürfe den Abgeordneten der Partei.“

Herr Behrens hat also die Erlaubnis, seine bekannte Jongleurgewandtheit bei der Beratung und Abstimmung über die Steuerentwürfe zu bekunden. Nützlichfalls wird er einmal für und einmal gegen die Zigarettenbanderollesteuer stimmen, um sich zum Schluß der Stimme zu enthalten.

Bleivergiftung durch Bauten.

Heber die außerordentliche Gefährlichkeit der Verwendung bleiweißhaltiger Farben ist sich alle Welt einig. Ein striktes allgemeines Verbot der Anwendung von Bleifarben ist dringend erforderlich und durchführbar. Selbst die wahrlich nicht aus Drängern und Stürmern bestehende internationale Vereinigung für geselligen Arbeiterschutz hat wiederholt, zuletzt Ende September, sich für das völlige Verbot der Anwendung von Bleifarben ausgesprochen und betont, „daß in bezug auf das Bleiweiß alle Versuche ergeben haben, daß es für die Innenanstriche völlig unnützig ist und verboten werden muß.“ Die durch Verwendung von Bleiweißfarben der Gesundheit und dem Leben der mit solchen Farben beschäftigten Maler, Anstreicher, Läufer, Weißbinder und Lackierer herbeigeführte Gefahr ist enorm. Völlig unzureichend sind die auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften der Bundesratsverordnung von 27. Juni 1905 und die der Vollzugsanweisung vom 15. August 1905. Eine Reihe Staaten hat die Verwendung von Bleiweiß insbesondere bei Bauten, wenn nicht durch Gesetz so durch behördliche Verfügung verboten. Es wäre erforderlich, daß das Reich, die Einzelstaaten, die Gemeinden und die öffentlichen Korporationen verbieten, daß bei den für sie herzustellenden Bauten die Verwendung von Bleiweiß erfolgt. Es hat z. B. auf Ansuchen der Arbeiter die Statthalterei von Niederösterreich durch Erlaß vom 27. August 1906 veranlaßt, daß bei Vergabungen von Staatsbauten die Verfielung nicht-bleihaltiger Farben bedungen werden muß. In ähnlicher Weise hat der Wiener Stadtrat durch Beschluß vom 5. März 1907 den Gebrauch von Bleiweiß und Minium bei städtischen Arbeiten grundsätzlich verboten. Anders das Reich, der Staat Preußen und die Stadt Berlin. Die Erkrankungen und Sterbefälle infolge von Bleivergiftungen nehmen auch in Berlin, wie der letzte

Vericht der Ortstraßenkasse der Maler erteilt, erschreckend zu. Trotzdem wird nach wie vor für Berliner Bauten, auch für den Innenanstrich von Berliner Bauten, Bleiweißfarbe verwendet. Hier ist dringend erforderlich, durch vertragliche Verbote die Verwendung von nur nicht bleihaltigen Farben zu vereinbaren. Daß das praktisch durchführbar, zeigt u. a. das Berliner Gewerkschaftshaus, dessen Bau ohne Verwendung bleiweißhaltiger Farben erfolgt ist.

Aber in Berlin besteht leider nicht nur noch kein Verbot der Anwendung von bleiweißhaltigen Farben bei Herstellung städtischer Bauten, sondern es werden sogar die gerüglichen, durchaus unzureichenden Schutzvorschriften der Bundesratsverordnung auf den Bauten (auch städtischen) nicht voll beachtet.

Vor kurzem unternahm der in der Bekämpfung der Bleivergiftung mit Recht unermüdete Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Läufer und Weißbinder Berlins, Filiale Berlin, eine Enquete darüber, ob wenigstens die unzureichenden Vorschriften der erwähnten Bundesratsverordnung befolgt würden.

Und wie lautete das Ergebnis, das sich auf alle, auch städtische Bauten erstreckte? Geradezu niederschmetternd. Kontrolliert wurden 256 Arbeitsstellen (253 Bauten und 3 Fassaden) mit 1882 Berufsangehörigen. In 216 Fällen, also in über 84 Prozent, wurden teilweise recht erhebliche Verstöße gegen die Bundesratsverordnung angetroffen!

Nach der Bundesratsverordnung sollen den Arbeitern Waschgefäße, Bürsten zum Reinigen der Hände und Nägel, Seife und Handtücher zur Verfügung stehen. In 91 Fällen waren Bürsten nicht vorhanden, in 6 Fällen fehlte es an Waschgelegenheit ganz oder (in 25 Fällen) war die Waschgelegenheit völlig unzureichend. Durchaus unzulässig und krankheitsfördernd ist es, daß die Farbenhüte als Umkleideraum benutzt wird. Vielmehr schreibt die Bundesratsverordnung vor, daß den Arbeitern Gelegenheit gegeben wird, „ihre Kleidungsstücke sauber aufzubewahren“. Was nützt die größte Sauberkeit des Arbeiters, was nützen alle „Blei-Blätter“, wenn der Giftstoff durch die Kleidung mit nach Hause genommen werden muß? Und dennoch wurde in 35 Fällen im Umkleideraum Material gelagert! Einen ganz besonderen Anlaß zur Klage gab der Verstoß gegen die Vorschrift, daß Handtücher zur Verfügung gestellt werden müssen. Auf nicht weniger als 84 Arbeitsstellen fehlten die Handtücher völlig. Aber damit nicht genug. Um der Bundesratsverordnung zu genügen, ist erforderlich, daß die Handtücher die übliche Größe haben, von sauberer Beschaffenheit sind und mindestens wöchentlich einmal auf der Arbeitsstelle gewechselt werden. Das trifft aber bei den übermeisten Arbeitsstellen nicht zu. In an vielen Stellen wird die Verabreichung von Handtüchern von einem ausbrüchlichen Verlangen der Arbeiter abhängig gemacht. In mehreren Fällen wird verlangt, die Arbeiter sollten sich die Handtücher in dem eine Stunde von der Arbeitsstätte entfernten Bureau vor Beginn der Arbeitszeit ohne Entschädigung für Arbeitszeit abholen. Andere lehnen eine Auswechslung der Handtücher ab. Ja, mehrere Unternehmer nehmen gar den Arbeitern 50 Pfennig Pfand für das Handtuch oder die Bürste ab. Ganz abgesehen von den sich hieraus ergebenden Streitigkeiten und Vermögensschädigungen der Arbeiter sind das alles gröbliche Verstöße gegen die Bundesratsverordnung.

So sieht es in Berlin aus. Wie nun gar erst in der Provinz. Und doch behauptete der Ministerialdirektor für Rückwärts in Sozialreform Dr. Caspar im März d. J. im Reichstag, nach den ihm zugegangenen Informationen habe sich die Bundesratsverordnung bewährt! Wer informiert den Herrn?

Die Bundesratsverordnung schreibt im Gegensatz zu ausländischen besseren Verordnungen — wie der preussische Handelsminister erklärt: mit Rücksicht auf die zahlreichen Kleinmeister — nicht vor, daß die Arbeitsmittel vom Unternehmer zu liefern sind. Daß bei den staatlichen und städtischen Bauten die Arbeiter ihren Mittel selbst zu beschaffen haben, wiewohl doch „Kleinmeister“ nicht in Frage kommen, ist zu bedauern.

Es muß verlangt werden, daß auf staatlichen und städtischen Bauten die minimalen hygienischen Bundesratsvorschriften strikt befolgt werden. Eine Kontrolle wäre dringend erforderlich. Am Donnerstag konnten wir mitteilen, daß die städtische Bauverwaltung die strikteste Innehaltung der Bundesratsverordnung verlangt. Das ist erstens, aber nicht genügend. Auf vielen Bauten wird neuerdings durch Vermehrung der Akkordarbeit die Erkrankungsgefahr außerordentlich erhöht. Die Stadt muß auf Einhaltung der tariflichen Bestimmungen, nach der „Akkordarbeit nach Möglichkeit zu vermeiden ist“, im Interesse der Gesundheit der Arbeiter achten.

Wir erwarten von der Bauverwaltung, daß sie ungefähr eine Revision der Bauten vornimmt und daß sie bei künftigen Verträgen ausdrücklich die Verwendung bleihaltiger Farben und die Akkordarbeit durch Vertrag ausschließt. Würde die Stadt Berlin sich entschlossen haben, der häufigen Anregung der Arbeiter und der sozialdemokratischen Vertreter nachzugeben, zur Errichtung der städtischen Bauten nur Verträge mit den Arbeiterorganisationen selbst — unter Ausschaltung des Zwischenunternehmers — auszuführen, so wäre längst die Ausschaltung bleihaltiger Farben erfolgt, und die Stadt Berlin brauchte sich nicht gegen den leider berechtigten Vorwurf zu vertheidigen, daß sie selbst hinter der Stadt Wien, ja hinter dem Bundesrat in hygienischer Fürsorge für die im Interesse der Stadt beschäftigten Arbeiter zurückbleibt.

Hier muß ein Wandel eintreten. Noch notwendiger als die städtischen, bedürfen die staatlichen Bauten gegenüber der erschreckenden Ausdehnung der Bleiwerkankungen eingehendste Kontrolle. Darüber hinaus ist ein endliches Verbot der Anwendung von Bleifarben dringend erforderlich. Solange ein solches seitens des Bundesrats noch nicht ausgesprochen ist, sollten die staatlichen und städtischen Bauverwaltungen das Verbot für die von ihnen herzustellenden Bauten durch Vertrag erwirken.

Die Reichsverbandsmethode vor Gericht.

Kassel, den 20. Oktober 1908.

Heute wurde in dem Beleidigungsprozess von 16 Mitgliedern der hiesigen Filiale des Reichsverbandes vor Bekämpfung der Sozialdemokratie gegen Genossen Hauschildt als verantwortlichen Redakteur des „Volksblatts für Hessen und Waldeck“ das Urteil von der Strafkammer verurteilt. Es erging dahin: Der Angeklagte wird unter Aufhebung des freisprechenden Urteils des Schöffengerichts wegen Beleidigung, begangen durch die Presse, zu

fünfhundert Mark Geldstrafe verurteilt und ihm die Kosten des gesamten Verfahrens auferlegt. Außerdem wird dem Kläger Publikationsbefugnis zugesprochen. In der Begründung heißt es unter anderem: „Zutreffend hat der Vorderriater allerdings den Gesichtspunkt der Kollektivbeleidigung herangezogen; man dürfe in diesem dabei nicht zu weit gehen. Das Reichsgericht hat in verschiedenen Entscheidungen bekannt zum Ausdruck gebracht, daß die Kollektivbeleidigung nicht lediglich auf Verbände, gesetzgebende Körperschaften, auf den Bundesrat, Reichstag oder politische Parteien in ihrer Gesamtheit anzuwenden, sondern auch auf Vorstandsmitglieder eines durch den lokalen Teil einer Zeitung kenntlich gemachten bezugs, bezugs abgegrenzten Teil eines geographischen Bezirkes. Nach der Entscheidung des Reichsgerichts ist die örtliche Bezeichnung ausschlaggebend. Da die Artikel des Angeklagten fast sämtlich unter „Lokal“ erschienen waren, so geht deutlich hervor, daß sie nur bezugs haben konnten auf die Mitglieder bezugs, die in erster Linie im Kampfe gegen die Sozialdemokratie im hiesigen Orte stehenden Vorstandsmitglieder des Reichsverbandes. Politische Kämpfe dürfen nicht so weit ausgedehnt werden, daß sie in gefährlicher und beschämender Form zu kämpfen in der Presse führen. Der Angeklagte hat auch insofern die Absicht der Beleidigung erkennen lassen, daß er von den Mitgliedern des Reichsverbandes als von einer Gesellschaft sprach, der jeder anständigen und auf Reinlichkeit bedehnte Mensch entgegenzutreten müßte. Das soll doch heißen, daß die ganze Gesellschaft als und in anständigen Menschen zusammengefaßt ist. Darin liegt zweifellos eine Beleidigung, die zu allererst von den Vorstandsmitgliedern als von den Vorstehern dieser Gesellschaft auf sich bezogen werden kann. Ferner habe der Angeklagte von „reichsverbandlicher Horde, Idioten, Reichsverbandsschwindlern, Gefindel usw.“ gesprochen. Insofern ist der Angeklagte weit über das sachliche Maß, das ihm als Redakteur zugebilligt werden kann und auch als Parteigänger der sozialdemokratischen Partei hinausgegangen. Deshalb hat ihm das Gericht den Schuß des § 193 nicht zubilligen können. Von der Anklage ist ausgeschlossen der Artikel unter der Überschrift: „Reichsverbandler als politische Günstlinge“ unter Bezugnahme auf einen Artikel des „Berliner Tageblattes“ über das Vorgehen des Reichsverbandes in Wilmersdorf. Hier hat sich herausgestellt, daß dieser Artikel von dem Angeklagten nicht verantwortlich gezeichnet war. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte in persönlicher und systematischer Weise die Mitglieder des Reichsverbandes verächtlich zu machen gesucht hat, hat das Gericht ihm eine sehr hohe Geldstrafe zubilligen müssen. Lediglich der Umstand, daß er nur einmal wegen Beleidigung durch die Presse mit einer ganz geringen Strafe bestraft ist, hat das Gericht veranlaßt, noch einmal auf eine Geldstrafe zu erkennen, sonst hätte zweifellos auf Gefängnisstrafe erkannt werden müssen.“

Das Urteil ist ein Festspruch allergrößtlicher Art. Was zunächst die Kollektivbeleidigung anlangt, so streit die Sache juristisch so: Was vor etwa 20 Jahren wäre ein Referendar der Gefahr des Durchfalls im Assessorenexamen ausgelegt gewesen, wenn er in diesem die Frage allgemein behauptet hätte, ob eine kollektive Personeneinheit beleidigungsfähig sei. Die Beleidigung, nahm man damals an, ist eine rechtswidrige Kundgebung, welche vorsätzlich die Kränkung der Ehre eines anderen bezweckt. Ehre — Anerkennung des Wertes einer Person innerhalb der menschlichen Gesellschaft — kann nur eine physische Person haben; beleidigt werden kann mithin nur eine einzelne Person und die im Strafgesetzbuch besonders als beleidigungsfähig bezeichneten Körperschaften (Verbände, gesetzgebende Versammlung und politische Körperschaften). Freilich können aber durch eine Kollektivbeleidigung eine Anzahl Personen beleidigt werden, wenn klar erhellt, daß die Kollektivbeleidigung gewählt ist, um einen bestimmten, individuell erkennlich gemachten Kreis von Mitgliedern zu treffen. Mit der wachsenden Tendenz, durch Beleidigungsklagen die freie abfällige Kritik von Mitgliedern zu unterbinden, änderte sich die Rechtsprechung. Das Reichsgericht hält freilich an der früher für richtig erachteten Ansicht in einer Reihe von Fällen fest, z. B. bei der Beleidigung von Sozialdemokraten und Juden. Da hat es ständig angenommen, der Kreis sei ein so großer, daß eine bestimmte Person nicht erkennbar beleidigt sei. Anderen Rechtsauffassungen des Reichsgerichts begegnen wir zuerst da, wo es sich um angebliche Beleidigung von Offizieren, dann da, wo es sich um solche von „Klöstern, endlich da, wo es sich um solche von „Großgrundbesitzern“ und „Junkern“ handelt. In allen diesen Fällen hat es eine neue Beleidigungsart, die der Kollektivbeleidigung geschaffen — wie man sieht, durchweg bei Gruppen, deren abfällige Kritik der herrschenden Klasse nicht genehm ist. Das Kasseler Gericht hat diesen Ausnahmen jetzt auch den Reichsverband zugesellt. Denn offensichtlich war dieser Verband in seiner Gesamtheit kritisiert, nicht die einzelnen Mitglieder des Verbandes waren getroffen. Das hat ja auch überzeugend und zutreffend die Vorinstanz dargelegt. Eigenartig ist die Begründung im Strafammerurteil deshalb, weil die inframinierten Artikel im lokalen Teile des Blattes erschienen, seien die 16 Kasseler Kläger persönlich getroffen, die dem Reichsverband angehören. In dem Reichsverband ist es vorbehalten, die Justiz in neue Abwege zu drängen.

Was viel auffälliger als die Konstruktion der Kollektivbeleidigung und die „sachliche Feststellung“, daß die persönliche Ehre der 16 Kläger durch die Artikel getroffen werde, ist die Abschneidung des detailliert angetretenen Wahrheitsbeweises. Für die Frage der Schuld und Strafhöhe war sehr erheblich, ob der Verband, dessen Mitglieder doch die Kläger sind, moralisch so tief steht, wie der Beklagte unter Beweis gestellt hatte. Und dennoch ist ohne Beweisführung der Angeklagte zu der enorm hohen Strafe verurteilt. Würden dieselben Kasseler Richter auf die Klage eines Sozialdemokraten die Reichsverbandsmittelglieder überhaupt und in derselben Höhe bestrafen, die Geld für den Reichsverband beigetragen haben und dadurch Mitarbeiter der sämtlichen Verordnungen geworden sind, die in Flugblättern dieses Verbandes zum Ausdruck gelangen? Das bezweifeln wir, schon deshalb, weil sie die Beweisführung in diesem Prozeß ablehnten. Trotz der Ablehnung des Wahrheitsbeweises darf der von dem Beklagten angebotene Wahrheitsbeweis als gestrichelt erachtet werden, weil die Kläger als Mitglieder des Verbandes sicherlich mit aller Vehemenz auf die Erhebung des Wahrheitsbeweises gedrungen hätten, wenn auch nur ein Fota des angebotenen Beweises nicht gestimmt hätte. Insofern ist trotz des Urteils der durch den Prozeß Verächtete der Reichsverband selbst.

Das Beitechungssystem im Saarrevier

Saarbrücken, den 20. Oktober

(Telegraphischer Bericht.)

Dritter Verhandlungstag.

Der heutige Tag war der

Zeugenvernehmung

gewidmet und zwar wurde als erster Zeuge

Landrichter Fried

vernommen. Er hat die umfangreiche Voruntersuchung geleitet und die meisten Angeklagten in dem Strafverfahren gegen andere Verleumter bereits als Zeugen vernommen. — Vorsitzender Landgerichtsdirektor Köhler macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß die Angeklagten zum Teil erklärt hätten, daß die Protokolle ungenau aufgenommen seien, und daß vor allem ihnen die Belehrung darüber, weshalb sie das Zeugnis verweigern könnten, nicht klar gemacht worden sei. Besonders der Angeklagte Steiger hat behauptet, daß er kein Verständnis abgelegt habe. — Zeuge: Der Steiger hat war natürlich in einer gewissen Erregung, als ich ihm vorhielt, daß Verleumter aufgetreten seien, die befunden hätten, daß er Bestechungsgelder angenommen habe. Es ist ja überhaupt

kein Vergnügen, einen Beamten zu vernichten, der unter der Verhaftung steht, bestraft werden zu sein.

Dah dieser Beamte dann in Erregung gerät, ist ja selbstverständlich. Es ist aber nicht richtig, wenn Herr Gellert hat, er sei in so großer Erregung gewesen, daß er seiner Sinne nicht mächtig war. — Herr: Der Angeklagte hat behauptet, Sie hätten ihn gar nicht gefragt, ob er Besichtigungsgeheiß angenommen habe. — Zeuge: Natürlich habe ich ihn danach gefragt, denn darum drehte sich ja die ganze Vernehmung. — Angeklagter Steiger Herr: Ich war deshalb in so großer Erregung, weil der Untersuchungsrichter mir die Frage vorlegte, ob ich etwa Geld auf der Luxemburger Bank habe. Ich habe überhaupt kein Vermögen und diese Frage kam mir wie der Vorwurf vor, ich hätte große Schwindelacten begangen und Tausende von Mark in einer ausländischen Bank angelegt. — Herr: Rechtsanwalt August: Ich sehe in der Frage: Haben Sie Geld auf der Luxemburger Bank angelegt? allerdings auch den Vorwurf gegen einen Beamten geschleudert, er habe geräubert und das Geld aus diesen Räubereien auf einer ausländischen Bank angelegt. Ich glaube dem Angeklagten Herr, daß er über eine derartige Frage so erregt war, daß er sich nur mit Mühe bezwingen mußte. — Zeuge Landrichter Fria: Ruhig war der Angeklagte Herr gewiß nicht, das habe ich schon gesagt. Aber ich bestreite, daß er in einer so ungeheuren großen Erregung war. — Der Vorsitzende verliest nunmehr die protokolllarischen Aussagen der übrigen Angeklagten. Die in diesen Protokollen gemachten Angaben widersprechen meistens in fast allen Punkten den Angaben, die die Angeklagten bei ihrer gestrigen und vorgestrigen Vernehmung vor Gericht gemacht haben. So hat der Angeklagte Konrad Kehler vor dem Untersuchungsrichter mit voller Bestimmtheit gesagt, daß er mehrere Male

6 Mark für den Steiger

gegeben habe. Als der Untersuchungsrichter ihn auf das Recht der Zeugnisverweigerung aufmerksam machte, hat er erwidert: „Was man einmal gemacht hat, kann man auch sagen.“ Ebenso bestimmte Angaben hat der Angeklagte Peter Bierbrauer gemacht, der gesagt hat, daß für den Steiger Herr Geld gesammelt worden sei und daß er auch selbst

fünf- bis sechsmal für Herr Geld gegeben

habe. Es sind das Beträge von 3 bis 4 M. monatlich gewesen. Es war eine große Kameradschaft und fast jedes Mitglied der Kameradschaft hat für den Angeklagten Geld gegeben im Anschluß an die Lohnzahlung. Mit der Sammlung habe die Kameradschaft hauptsächlich bezweckt, sich den Steiger Herr günstig zu stimmen und eine bessere Behandlung zu erzielen. Der Zeuge Bierbrauer hat dann in der Voruntersuchung weiter ausgesagt, daß man

nach den Sammlungen

gemeint hat, daß

Herr bei der Arbeit ein Auge zudrückte,

und wenige, zu fabeln fand als vorher. Die Anregungen zu den Sammlungen sind nach der Aussage des Bierbrauer aus der Mitte der Vergleute selbst hervorgegangen.

Verteidiger Rechtsanwalt August: Nachdem diese Aussage aus der Voruntersuchung hier verlesen worden ist, muß ich zur Sprache bringen, daß der Angeklagte Bierbrauer später vor dem Staatsanwalt Michaelis erklärt hat, es könne keine Rede davon sein, daß Herr ein Auge zugezückt habe. Er wolle mit seinen Worten: „Es sei nach dem Sammeln besser geworden“, nur zum Ausdruck bringen, daß Herr jetzt gerecht handelte. Da diese vor dem Staatsanwalt gemachten Angaben hier nicht zur Verlesung gelangen können, sehe ich mich zu meinem Bedauern genötigt, den Staatsanwalt Michaelis als Zeugen dafür zu benennen. — Erster Staatsanwalt Finge: Dazu werde ich nie und nimmer die Genehmigung geben. Staatsanwalt Michaelis hat die ganze Sache in der Voruntersuchung geleitet, er ist in die Materie eingearbeitet und könnte nicht mehr als Staatsanwalt fungieren, wenn er hier als Zeuge vernommen würde. — Verteidiger August: Die Mäßigkeit auf etwaige Verlegenheiten des Staatsanwalts steht bei mir weit zurück hinter dem Wohl der Angeklagten und hinter der Gerechtigkeit. Wenn ich hier nicht eingegriffen hätte, dann wäre die Aussage des Bierbrauer vor dem Untersuchungsrichter in die Welt gegangen, ohne zu erwähnen, was derselbe Mann vor dem Staatsanwalt gesagt hat. Wenn der Erste Staatsanwalt die Genehmigung zur Zeugenvernehmung des Staatsanwalts Michaelis verweigert, werde ich mich sofort an den Justizminister wenden. — Erster Staatsanwalt Finge: Es sei fern von mir, und es wäre auch das erste Mal in meinem Leben, daß ich irgend etwas täte, was der Gerechtigkeit zuwider wäre. Mir steht die Gerechtigkeit mindestens so hoch wie dem Verteidiger. Es soll keinem Angeklagten ein Haat gekümmert werden, denn nicht die Straftat beweisen ist. Ich verweigere aber nochmals die Genehmigung zur Vernehmung des Staatsanwalts Michaelis. — Verteidiger August: Ich wiederhole meinen Antrag. — Staatsanwalt Finge: Ich will dem Verteidiger August zugeben, daß der Angeklagte Bierbrauer vor dem Staatsanwalt Michaelis die Aussage gemacht hat, die er hier anführt. — Herr: Damit ist wohl dieser Zwischenfall erledigt. Aus dem weiter zur Verlesung gelangenden

Aussagen vor dem Untersuchungsrichter

geht hervor, daß der Angeklagte Kramer aufgefordert hat, für den Obersteiger Spengler zu sammeln. Es wurden auch mehrere Male Summen in Höhe von 3 M. gegeben, und er, Kramer, selbst brachte das Geld dann zur Frau des Obersteigers. Die Frau nahm auch nach anfänglichen Sträuben das Geld an, mehrere Male allerdings verweigerte sie die Annahme. Bestimmte Angaben machten eine ganze Reihe anderer Vergleute in der Voruntersuchung. Es geht aus ihren Aussagen auch hervor, daß wiederholt in den Wirtschaften die

Sachen für die Steiger

von den Vergleuten bezahlt wurden. — Staatsanwalt Michaelis: Die meisten Angeklagten sagen, sie hätten in der Voruntersuchung zwar die Aussagen verweigert, aber nicht gewußt, was das bedeute. — Zeuge Landrichter Fria: Ich habe die Angeklagten, die damals als Zeugen auftraten, vor der Vernehmung nicht nur auf die Wichtigkeit des Eides aufmerksam gemacht, sondern mir auch die größte Mühe gegeben, ihnen das Zeugnisverweigerungsrecht klar zu machen. Ich habe mich nicht nur darauf beschränkt, den Wortlaut des betreffenden Paragraphen wiederzugeben, sondern ihnen in landläufiger Weise auseinandergesetzt, um was es sich handle. — Verteidiger August: Man muß sich doch auch vergegenwärtigen, daß der Fall denkbar ist, daß die Vergleute sammeln und das gesammelte Geld nicht an die Steiger abführten, sondern für sich behielten. Es ist möglich, daß die Vergleute das taten, und die Aussage dann verweigerten. — Zeuge Fria: Solche Fälle sind natürlich denkbar. — Der nächste Zeuge ist

Bergmann Schreiner

Er gibt an, daß auf der Grube Geld gesammelt wurde; es wurde aber nicht gesagt, für wen. Einmal, als er mit dem Obersteiger Spengler allein war, sagte dieser zu ihm, er habe eine starke Familie und möchte ihn unterstützen. „Sie wissen ja, wie ich das meine“, sagte er hinzu. Weiter hat Zeuge einer Versammlung des christlichen Gewerkschafts beigewohnt, in der Arbeitersekretär Höpfer eine Rede hielt, und die Besprechungen zur Sprache brachte. Diesem Redner traten aber in der Versammlung mehrere Vergleute entgegen, indem sie sagten, Besprechungen in solchem Umfange seien ja gar nicht denkbar. — Zeuge

Bergmann Peter Kehler

berweigert auf alle Fragen des Vorsitzenden die Antwort mit der Motivierung, er mache sich sonst strafbar.

In der weiteren Zeugenvernehmung bekundet

Zeuge Bergmann Johann Schmidt

(Jülingen), daß er selbst kein Geld gegeben habe, daß aber auf der Grube gesammelt wurde, vor allem für den Steiger Kehler, für den monatlich Beträge von 5 bis 6 M. gezahlt wurden. Er selbst

sei mehrere Male aufgefordert worden, etwas zu bezahlen, habe es aber abgelehnt. — Zeuge

Bergmann Meiser

bekundet zögernd, daß er von nichts wisse, fügt dann hinzu, er könne sich auf nichts bestimmen, worauf ihn der Vorsitzende vorhält, daß er früher bestimmte Angaben über Besprechungen gemacht habe. Als der Vorsitzende dem Zeugen weiter vorhält, daß bereits Vergleute wegen Meineids mit den strengsten Strafen belegt worden seien, wird er noch unsicherer; es ist aber nichts aus ihm herauszubringen, er sagt immer wieder, er könne sich auf nichts bestimmen. — Zeuge

penionierter Bergmann Meiser-Krauber

(Wemmenweiser) hat wiederholt gesehen, daß Vergleute, die nur eine Stunde oder eine Viertel bis eine halbe Stunde arbeiten, weggingen, und trotzdem die ganze Schicht angeschrieben bekommen haben. Es geschah das unter dem Steiger Kehler. — Zeuge

Fahrsteiger Kern

(Hemphly) hat einmal gehört, wie der Bergmann Dör in Wirtschaften zu anderen Vergleuten sagte: „So ein Lump! Der Kerl will nichts geben, wenn man mal einen ordentlichen Steiger hat! Zeuge stellte darauf den Dör zur Rede und dieser gestand unter Tränen, daß er den Steiger Kehler damit meinte. Zeuge bekundet dann weiter, daß der Angeklagte Gröber einmal sagte, er sei mit den besten Absichten nach Hemphly gekommen, er habe ihn aber verleitet, und so sei er auch gefallen. Allerdings geschah diese Verhetzung in sehr animierter Stimmung abends bei der Kaiser-Geburts-tagsfeier. — Staatsanw. Finge: Was weiß der Zeuge überhaupt von Besprechungen? — Steiger Kern: Positives kann ich nicht bekunden. Ich hätte nur immer das Gefühl, daß Durchstechereien vorkamen. — Herr: Warum? — Zeuge: Weil schlecht gearbeitet wurde, und weil die Leute sich sehr viel herausnahmen, was ihnen gar nicht zustand. — Herr: Was meinen Sie damit? — Zeuge: Ich meine das Benehmen zwischen Steigern und Vergleuten. — Staatsanw.: Was das Verhältnis zwischen ihnen ein sehr vertrauliches oder waren die Vergleute frech? — Zeuge: Ich fand das Verhältnis zu vertraulich. — Herr: August: Früher sagte der Zeuge, die Vergleute wären widerpenig gewesen, das widerspricht doch seiner heutigen Aussage. — Zeuge: Sie waren widerpenig gegen mich. — Verteidiger August: Kann das nicht daran liegen, daß andere Steiger die Leute besser behandelten wie Sie? Es brauchen doch deshalb noch keine Durchstechereien vorgekommen zu sein. Man kann sich in der Beurteilung solcher Vorgänge kolossal täuschen. Man braucht nur daran zu denken, wie das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern, zwischen Soldaten und Vorgesetzten ganz verschieden ist, trotzdem da keine Durchstechereien vorkommen. Man kann doch nicht aus diesem Verhältnis zwischen Steigern und Vergleuten schon auf Durchstechereien schließen. — Zeuge Steiger Kern: Ich hatte den Eindruck.

Zeuge

Bergmann Dör

(Helligenthal) hat das vorstehend geschilderte Wirtschaftsgespräch mit einem anderen Bergmann geführt. Er verweigert die Antwort auf die Frage, ob er selbst den Steiger bestochen habe. Auf eine Frage des Staatsanwalts Michaelis, ob er vor fünf Jahren den Steiger zu bestechen versucht habe, antwortet Zeuge Dör mit Nein. — Der nächste Zeuge, Obersteiger König, schildert den Steiger Herr als einen guten Arbeiter. — Herr: Ist Ihnen bekannt, daß die Vergleute bei Doppelschichten Lebensmittel und Getränke auf den Namen des Steigers aus den Wirtschaften holen ließen? — Zeuge: Davon ist mir nichts bekannt. — Verteidiger Rechtsanw. Sande: Die Angeklagten behaupten, daß ihm damals sehr viel Bezüge ausgegangen sei, so daß sie die Bezüge hätten kaufen müssen. Die zu diesem Kauf notwendigen Gelder hätten sie durch Sammlung zusammengebracht. Ist Ihnen davon etwas bekannt? — Zeuge: Davon weiß ich nichts.

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf morgen (Freitag) vertagt.

Soziales.

Zwangsvollstreckung gegen den hamburgischen Staat.

Der hamburgische Staat, vertreten durch die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe, ist rechtskräftig verurteilt worden, den wegen Ueberreichung einer Lohneingabe aus dem Staatsbetrieb entlassenen Katarbeitern Groth und Schleich ein ordnungsgemäßes Zeugnis auszustellen. Trotz der Aufforderung durch den Rechtsanw. Dr. Herz, dem Prozeßbevollmächtigten der beiden Kläger, sind die Zeugnisse der beiden entlassenen Katarbeiter bis jetzt nicht in der dem Gericht vorgefertigten Weise ergänzt worden. Die dem Prozeßvertreter des hamburgischen Staates zwecks der Ergänzung treuhändig ausgelieferten Originalzeugnisse sind bis jetzt nicht zurückgeliefert. Der Anwalt hat sich deshalb gezwungen gesehen, namens der Gläubiger zu beantragen, den Schuldner (den hamburgischen Staat) durch Auserlegung von Geld- oder Haftstrafen (Vertreter des Staates ist der Präses der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe, Bürgermeister O'Swald) nach Maßgabe des § 888 Abs. 1 Z. 3. O. anzuhalten. Der Strafbefehl hat sich gegen den gesetzlichen Vertreter des Staates, Bürgermeister O'Swald, zu richten.

Der Hamburger Staat muß also durch gerichtliche Zwangsmittel stärkster Art angehalten werden, die allereinfachsten Pflichten als Arbeitgeber gegenüber den Arbeitern zu erfüllen!

Aus Industrie und Handel.

Die wirtschaftliche Krise in England.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in England haben sich seit dem Frühjahr beständig so verschlechtert, daß jetzt tatsächlich eine Notlage vorhanden ist. Die amtlichen Anzeigen melden ein erschreckendes Anwachsen der Arbeitslosigkeit in fast allen Gewerben. 27 berichtende Gewerkschaften mit 503 000 Mitgliedern hatten Ende September 55 793 Arbeitslose, das sind 11,1 Proz. des Mitgliederbestandes, gegen 8,9 Proz. Ende August 1908 und 4,8 Proz. Ende September 1907. Die Ziffern für September dieses Jahres sind die höchsten, die die Statistik überhaupt aufweist. Dabei sind für die noch beschäftigten Arbeiter gleichzeitig die Löhne herabgesetzt worden; der Lohnausfall wird auf 10 000 000 Pfund Sterling wöchentlich beziffert.

Die Verhältnisse sind im ganzen Lande und in fast allen Gewerben gleich unglücklich, und die Notlage ist in Glasgow, Dublin, Birmingham, Leicester, Leeds, Nottingham und anderen Industrie-Städten ebenso groß, wenn nicht noch größer als in London.

Wenn 9,4 Proz. der organisierten gelernten Arbeiter keine Beschäftigung finden können, so sieht man begrifflicherweise dem Winter, der jetzt seine ersten Vorboten geschickt hat, mit den ernstesten Befürchtungen entgegen. Die letzten Ursachen dieses Standes der Dinge sind schwer festzustellen. Es läßt sich nur sagen, daß allgemein in geschäftlichen Kreisen tiefes Mißtrauen und die größte Unlust zu irgendwelchen Unternehmungen herrscht. Dazu kommt noch der Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in der Lancashire Baumwollindustrie, der jetzt bereits gegen 300 000 Arbeiter in Mitteldeutschland gezogen hat, und dessen Ende noch gar nicht abzusehen ist.

Noch erheblich größer als unter den organisierten gelernten Arbeitern ist die Arbeitslosigkeit natürlich unter unorganisierten ungelerten. Die einzigen Anhaltspunkte für Feststellungen bieten hier die Mitteilungen der Armenverwaltungen, der öffentlichen Obdach-, der Heilbarm- und anderer dergleichen Anstalten. Die Zahl der unterstufen Armen ist unverhältnismäßig gestiegen, und die Äysle der Heilbarmen können die Aufnahme Beschäftigten

nicht mehr fassen. In Glasgow z. B. werden 3000 Familien aus öffentlichen Mitteln unterstützt, und weitere 6000 Besuche um Unterstützung harren der Erledigung.

Angefaßt dieser allgemeinen Notlage bewegen sich die Staatsregierung und die städtischen Behörden, durch Inangriffnahme großer öffentlicher Arbeiten und Vergebung großer Aufträge Hilfe zu bringen. Unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Asquith fand eine besondere Beratung des Kabinetts über die zu ergreifenden Maßnahmen statt. Der erste Lord der Admiralität Mr. Batten hielt in Glasgow, wo die Not besonders groß und es bereits mehrfach zu blutigen Zusammenstößen zwischen den demonstrierenden Arbeitslosen und der Polizei gekommen ist, eine Rede, worin er die beschleunigte Vergebung von Aufträgen ankündigte. Er gab dabei in ziemlich vagen Worten der Hoffnung Ausdruck, die gegenwärtige Krise, die zweifellos schmer sei, werde nicht so lange anhalten, wie die von 1893. Auf seiner Fahrt durch die Straßen der Stadt wurde er dafür ausgezittelt. Der Kriegsminister Haldane versprach ebenfalls, sein Möglichstes durch Beschäftigung von Leuten in den Arsenalen zu tun.

Auch Stadtverwaltungen, kleine wie große, tun, was sie können. In Stoke-on-Trent wurde ein 50 Acres großer öffentlicher Arbeitsplatz eingerichtet; die Leute erhalten drei Mahlzeiten und 60 Pf. täglich. In Woolwich werden die Arbeitslosen mit Steinflößen, Erdarbeiten und Holzspalten beschäftigt. In Dublin sind 10 000 Pfund Sterling, in Sheffield 20 000 Pfund Sterling für Notstandarbeiten bewilligt worden. Beim Londoner Grasshopper sind für schneunige Arbeiten 1 088 679 Pfund Sterling (über 21 Millionen Mark) beantragt. Lord William Cecil ließ eine Schar Demonstranten, die einen „Hungermarsch“ von Nottingham nach London gemacht hatten, auf dem Heimwege in Hertford bewachen, und der Lord Mayor von Barrow sagte das Lord Mayors-Panett ab und zeichnete 100 Pfund Sterling für die Rotleidenden.

Die Arbeitslosen geben sich natürlich mit solchen Unterhaltungsaktionen nicht zufrieden. Sie haben sich in besonderen Vereinigungen (Unemployed Bodies) zusammengeschlossen und drohen verweirte Schritte an, falls nicht sofort ausreichende Hilfe geleistet werde. Eine Abordnung der Arbeitslosen von Nottingham wurde in diesem Sinne bei dem Minister John Burns vorstellig, der indes nur sagen konnte, er tue in der Sache, was ihm irgend möglich sei. Es besteht eine Stimmung, durch Gewalttätigkeiten Staatshilfe zu erzwingen, und eine Anzahl Unterhausmitglieder sind dabei Wortführer. So sagte Herr Corbie in einer Rede in Knessen, man müsse die Arbeitslosen in die Öffentlichkeit bringen. Ramsay Mac Donald forderte sie ebenfalls zu Demonstrationen auf, und Bill Thorne gab ihnen in einer Rede, die er auf dem Trafalgar-Square in London hielt, sogar den Rat, lieber in London die Wädeln zu füttern, als zu verhungern. Von der Regierung sei nur etwas zu erreichen, indem man ihr Druck einlege. Er ist wegen dieser Rede jetzt vor Gericht geladen worden, als „schuldig eines Auftritts, das geeignet ist, zum Landfriedensbruch aufzureizen.“

Diese Entwicklung der Dinge trägt natürlich nicht dazu bei, das Mißtrauen und die Zurückhaltung der Geschäftswelt zu vermindern. Das Gefühl der Unsicherheit wird vielmehr dadurch nur noch stärker, und es ist soweit gekommen, daß große Geschäfte im Londoner Westend, in Broad-Street, Brignon und Victoria bereits Verfügungen gegen Schäden durch Straßenunruhen, wie Zerstörungen der Schaufenster und dergleichen Vorkommnisse und Verwüstung oder Beschädigung der Waren, nehmen. So ist es denn wohl begreiflich, daß man in London und im ganzen Lande ziemlich schwach in die Zukunft sieht und nicht ohne Bangigkeit den Winter erwartet, dessen Eintreten die allgemeine Not natürlich noch verschärfen wird.

Aus der Frauenbewegung.

Forderungen der liberalen Frauen an den Landtag.

Eine vom linken Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung nach den „Arminhaken“ euberufene Volksversammlung nahm am Tage der Landtagseröffnung Stellung zu den Forderungen, welche die Frauen an die neuwählten Volksvertreter richten.

Die erste Rednerin, Fr. Pischnewska, behandelte die preussische Schulpolitik. Ihre Ausführungen gipfelten in folgenden Forderungen: Beseitigung der Regional-Klassenfrequenz der Volksschule auf 30 Schüler; Förderung der Simultanschule; Einführung eines obligatorischen Spielmittels; die obligatorische Fortbildungsschule für alle Arbeiter und Arbeiterinnen; ausreichende Mittel zur Mädchenschulreform. Die Referentin ist der sehr optimistischen Meinung, daß für manche der liberalen Wünsche auf dem Gebiet der Förderung und Verständigung bis in die konservativen und freikonservativen Kreise hinein möglich sei, wovon sie indes die Mehrheit der Versammelten — wie Zwischenrufe bezeugten — nicht zu überzeugen wußte.

Fr. Eise Paders wendete sich in ihrem Referat den sozialpolitischen Forderungen an den Landtag zu, der nicht nur hinsichtlich der Vergeseggebung und der Gesindeordnung für Landarbeiter und Dienstboten zuständig sei, sondern auch die Verantwortung für die Ausführung der Gewerbeordnung und die Vernachlässigung der Wohnungsfrage zu tragen habe. Zur besseren Durchführung des Arbeiterinnen- und Kinderbeschäftigungsvertrages forderte sie stärkere Überwachung der Frauen zum Gewerbaufsichtsdienst. Hinsichtlich der Wohnungsfrage, dieses Uebels der sozialen Probleme, wünschte sie eine durchgreifende Wohnungsreform gestützt durch ein Entlohnungsgezet, wie wir es bis jetzt erst in Frankfurt a. M. haben.

Die letzte Rednerin, Frau Bauer, trat eindringlich für das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht in Staat und Kommune ein und begründete insbesondere die Forderung des Frauenstimmrechts. In bitteren Worten gab sie sowohl ihrem Mißtrauen gegen die Regierung wie auch ihren Befürchtungen hinsichtlich des Landtags-Prellens Ausdruck, der höchst wahrscheinlich auf den Willkürlichen Boden des Plural-Wahlrechts anbauen werde. Von diesem Prellnis erhofft sie nichts mehr. Dagegen seien von den sieben Sozialdemokraten frische „Trompetentöne“ zu erwarten, die den Herren Junkern in die Ohren fallen werden.

Eine Resolution, welche die Forderungen der radikalen Frauen bezüglich der Schulpolitik, der Sozialpolitik und der Wahlrechtsreform im Sinne der Referate zusammenfaßte, wurde angenommen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. (Jugendabteilung.) Sonntag, den 25. Oktober, abends 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engländer 15: Vortrag. Nachdem gefälliges Beisammensein. Jugendliche als Gäste willkommen.

Vesabende.

Strasau. Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Vesabende im Restaurant Kaiser, Parkgrafendamm 11. Sodann regelmäßig jeden dritten Freitag im Monat.

Witterungsbericht vom 22. Oktober 1908, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer (mm) | Windrichtung | Windstärke | Temperatur (Grad C) | Stationen | Barometer (mm) | Windrichtung | Windstärke | Temperatur (Grad C) |
|-----------|----------------|--------------|------------|---------------------|-----------|----------------|--------------|------------|---------------------|
| Frankfurt | 775,0 | SW | 2 | 10,0 | Darmstadt | 775,0 | SW | 2 | 10,0 |
| Hamburg | 776,0 | SW | 2 | 10,0 | Leipzig | 776,0 | SW | 2 | 10,0 |
| Berlin | 774,0 | SW | 1 | 10,0 | Stettin | 774,0 | SW | 1 | 10,0 |
| Köln | 773,0 | SW | 1 | 10,0 | Wien | 773,0 | SW | 1 | 10,0 |
| München | 772,0 | SW | 1 | 10,0 | | | | | |
| Gen | 773,0 | SW | 1 | 10,0 | | | | | |

Wetterprognose für Freitag, den 23. Oktober 1908. Gleichfalls kalt und meist trocken, zeitweise aufklarend, jedoch vorwiegend wolky, mögliche Nordostwinde.

Berliner Wetterbureau

Öffentliche politische Versammlungen.

6. Wahlkreis!

Sonntag, den 25. Oktober, abends 6 Uhr:

Versammlung für Männer und Frauen

bei Wille, Brunnenstr. 188.

Vortrag des Genossen Max Schütte über: Die Schule von heute.

Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Bu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Einberufer.

230/8

W. Baumann, Bergstr. 70.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Vereins-Tour.

1.-5. Okt. 1 1/2 Uhr: Kaulsdorf.
6.-10. Okt. 1 Uhr: Zinzenberg.
Starts von den bekannten Stellen.

Dr. med. Karl Reinhardt's Spezial-ärztliche Institute für Haut-, Harnleiden, Potsdamer Str. 117

(1/2, 12-2 und 1/2, 3-8 abends)
Neanderstr. 12 (nahe Gannowbrücke)
(1/2, 10-11 und 1/2, 5-7/8 Uhr). Vollkommenstes kombiniertes Heilverfahren bei frischen und veralteten Psoriasis. Ausführl. Broschüre über den Wert künstl. abt. Heilmethode in verschloss. Rubrik gratis u. postfrei.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, den 23. Oktober 1908, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom III. Quartal 1908.
2. Beschlusfassung über den Tarifvertrag für die Betonbaubranche.
3. Bericht über die Tarifverhandlungen mit dem Berliner Beton-Verein zwecks Abschluß eines Vertrages für die Gipsbaubranche. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es in dieser Versammlung zu erscheinen.

130/10*

Der Sektionsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsgesellschaft Berlin. Hauptbureau: Hof L. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967.

Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 10 Uhr:

Versammlung aller in der Gold- u. Silberwaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen

in Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker-Straße 96-97.

Tages-Ordnung:

1. Unsere diesjährige Tarifbewegung. Referent: Kollege Gaudke.
2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! Mit Rücksicht darauf, daß es notwendig ist, daß alle Arbeitnehmer in der Gold- und Silberwaren-Industrie über den Verlauf unserer Tarifbewegung unterrichtet sind, ist es Pflicht eines jeden, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der Schmiede

in Trapps Festsaal (früher Wilbrodt), Müller-Straße 7.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen H. Störmer über: „Die Revolutionierung der Schmiede.“
2. Diskussion.
3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Die wichtige Tages-Ordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen.

Die Ortsverwaltung.

Verband deutscher Textilarbeiter.

Filiale Berlin.

Sonnabend, den 24. Oktober, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Hermann Jäckel: Arbeit und Kapital im Zeichen der Wirtschaftskrise.
2. Diskussion.

Zum Schluß: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Kollegen und Kolleginnen, sorgt dafür, daß diese Versammlung sehr gut besucht wird.

Gäste willkommen!

Die Ortsverwaltung.



Gaskrone
Elektrische Kronen - Fabrikpreise.
R. Zechlin
Berlin C. Alexanderstr. 49.
(Alexanderplatz.)

Zentralverband deutscher Textilarbeiter

Filiale Berlin

vermittelt für alle in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

unentgeltlich den Arbeitsnachweis

im Bureau, Andreasstr. 17, Quergeb. parterre links.

Öffnet an sämtlichen Wochentagen von 8-1 und 5-8 Uhr.

Sämtliche Unterstützungen:

Kranken-, Sterbe-, Arbeitslosen- u. Gemäßregelten-Unterstützung werden im Bureau nur vormittags von 8-12 Uhr ausgezahlt.

NB. Jede Arbeitslosigkeit ist sofort zu melden.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. Ortsverwaltung Berlin II.

Sonntag, den 25. Oktober 1908

Herbst-Fest

in den Gesamträumen des umgebauten, 2500 Personen fassenden und prächtig renovierten Zentral-Theaters, Alte Jakobstr. 30

Große Künstler-Vorstellung

Mitwirkende:
Künstler-Kapelle des Herrn Max Fischer - Herr Bernhard Nitsche am Flügel - Herr Emil Walkotte als Rezitator - Herr Otto Wiemer, Rezitator und Dialekt-Humorist - Fr. Marg. Simonetti, Sängerin - Fr. Marg. Rossi aus Rom, Violine

Nachdem: **Großer Ball**
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach
Eröffnung 5 Uhr :: Anfang 6 Uhr
Eintrittskarten 25 Pfennig

Der Vorstand.

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 24. Oktober 1908, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:

Versammlung.

Der Vorstand.



Bolero
ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die feinste 2 Pf.-Zigarette.
Garantiert Handarbeit!



Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherie.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.



JOSETTI JUNO CIGARETTEN
sind von anerkannter Güte und bieten trotz ihres billigen Preises volle Garantie für feinste Qualität.

10 St. für 20 Pfg.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 25. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im Reichenberger Hof, Reichenbergerstr. 147:

Branchen-Versammlung

Telephon- u. photographische Apparate besch. Holzarbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Ritsche über: „Die wirtschaftliche Entwicklung und die Aufgaben der Arbeiterschaft.“ 2. Branchenangelegenheiten.

Einsetzer!

Sonntag, den 25. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission, Verbandsangelegenheiten. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Branchen-Versammlung

aller auf hiesiger und weißer Arbeiten beschäftigten Kollegen für Berlin und Vororte.

Tages-Ordnung:
Wie verbessern wir die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserer Branche und die Aufgaben der Gewerkschaften während der Krise? Pünktliches und zahlreiches Erscheinen sämtlicher Beschäftigten erwartet Die Ortsverwaltung.

Konsumverein Charlottenburg und Umgegend.

Engetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Jahres-Abschluß vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908.

| Vermögen. | | Schulden. | |
|-------------------------------------|------------------|-----------------------------------|------------------|
| | Mark | | Mark |
| Bares Geld | 2 846.98 | Geschäfts-Guthaben der Mitglieder | 19 807.53 |
| Warenvorräte | 21 586.26 | Referenzfonds | 3 050.00 |
| Immater. | 11 294.01 | Dispositionsfonds | 97.71 |
| Großhandels-Guthaben | 1 000.- | Erweiterungsfonds | 349.33 |
| Großhandels-Sparkasse | 760.50 | Personal-Unterstützungsfonds | 599.49 |
| Wärfel-Anteil | 469.30 | Rückveräußerungs-Referenzfonds | 856.56 |
| Darlehen | 100.- | Darlehen | 5 411.16 |
| Berliner Bau- und Sparverein-Anteil | 152.10 | Referenzschulden | 8 833.85 |
| Schuldner-Rückstände | 673.29 | Gewinn und Verlust | 11 547.11 |
| Stantionen | 100.- | Ueberschuß | 11 547.11 |
| Sollagen | 580.40 | | |
| Summa | 50 552.87 | Summa | 50 552.87 |

Verlust und Gewinn.

| | Mark | | Mark |
|--------------------|------------------|-------------------------------------|------------------|
| Unkosten | 29 997.87 | Waren-Gewinn | 25 801.13 |
| Immater.-Abreibung | 1 116.79 | Referenz-Gewinn | 3 180.61 |
| Zinsen | 270.55 | Zinsen-Gewinn | 270.55 |
| Ueberschuß | 11 547.11 | Großhandels-Rückveräußerungs-Gewinn | 349.30 |
| Summa | 32 932.32 | Dispost. | 890.73 |
| Summa | 32 932.32 | Summa | 32 932.32 |

Der Vorstand. A. Winter. A. Sellin. Hermann Uphoff.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Reinickendorf-West steht uns das Lokal von Dümke, Stadbornstraße 18, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung...

Auf Wunsch der Parteigenossen Charlottenburgs eruchen wir, die gesamten Restaurationsräume des dortigen „Schiller-Theaters“ streng zu meiden.

Erster Kreis. Von der ersten Abteilung ist zu heute, dem 28. Oktober, 1/9 Uhr, in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstraße 36, eine Versammlung einberufen...

Lichtenberg. Den Genossen nochmals zur Kenntnis, daß heute abend Punkt 9 Uhr im Lokal von P. Schwarz, Dorfstr. 25/26, der Universitätskursus in Rationalökonomie beginnt.

Nieder-Schöneweide. Am Sonntag, den 25. d. M., vormittags 8 1/2 Uhr, treffen sich die Genossen in den bekannten Lokalen zur Entgegennahme des Materials.

Friedrichshagen. Sonntag, den 25. Oktober, früh 8 Uhr, findet von allen Bezirken aus eine Handzettelverbreitung statt.

Königs-Wuhrenhausen und Umgegend. Am Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet in Neu-Rühle im Siedow'schen Lokal (früher Müller) eine Wahlvereinsversammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Zur Beschaffung einer Arbeitslosenstatistik, die für Maßregeln zur Linderung der Arbeitslosigkeit die Grundlage bilden soll, hat die Stadtverordnetenversammlung gestern die ersten Mittel, zunächst 20 000 M., bewilligt.

Zum besten gehalten

worden ist die Berliner Stadtverordnetenversammlung vom Magistrat in der Frage des Kutsch-Ladenschlusses.

Wir haben seinerzeit darauf hingewiesen, daß der Magistrat gelegentlich ähnlicher Fälle sich dahin ausgelassen hat, bei Erstattung von Gutachten an die Polizeibehörde auch die Stadtverordnetenversammlung zu hören.

Außerdem ist von der demokratischen Vereinigung im vierten Reichstagswahlkreis wieder eine Petition über den Kutsch-Ladenschluss eingegangen; ich schlage vor, sie, wenn die Vorlage des Magistrats kommt, mit den übrigen Eingaben in dieser selben Sache zur Verhandlung zu stellen.

Die Vorlage ist nun nicht gekommen, vielmehr hatte bereits am 10. Oktober, also fünf Tage vor dieser Erklärung der Herr Polizeipräsident die Einführung des Kutsch-Ladenschlusses verfügt und am 15. Oktober veröffentlicht und zwar recht verständigerweise ohne die vom Berliner Magistrat vorgeschlagenen Ausnahmen.

Wir haben von dem Verhören des Berliner Magistrats der Stadtverordnetenversammlung gegenüber Notiz genommen, wo zu zeigen, welche Hochachtung er der Versammlung bekennt.

Zur Warnung wird mitgeteilt: Bei der Errichtung der städtischen Fleischverrichtungsanstalt in Müdnitz wurde ein Ortsstatut erlassen, das u. a. bestimmt, daß die Abfuhr und unschädliche Beseitigung aller im Weichbilde Berlins ausfallenden Kadaver, Kadaverreste usw. ausschließlich durch die Verrichtungsanstalt der Stadt Berlin durch Vermittlung der Hauptammelsstelle in der Paul-Dehse-Straße zu erfolgen hat.

Die Gesehgeber am Rinnstein. Anlässlich der Einzugsfeierlichkeiten verbandte das Bureau des Abgeordnetenhauses an die Landtagsabgeordneten ein Zirkular, in dem es hieß:

Es ist eine Anzahl von Karten zur Auffstellung auf dem Bürgersteig vor dem kronprinzlichen Palais eingegangen. In einer besonderen Bemerkung wurde gebeten, zunächst nicht mehr als zwei Karten zu verlangen.

Der Herr Polizeipräsident hat soeben bestimmt erklärt, daß er zu seinem Bedauern außer den hierher gelangten und bereits vorgelesen und gestern verteilten 230 Zutrittskarten zum Bürgersteig vor dem kronprinzlichen Palais wegen Platzmangels nichts mehr abgeben könne.

Es lebe die Hochkultur des preussischen Patriotismus zwischen Haustür und Rinnstein. Interessant wäre es zu erfahren, wieviel freisinnige Woddrüber sich am Rinnstein begeisterten.

Volkshochkurse im Dienste des Patriotismus.

Besucher des Volkshochkurses wurden am Dienstagabend durch das Verhalten des Vortragenden recht eigenartig berührt. Herr Professor Dr. Schüring sollte über die Kunst in Bredig sprechen. Vor Beginn seines Vortrages richtete er an die Besucher die Aufforderung, sich von ihren Klagen zu erheben.

Eine größere Störung des Straßenbahnbetriebes entstand vorgestern gegen 4 1/2 Uhr am Brandenburger Tor dadurch, daß die elektrische Weiche beim Befahren durch einen Motorwagen der Linie 57 beschädigt wurde.

Unter den Näheren eines Vorortzuges zerstückelt. Auf entsetzliche Weise hat vorgestern ein Lebensmüder den Tod gesucht. Der Selbstmörder, ein unbekannter etwa 45 Jahre alter Mann, stürzte sich bei der Station Wilhelmshagen vor die Lokomotive des 8 3/4 Uhr in Berlin abfahrenden Vorortzuges.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich Mittwoch abend gegen 7 Uhr im Grunewald. Der bei dem Agenten Fabian in der Godesberger 1 beschäftigte Chauffeur Jahnke wollte ohne Wissen seines Dienstherrn eine Sprittour durch den Grunewald unternehmen und hatte zu diesem Zweck den in der Cauer Straße zu Charlottenburg wohnenden Gastwirt Fritz Krüger mit eingeladen.

Die Probefahrt des neuen Parfival. Der neue Parfivalballon ist gestern vormittag um 10 Uhr 35 Minuten — zum ersten Male nach dem verhängnisvollen Absturz am 18. September — von Reinickendorf zu seiner Probefahrt aufgestiegen.

beitete, die Propeller furrten und aus eigener Kraft hob sich das lenkbare Luftschiff der Studiengesellschaft in die Lüfte — zum Unterschied vom Militärballon, der erst Ballast auswerfen muß und den Motor in der Höhe arbeiten lassen kann.

Eine Familientragödie. Im Hause Kofestr. 44 verübte Kindes- und Selbstmord Mittwoch abend die 37 Jahre alte Tischlerfrau Vertha v. Koeding, geb. Lache. Die Unglückliche, deren Mann seit elf Jahren verschollen ist, war schwermütig und fürchtete sich vor einer Operation.

Aus dem Polizeibericht. In einem Anfall von Geistesstörung sprang Mittwoch abend die 40 Jahre alte Schneiderin Emilie S. die im Erdgeschoß eines Hauses in der Schlemmerstraße wohnte, aus dem im zweiten Stockwerk desselben Gebäudes befindlichen Fenster auf den Hof hinab und brach das Genick.

Streifenperrungen. Geplant werden: Der östliche Damm der Kreuzstraße von der Stargarder Straße bis zur Ringbahn bebaut und umpflastert; der Kreuzdamm der Mühlstraße, Kochstraße und Dragonerstraße bebaut und Herstellung eines Kanals; der Kreuzdamm der Linien-, Amalien- und Grenadierstraße bebaut und Legung eines Gasrohres vom 21. d. M. ab.

Feuerwehrrachrichten. Wegen eines großen Kellerbrandes wurde die Feuerwehrrachricht nach der Potsdamer Straße 23 alarmiert. Hausrat der Rietel u. a. brannte dort, so daß kräftig Wasser gesaugt werden mußte, um eine weitere Ausdehnung zu verhindern.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Parteigenossen werden nochmals auf den am Sonntag, den 25. Oktober stattfindenden Vortrag mit Lichtbildern in der Urania, Taubenstr. 48/49, vormittags 10 Uhr, aufmerksam gemacht.

Rixdorf.

Der Wahlverein hielt am Mittwoch in Goppes Saal seine Generalversammlung für das dritte Quartal ab. Der Vorsitzende Zirkel erstattete den Geschäftsbericht des Vorstandes. Im Laufe des Quartals wurden abgehalten 10 Vorstandssitzungen, 7 Sitzungen mit den Funktionären und Bezirksführern, eine ordentliche und zwei außerordentliche Generalversammlungen, eine Versammlung für die weiblichen Mitglieder, eine öffentliche Versammlung zur Werbung weiblicher Mitglieder, ferner eine Versammlung, welche sich mit der Bildungsfrage beschäftigte und einen Bildungsausschuß für Rixdorf einsetzte.

8241 Mitglieder. Am Schluss des dritten Quartals waren 8481 männliche und 206 weibliche Mitglieder eingetragen. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt demnach 8727. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten in Nitzdorf betrug im Juli 11270, im August 11160, im September 11000, Mitte Oktober 11125.

Der vom Genossen Stiller erstattete Kassenbericht zeigt eine Einnahme von 7089,92 M., eine Ausgabe von 1881,74 M. auf 4726,82 M. sind an die Kreisliste abgeführt, so daß ein Bestand von 581,66 M. bleibt.

Genosse Wallmann erstattete den Bibliotheksbericht. Ausgegeben wurden 1654 Bände. Die Bibliothek enthält 1360 Bände. Ausgeschlossen, weil sie sich nicht an den Landtagswahlen beteiligten, wurden die Mitglieder Rudolf Koba, Kaiser-Friedrich-Str. 111, und Gustav Müller, Reuterstr. 52.

Als Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl wurden aufgestellt: Für die dritte Abteilung: Hoppe, Scholz, Heller, Stieler, Schuch, Runge, Fleischer, Loh, Schwarz, Schumann, Koss. Für die zweite Abteilung: Janischewski, Müller, Pfeiffer, Schuch, Engel, Jitzel, Fleischer, Loh, Fischer, Franke, Schreiber.

Als weibliches Vorstandsmitglied wurde Frau Jeege gewählt.

Lichtenberg.

In der Sitzung der Verkehrsdeputation machte der Vertreter des Magistrats davon Mitteilung, daß die Große Berliner Straßenbahn ihren Antrag auf Einleitung des Ergänzungsverfahrens auch auf die Stadtgemeinde Lichtenberg ausgedehnt habe. Der Magistrat hat ein darauf bezügl. Schreiben des Oberpräsidenten in abnehmendem Sinne beantwortet.

Die neue Gemeindefschule in Lichtenberg-Ost ist nunmehr in Benutzung genommen. Von den 46 vorhandenen Klassen sind bereits 41 besetzt. Wie wenig man dem Schulbedürfnis entgegenkommt, zeigt sich daran so recht deutlich. Sicherlich werden im kommenden Quartal auch die paar noch zur Verfügung stehenden Klassenzimmer gefüllt sein. Und was dann? Wieder steigende Klassen?

Vorfiswalde-Wittenau.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde für die Kolonie Vorfiswalde als Schul- und Armenarzt Dr. Miß, für Wittenau Dr. F. Kassel bestimmt. Die neue Friedhof- und Begräbnisordnung rief eine längere Debatte herbor; sämtliche von untern Genossen gestellten Änderungsanträge wurden von der Majorität abgelehnt. Wegen 4 Stimmen wurde alsdann die Vorlage angenommen. Die Abtrennung des Gemeindebezirks Lübars-Baldmannslust vom Amtsbezirk Wittenau wird dahin geregelt, daß Lübars sich verpflichtet, zur Pension des Amtsdieners Krügerle 550 M. jährlich zu zahlen und einen ebenfalls in Wittenau überflüssig werdenden Sekretär mit gleichen Bedingungen zu übernehmen. Die Pflasterarbeiten für die neue Gasanstalt wurden der Firma S. Schier zum Preise von 30 198 M. übertragen. Verlegt wurde hierbei die einseitige Vergebung, eine Submision wäre für die Gemeinde vorteilhafter. Ein Antrag des Vereins Blaues Kreuz, das erste Stiftungsfest in den Vorfiswalder Schulräumen zu feiern, wird, nachdem darauf hingewiesen, daß auch andere Vereine daselbst Recht beanspruchen können, einstimmig abgelehnt. In der darauffolgenden geheimen Sitzung wurden vier Beamten für die Gasanstalt angestellt und deren Gehälter festgelegt.

Mühlentee.

Ueber „Kulturaufgaben der modernen Arbeiterbewegung“ sprach in einer Volksversammlung am letzten Sonntag die Genossin Jeege-Nitzdorf. Die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen der Vortragenden klangen dahin aus, daß die Frauen, deren Stellung im wirtschaftlichen Leben sich von Grund auf geändert habe, die Verpflichtung haben, den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter beizutreten, um so, vereint mit den Männern, für eine bessere Zukunft zu kämpfen. Zu wünschen wäre, daß in Zukunft bei Versammlungen der Besuch derselben ein besserer ist, als wie er in dieser Versammlung zu verzeichnen war.

Bernau.

Die Stadtverordnetenversammlung verhandelte in eingehender Weise über die Magistratsvorlage betreffend den Schulhaus-erweiterungsplan. Schon im Frühjahr ist von der Versammlung der Schulhausneubau genehmigt worden. Die Regierung verlangt nun, daß außer dem bestehenden Haupteingang noch ein zweiter geschaffen wird. Die Versammlung ersucht den Magistrat, in Wälde eine diesbezügliche Vorlage nebst Zeichnung der Versammlung zu unterbreiten.

Von untern Genossen wurde besonders das Schulhaus in der Tuchmachergasse kritisiert, welches bei einem eventuellen Unglück mit seiner unzulänglichen Holzterrasse eine reine Menschenfalle bildet. Es sei die höchste Zeit, mit dem Erweiterungsbau der Schule tatsächlich Ernst zu machen. Eine Magistratsvorlage, die die Anstellung zweier Lehrkräfte verlangt, wird angenommen. Sodann wurde noch das langsame Fortschreiten des Krankenhausneubaus kritisiert und die Verletzung ausgesprochen, daß mit dem Anbruch des Winters der Bau kaum unter Dach gebracht sein wird.

Gerichts-Zeitung.

Hirse vor Gericht.

Dafür, daß Hirsch-Dundersche für ihre Aufgabe halten, zu Gunsten der Unternehmerrasse freien Gewerkschaften Angelegenheiten zu bereiten, ist auch ein Prozeß ein Beispiel, der dieser Tage mit Abweisung des Hirsch-Dunderschen Klägers endete.

Auf Veranlassung des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts strengte der Altmeyergerichte Josef Paasch gegen den ersten Bediensteten der Berliner Hahnenstraße des Deutschen Metallarbeiterverbandes, den Genossen Cohen, vor dem Landgericht eine Schadenersatzklage auf Grund der Behauptung an, er sei auf Veranlassung Cohens wiederholt aus seinen Arbeitsstellen entlassen, da er sich geweigert habe, dem Deutschen Metallarbeiterverband beizutreten. Zugleich erstattete Paasch gegen Cohen auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung wegen desselben Sachverhalts Strafanzeige. Das Strafverfahren wurde bis zur Entscheidung des Landgerichtlichen Zivilprozesses ausgesetzt. Cohen wendet ein, er sei an den angeblichen Entlassungen des Paasch, dessen Existenz ihm völlig unbekannt gewesen sei, ganz unbeteiligt. Er habe nun ein einziges Mal Gelegenheit gehabt, sich mit ihm zu beschäftigen. Dies sei der Fall gewesen, als die Arbeiter des Altmeyermeisters Stein die Arbeit niederlegten, indem sie sich weigerten, mit Paasch, der mit seinen Mitarbeitern tätlichen Streit anfang, zusammenzuarbeiten. Damals seien er und der Altmeyermeister Köhnig als Obmann der Arbeitgeberbeisitzer in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der im Tarifvertrag angelegten Schlichtungskommission von den streikenden Teilen zur Beilegung der Streitigkeiten angerufen worden. Ihrer Pflicht gemäß hätten sie vermittelnd gewirkt und den Streit beigelegt. Nach einer sehr umfangreichen Beweis-aufnahme hat jetzt das Landgericht die Klage des Paasch abgewiesen. Das Landgericht hält durch die Beweisaufnahme für widerlegt, daß Cohen irgendwie bei den Entlassungen des Paasch seine Hand im Spiele gehabt habe. Was den Fall beim Altmeyermeister Stein anbetrifft, so hatte Cohen auf Grund des im Altmeyergerichte geschlossenen Tarifvertrages die Aufgabe, bei Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vermittelnd zu wirken. Dies habe Cohen in so hohem Maße getan, daß es ihm sogar gelungen sei, die Arbeiter Steins zu bewegen, von ihrem Verlangen nach sofortiger Entlassung des Paasch Abstand zu

nehmen und dessen Weiterbeschäftigung zu dulden. Das Gericht kommt hiernach zu folgendem Ergebnis: Cohen, der von beiden Seiten um Vermittelung ersucht war und bemüht gewesen ist, einen Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen herbeizuführen, hat nur seine Pflicht als Obmann der Schlichtungskommission erfüllt, wenn er den Wunsch der Arbeitgeber, daß der Kläger entlassen werde, dem Arbeitgeber übermittelte und diesen auf die von den Arbeitern eventuell beschlossene Arbeitsniederlegung aufmerksam machte. Eine widerrechtliche oder gegen die guten Sitten verstoßende Handlungsweise des Cohen scheidet hiernach nicht in Frage. Nach alledem war auf Abweisung der Klage zu erkennen.

Zu bedauern ist angesichts der Privatität einer Klageerhebung gegenüber dem festgestellten Tatbestande, daß die Veranlasser der völlig hinfälligen Klage nicht außer mit den Kosten mit Privatklagenstrafen belegt werden konnten, da eine solche Bestimmung für Zivilsachen nicht besteht.

Alkoholfolgen.

Durch ein infolge ungewohnter Alkoholgenusses verübtes Messerattentat hat der Bananichläger Karl Nizlaff sich und seine Familie ins Unglück gestürzt. Wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges war N. gestern vor dem Schöffengericht angeklagt. — Der Angeklagte ist ein sehr ruhiger und nüchterner Mensch, der sich bisher nicht das geringste hat zuschulden kommen lassen. Am 6. August d. J. wurde N. von einem Arbeitskollegen zu einer Geburtstagsfeier eingeladen, die in einem Lokal im Norden Berlins stattfinden sollte. Nach anfänglicher Weigerung willigte N. ein. Im Anschluß an die Geburtstagsfeier unternehmen die Teilnehmer noch eine Bierreise durch verschiedene Lokale, obwohl sie schon vorher nicht unbedeutende Mengen Alkohol verilgt hatten. Der sonst ruhige Angeklagte geriet durch den ungewohnten übermäßigen Alkoholgenuss in Rage und nahm einen harmlosen Scherz, den sich der Schlosser Ehlerz mit ihm erlaubte, sehr übel. Es entstand ein Wortwechsel, der schließlich in eine Prügelei ausartete. Der Angeklagte wurde schließlich von dem Wirt und den übrigen Gästen gewaltiam an die Luft befördert. Die Zurückgebliebenen zechten ruhig weiter und hatten den Vorgang bald vergessen. Als sie dann ahnungslos die Straße betreten, stürzte plötzlich der Angeklagte aus einem Haustor auf Ehlerz zu und jagte ihm sein Taschmesser bis an das Heft in die Brust. Der Geschworne fiel sofort um und mußte noch in der Nacht in das Krankenhaus geschafft werden, da er einen sehr starken Blutverlust erlitten hatte. Das Messer hatte die Lunge durchbohrt, so daß eine erhebliche Lebensgefahr bestand. Der Verletzte befindet sich noch jetzt in ärztlicher Behandlung und muß voraussichtlich noch eine Lungenheilperiode aushalten. Der Angeklagte erlitten am nächsten Morgen auf der Polizeiwache und stellte sich selbst. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren, da sich der Angeklagte einer an verfluchten Losschlag grenzenden unglücklich rohen Tat schuldig gemacht habe und es nur der ärztlichen Kunst zu verdanken sei, daß der Verletzte überhaupt noch am Leben sei. Der Rechtsanwalt hatte 2 Jahre Gefängnis beantragt.

Die Flucht eines gemeingefährlichen Geisteskranken

aus dem sogenannten festen Hause in der Irrenanstalt Herzberge lag einer Anlage wegen vorsätzlicher Gefangenenerfreierung zugrunde, welche gestern den früheren Krankenwärter, jetzigen Wärter Emil Lörner vor die 1. Strafkammer des Landgerichts III führte. Der erst 18jährige Angeklagte hatte erst das Bäderhandwerk erlernt und fand später in der Irrenanstalt Herzberge eine Stellung als Krankenwärter. Trotz seiner 18 Jahre wurde ihm hier der sehr verantwortungsvolle Posten als Wärter in dem sogenannten „festen Hause“ zugeteilt. Ende Oktober 1908 gelang es dem Irrenarzt Schulz, der als gemeingefährlicher Geisteskranker dort interniert war, auf eine unerklärliche Weise zu flüchten. Schulz hatte sich einer großen Anzahl schwerer Vergehen und Verbrechen schuldig gemacht, das Verfahren gegen ihn mußte jedoch eingestellt werden, da es sich herausstellte, daß er unheilbar geisteskrank war. Es wurde damals angenommen, daß der Angeklagte, welcher an jenem Tage Dienst in dem „festen Hause“ hatte, durch eine Vernachlässigung seiner dienstlichen Pflichten die Flucht des Schulz begünstigt hatte. Lörner wurde deshalb sofort entlassen. Im Frühjahr d. J. ergab es sich, daß der Angeklagte mit dem entpflanzten Schulz in der Fürstenerwalder Straße eine Wohnung inne hatte. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß beide gemeinschaftlich Kollidiebstähle verübt hatten. Rummel fand auch die Flucht des Sch. die Ausflüchtung. Es ergab sich, daß der Angeklagte i. J. dem Sch. zur Flucht verholfen und ihm die Türe geöffnet hatte. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Das Gericht hielt es dem Angeklagten zugute, daß er in seinem damaligen Alter von 18 Jahren auf einen so verantwortungsvollen Posten gesetzt worden sei und er in so jungem Alter nicht den an ihn herangetretenen Verlodungen in genügender Weise habe widerstehen können. Das Urteil lautete deshalb nur auf eine Woche Gefängnis.

Schädling wider Dr. Marull.

Der in letzter Zeit so viel genannte Bürgermeister von Hufum, Schädling, gegen den das Ansehen erregende Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, trat gestern vor der 149. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte als Privatkläger gegen den Weigeordneten des Damer Magistrats, Dr. Marull, auf. Die bekannte Schrift des Bürgermeisters Schädling über die Reaktion der inneren Verwaltung „Beugen“ war vom Dr. Marull im „Preussischen Verwaltungsbote“ einer sehr scharfen Kritik unterzogen worden, in welcher sich auch beleidigende Angriffe persönlicher Art befanden. Nach langer Verhandlung kam folgender Vergleich zustande: „Der Angeklagte erklärt, daß er durch den infamierten Artikel die persönliche Ehrenhaftigkeit des Privatklägers nicht habe antasten und schmälern wollen. Der Angeklagte nimmt in allen Beziehungen, soweit der Kläger in dem Artikel Beleidigungen seiner Person findet, dieselben zurück. Der Angeklagte übernimmt die Gerichtsosten, die außergerichtlichen Kosten werden gegen einander aufgerechnet. Der Angeklagte räumt dem Kläger das Recht ein, diesen Vergleich auf Kosten des Angeklagten einmal im „Preussischen Verwaltungsbote“ bekannt zu machen.“ Die Privatklage wurde hierauf zurückgenommen.

Die blinde Gerechtigkeit.

Vor der Strafkammer in Köln spielten sich am Dienstag die folgenden beiden Verhandlungen ab:

1. Ein Arbeiter hatte in Köln an einer Mineralwasserquelle acht Pfennige in bar und ein flächchen Limonade gestohlen. Die Kölner Strafkammer verurteilte ihn dafür, da Rückfall vorlag, zu — sechs Monaten Gefängnis.

2. Der Reserveleutnant Kaufmann Konrad Bartels in Köln war vom Schöffengericht wegen Körperverletzung, Weibedigung und großen Unfugs zu 80 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte nach durchschneiter Nacht sich mit Studenten geträufelt und mit Schrittleimern geworfen. Als ein Schuymann den Streit schlichtete wollte, beschuldigte Bartels ihn, er habe ihm das Portemonnaie gestohlen. Auf der Wachtstube schlug Bartels den Schuymann mit einem Stock über den Schädel, daß der Kopf bid angeschwollen war. Der verletzte Schuymann und ein Wachtmeister befanden vor der Kölner Strafkammer, daß Bartels nicht sinnlos betrunken gewesen sei. Nach der Beweisaufnahme hielt es der Herr Leutnant der Reserve für geraten, seine Verurteilung gegen das schöffengerichtliche Urteil zurückzugeben.

Verein für die Interessen der Hausangehörigen. Sonntag abend 6 Uhr: Unterhaltungsabend, Staller Straße 55, Hof 1; Vortrag des Herrn Heinrich Schulz: „Wie und was soll ich leben?“ Anfang des Vortrages 8 Uhr.

Vermischtes.

Zeppelin's neuer Aufstieg verschoben.

Die Nachricht, daß Graf Zeppelin für gestern einen neuen Aufstieg geplant hatte, zog Tausende von Neugierigen an die Gestebe des Bodensees. In Friedrichshafen, der „Residenz“ des Grafen, war wieder einmal Hochsaison für die Hotelbesitzer. Sammelgebühren schraubten sie die Zimmerpreise enorm in die Höhe. Mit Spannung sah man dem kommenden Aufstieg entgegen. Doch die Hoffnungen der Herbeigekommenen wurden jäher getauscht. Schon seit Tagen hatte der Wind eine Stille, die einen Aufstieg wenig tauglich erscheinen ließen. Gestern vormittag wurde des herrschenden Sturmes wegen die Anfahrts bis auf 12 Uhr mittags verschoben. Doch auch um diese Zeit wehte der Wind in gleicher Stärke, so daß an einem Aufstieg nicht gedacht werden konnte. Nachmittags 6 Uhr wurde der Aufstieg endgültig für diesen Tag aufgegeben. Der Zeitpunkt des künftigen Aufstiegs ist bisher nicht festgelegt.

Unwetterkatastrophe.

Durch einen Wollenbruch, der die Stadt Schonnee in Oklahoma heimsuchte, sind über fünfzig Personen ums Leben gekommen.

Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge.

Nach einer amtlichen Meldung aus Stargard (Pommern) überfuhr am Mittwoch früh Güterzug 6882, von Stargard kommend, das auf Halt stehende Einfahrtsignal des Bahnhofes Rügow bei Strecke Stargard-Pyritz und fuhr dort auf den Rangieren begriffenen Güterzug 6885 Pyritz-Stargard auf. Lokomotivführer, Heizer und ein Bremser des Zuges 6882 wurden verletzt, erster schwer. Beide Lokomotiven und ein Badewagen sind beschädigt. Soweit bisher festgestellt, hat das Einfahrtsignal des Bahnhofes richtig auf Halt gestanden, das zugehörige Vorfahrtsignal jedoch weißes Licht, also fälschlich freie Fahrt, gezeigt, wodurch der Unfall herbeigeführt worden ist. An dem Vorfahrtsignal war nämlich die grüne Glasscheibe zertrümmert und die Scheibe der zugehörigen Signallaterne beschädigt. Anscheinend liegt Signalbeschädigung von rufloser Hand durch Steinwurf vor.

Im Chauffeeegraben erfroren.

Ein Telegramm aus Kolberg meldet: Ein Opfer der Kälte wurde ein etwa 45 Jahre alter, bisher unbekannter Mann, der in dem Chauffeeegraben bei Alt-Belz genächtigt hatte. Alle Versuche, den völlig Erstarrten wieder ins Leben zurückzurufen, blieben erfolglos.

Das Erdbeben im Vogtland.

Die heftigen Erdstöße im oberen Vogtlande haben sich seit gestern mittag fast ununterbrochen wiederholt. Von nachmittags 1 Uhr bis abends 10 Uhr wurden in Brambach 30 starke Erschütterungen gezählt. Die Erdstöße sind mit explosionsartigem Knall und langem, nachfolgendem, dumpfem Rollen verbunden. Erdstöße wurden dem „Vogtländischen Anzeiger“ heute früh aus Klingenthal, Unterjachsenberg, Marktneufirn, Großsch. Abert, Aisch, Delnsitz und vielen Orten des nordwestlichen Böhmens gemeldet. Das Erdbebengebiet ist größer als sonst. Gestern abend kurz vor 10 Uhr wurde auch in Plauen ein heftiger Erdstoß verspürt. Derselbe Erdstoß wurde im oberen Vogtlande als der bisher stärkste empfunden. Die Nacht ist verhältnismäßig ruhig verlaufen, doch wurden ununterbrochen schwache Erdstöße verspürt. Heute morgen begann wieder ein starker Erdstoß die Leute zu beunruhigen.

Blutige Kirchweih.

In der Ortschaft Fackort kam es anlässlich der Kirchweihfeier zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Bauern und Gendarmerie. Letztere mochte von der Feuerwaffe Gebrauch; vier Bauern wurden tödlich, sechs schwer und zahlreiche andere leichter verletzt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist loeben das 3. Heft des 27. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Von altpreußischer Sparrenten. — Die Vorgänge auf dem Balkan. Von Vorau. — Die Präsidentenwahl und die Parteien in den Vereinigten Staaten. Von Algernon Lee. (Schluß). — Jugend und Bildung im Vorkriegsitalien. Von Richard Berner (Brandenburg). — Literarische Rundschau: J. v. Weizsäcker, Ungarische der Abt. Von G. Schlein. Gustav Demmler, zehn Jahre Bibliotheksdirektor. Von Bernhard Schuster. — Zeitkritiken.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Vorbemerkung: Neben jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ wird in den nächsten Tagen die 22. Nummer des 25. Jahrganges erscheinen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Friedenshallen“ und „Einzug in Liebenberg“, sowie die weiteren Illustrationen „Spibubnmoral“, Die drockstrebende internationale Konferenz, Die Nacht des Glaubens“, „Leinende Ditt“, Der deutsche Steuerzahler als moderner Rasepp“, „Jwellet“, „Eine Gemütskur“, „Schmerzhaft“, „Patriotische Propaganda“, „Der Fremdling“, „Bortelbalt“, „Der Garababirant“, „Der Kauschschel“, „Sparlament“, „Proletariat“. Der jetzige Teil der Nummer bringt die Gedichte „Das Balkanfeuer“, „Liebenberg“, „Riehe Nachbarschaft“ von Alfred Scholz, „Die Berliner Hochbahnkatastrophe“, „Herbst“ von G. Propod, „Christliche Gerechtigkeit“, „Der Mann mit dem Hut“, „Die Konstitutionellen“, „Der Arvissin und Dr. Barth“ von A. Stahl, „Aus dem neuen politischen ABC-Buch“, „Die Sabelkrasser“ und außer zahlreichen politischen-literarischen Vorträgen noch die Großstadtzüge „Oster“ von Paul Underling. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Wettlicher Marktbericht der holländischen Marktkassen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktblasen. Markttag: Fleisch, Zufuhr stark, Geschäft rego, Preise für Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr genügend, in Hosen knapp, Geschäft rego, Preise gut. Geflügel: Zufuhr kann genügen, Geschäft rego, Preis fest. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft sehr schleppend, Preise wenig befreudigend. Butter an d. Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Sädfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft sehr langsam gedrückt.

Wasserkunds-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| | am | | seit | | | am | | seit | |
|-------------------|--------|--------|--------|--------|--|--------|--------|--------|--------|
| | 21.10. | 30.10. | 21.10. | 30.10. | | 21.10. | 30.10. | 21.10. | 30.10. |
| Remel, Elbe | 123 | -1 | 68 | -2 | | | | | |
| Uregel, Ankerberg | -24 | 0 | 32 | -1 | | | | | |
| Weißel, Thon | 52 | -4 | 30 | +2 | | | | | |
| Ober, Alster | 90 | 0 | 72 | 0 | | | | | |
| Strohen | 78 | -1 | 67 | 0 | | | | | |
| Frankfurt | 81 | -2 | -105 | +10 | | | | | |
| Wartbe, Schimm | 16 | -7 | 34 | +4 | | | | | |
| Umsberg | 9 | 0 | 350 | +6 | | | | | |
| Reze, Bornham | -9 | -3 | 131 | -3 | | | | | |
| Uibe, Leimeritz | -74 | -12 | 107 | -9 | | | | | |
| Preußen | -151 | +2 | 96 | -3 | | | | | |
| Barbo | 51 | -4 | 101 | -1 | | | | | |
| Wagdeburg | 39 | -3 | - | - | | | | | |

Für den Inhalt der Zeitschrift übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 23. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Sardanapal (Anfang 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Die Habsburgerin.
Deutsches. Pilsa.
Kammerstücke. Clavigo.
Berliner. Der Clown.
Deutscher. Der fidele Bauer.
Anfang 8 Uhr.

Neues Königl. Opernhaus. Herrgottskinder von Hummergan.
Festung. Der Raub der Sabinerinnen.
Neues. Wahrheit.
Neues Schauspielhaus. Die Kinder der Erde.
Kleines. 2 mal 2 = 5.
Königliche Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Reibens. Kümmere dich um Amelie.
Heddel. La Passa.
Schiller O. (Königl. Theater.)
Der Familientag.
Zehner. Charlottenburg. Julius César.
Friedrich. Wilhelmshöhe. Schauspielhaus. Die jährlichen Verwandten.
Thalia. Bruder Straubinger.
Luken. Freiheit.
Bernhard. Herr Paragroph.
Bürgerl. Schauspielhaus. Die von Hochfattel.
Apollo. Eine lustige Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter - tadellos.
Trianon. Die Liebe macht.
Kammerstücke. Die Tür ins Freie.
Neues Opernhaus. Die Dollarsprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Havana.
Gedw. Herrfeld. Die beiden Bindelhands.
Königl. Oper. Die jährlichen Verwandten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kassio. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Gedw. Herrfeld. Gute Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Follies. Caprice. Die Brautjungfer.
Carl. Gubernat. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Parodie. Der Raub der Sabinerinnen. Die Raubzüge. Berlin. Die beiden Bindelhands.
Hravia. Tausendundein. 17. 19.
Abends 8 Uhr: Der Montblanc.
Sonntag. Invalidenstr. 57/58.
Dr. Schwahn: Die Bewegungen der Himmelskörper.

Freitag, 23. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Sardanapal (Anfang 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Die Habsburgerin.
Deutsches. Pilsa.
Kammerstücke. Clavigo.
Berliner. Der Clown.
Deutscher. Der fidele Bauer.
Anfang 8 Uhr.

Neues Königl. Opernhaus. Herrgottskinder von Hummergan.
Festung. Der Raub der Sabinerinnen.
Neues. Wahrheit.
Neues Schauspielhaus. Die Kinder der Erde.
Kleines. 2 mal 2 = 5.
Königliche Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Reibens. Kümmere dich um Amelie.
Heddel. La Passa.
Schiller O. (Königl. Theater.)
Der Familientag.
Zehner. Charlottenburg. Julius César.
Friedrich. Wilhelmshöhe. Schauspielhaus. Die jährlichen Verwandten.
Thalia. Bruder Straubinger.
Luken. Freiheit.
Bernhard. Herr Paragroph.
Bürgerl. Schauspielhaus. Die von Hochfattel.
Apollo. Eine lustige Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter - tadellos.
Trianon. Die Liebe macht.
Kammerstücke. Die Tür ins Freie.
Neues Opernhaus. Die Dollarsprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Havana.
Gedw. Herrfeld. Die beiden Bindelhands.
Königl. Oper. Die jährlichen Verwandten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kassio. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Gedw. Herrfeld. Gute Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Follies. Caprice. Die Brautjungfer.
Carl. Gubernat. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Parodie. Der Raub der Sabinerinnen. Die Raubzüge. Berlin. Die beiden Bindelhands.
Hravia. Tausendundein. 17. 19.
Abends 8 Uhr: Der Montblanc.
Sonntag. Invalidenstr. 57/58.
Dr. Schwahn: Die Bewegungen der Himmelskörper.

Freitag, 23. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Sardanapal (Anfang 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Die Habsburgerin.
Deutsches. Pilsa.
Kammerstücke. Clavigo.
Berliner. Der Clown.
Deutscher. Der fidele Bauer.
Anfang 8 Uhr.

Neues Königl. Opernhaus. Herrgottskinder von Hummergan.
Festung. Der Raub der Sabinerinnen.
Neues. Wahrheit.
Neues Schauspielhaus. Die Kinder der Erde.
Kleines. 2 mal 2 = 5.
Königliche Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Reibens. Kümmere dich um Amelie.
Heddel. La Passa.
Schiller O. (Königl. Theater.)
Der Familientag.
Zehner. Charlottenburg. Julius César.
Friedrich. Wilhelmshöhe. Schauspielhaus. Die jährlichen Verwandten.
Thalia. Bruder Straubinger.
Luken. Freiheit.
Bernhard. Herr Paragroph.
Bürgerl. Schauspielhaus. Die von Hochfattel.
Apollo. Eine lustige Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter - tadellos.
Trianon. Die Liebe macht.
Kammerstücke. Die Tür ins Freie.
Neues Opernhaus. Die Dollarsprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Havana.
Gedw. Herrfeld. Die beiden Bindelhands.
Königl. Oper. Die jährlichen Verwandten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kassio. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Gedw. Herrfeld. Gute Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Follies. Caprice. Die Brautjungfer.
Carl. Gubernat. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Parodie. Der Raub der Sabinerinnen. Die Raubzüge. Berlin. Die beiden Bindelhands.
Hravia. Tausendundein. 17. 19.
Abends 8 Uhr: Der Montblanc.
Sonntag. Invalidenstr. 57/58.
Dr. Schwahn: Die Bewegungen der Himmelskörper.

Freitag, 23. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Sardanapal (Anfang 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Die Habsburgerin.
Deutsches. Pilsa.
Kammerstücke. Clavigo.
Berliner. Der Clown.
Deutscher. Der fidele Bauer.
Anfang 8 Uhr.

Neues Königl. Opernhaus. Herrgottskinder von Hummergan.
Festung. Der Raub der Sabinerinnen.
Neues. Wahrheit.
Neues Schauspielhaus. Die Kinder der Erde.
Kleines. 2 mal 2 = 5.
Königliche Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Reibens. Kümmere dich um Amelie.
Heddel. La Passa.
Schiller O. (Königl. Theater.)
Der Familientag.
Zehner. Charlottenburg. Julius César.
Friedrich. Wilhelmshöhe. Schauspielhaus. Die jährlichen Verwandten.
Thalia. Bruder Straubinger.
Luken. Freiheit.
Bernhard. Herr Paragroph.
Bürgerl. Schauspielhaus. Die von Hochfattel.
Apollo. Eine lustige Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter - tadellos.
Trianon. Die Liebe macht.
Kammerstücke. Die Tür ins Freie.
Neues Opernhaus. Die Dollarsprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Havana.
Gedw. Herrfeld. Die beiden Bindelhands.
Königl. Oper. Die jährlichen Verwandten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kassio. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Gedw. Herrfeld. Gute Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Follies. Caprice. Die Brautjungfer.
Carl. Gubernat. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Parodie. Der Raub der Sabinerinnen. Die Raubzüge. Berlin. Die beiden Bindelhands.
Hravia. Tausendundein. 17. 19.
Abends 8 Uhr: Der Montblanc.
Sonntag. Invalidenstr. 57/58.
Dr. Schwahn: Die Bewegungen der Himmelskörper.

Freitag, 23. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Sardanapal (Anfang 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Die Habsburgerin.
Deutsches. Pilsa.
Kammerstücke. Clavigo.
Berliner. Der Clown.
Deutscher. Der fidele Bauer.
Anfang 8 Uhr.

Neues Königl. Opernhaus. Herrgottskinder von Hummergan.
Festung. Der Raub der Sabinerinnen.
Neues. Wahrheit.
Neues Schauspielhaus. Die Kinder der Erde.
Kleines. 2 mal 2 = 5.
Königliche Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Reibens. Kümmere dich um Amelie.
Heddel. La Passa.
Schiller O. (Königl. Theater.)
Der Familientag.
Zehner. Charlottenburg. Julius César.
Friedrich. Wilhelmshöhe. Schauspielhaus. Die jährlichen Verwandten.
Thalia. Bruder Straubinger.
Luken. Freiheit.
Bernhard. Herr Paragroph.
Bürgerl. Schauspielhaus. Die von Hochfattel.
Apollo. Eine lustige Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter - tadellos.
Trianon. Die Liebe macht.
Kammerstücke. Die Tür ins Freie.
Neues Opernhaus. Die Dollarsprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Havana.
Gedw. Herrfeld. Die beiden Bindelhands.
Königl. Oper. Die jährlichen Verwandten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kassio. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Gedw. Herrfeld. Gute Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Follies. Caprice. Die Brautjungfer.
Carl. Gubernat. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Parodie. Der Raub der Sabinerinnen. Die Raubzüge. Berlin. Die beiden Bindelhands.
Hravia. Tausendundein. 17. 19.
Abends 8 Uhr: Der Montblanc.
Sonntag. Invalidenstr. 57/58.
Dr. Schwahn: Die Bewegungen der Himmelskörper.

Freitag, 23. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Sardanapal (Anfang 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Die Habsburgerin.
Deutsches. Pilsa.
Kammerstücke. Clavigo.
Berliner. Der Clown.
Deutscher. Der fidele Bauer.
Anfang 8 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 46/49.
Abends 8 Uhr:
Der Montblanc.
Invalidenstr. 57/58.
Dr. Schwahn: Die Bewegungen der Himmelskörper.

Hebbel-Theater
Königsgraber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr:
Repräsentations de Mme. S. Bernhardt
Le Passa.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarsprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Freiheit.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Die sieben Raben. Abends: Fischmarkt als Erzähler.
Sonntag nachm. 8 Uhr: Freiheit. Abends: Eine tolle Nacht.
Montag: Eine tolle Nacht.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 102.
Abends 8 Uhr:
Herr Paragroph.
Wochenpreis.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Donnerwetter. Abends: Herr Paragroph.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schults.
Sonntag, 23. Okt. nachm. 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos.

WINTERGARTEN
Neues Programm
Anne Danerey
Schwestern Merkel, Kontorsionist. Tortola Valencia, spanische Tänzerin. De Onzo Brothers, Flacohen-springer. Die zwölf Tiller Girls, engl. Gesangs- und Tanzgruppe. Philipparts, Diabolospieler.
Die drei Merrills, komische Radfahrer. Agost Family, Jongleure. Cliffe Berzac, komischer Dressur-akt. Emma Francis, Exzentrik-Tänzerin mit ihren zwei Araber-jungen. Fuller's Serpentin-Tänzerin.
Biograph.

APOLLO Theater
8.30 Heute 8.30
zum 3. Male:
unter persönlicher Leitung des Komponisten!
Eine lustige Spreewaldfahrt.
Ballette von Alfred Schmasow. Musik von Paul Lincke.
Sonder ab. Das große Programm.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Lene Land
Paul Schneider-Duncker
und das großartige Oktober-Programm
14 neue Variété-Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Lahovary,
der Fürst der Fesselsprenger.
Ohne Extra-Entree.
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Sanssouci.
Kulturbau, Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsch. Sänger und Tanz.
Ausgewähltes Programm
Beg. Sonnt. 8, wochent. 8 U.

Die Tür ins Freie.
Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
„Kümmere dich um Amelie.“
Schwan in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen u. tags. Lage: Kümmere dich um Amelie.
Sonntag, 25. Okt., nachm. 3 Uhr:
Gaben Sie nicht zu verzeihen?

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Lustspiel in 3 Akten v. Gustav Kadelburg.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Stein unter Steinen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der rote Leutnant.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Julius Caesar.
Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Gibt von Berlichings.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Julius Caesar.

Zirkus Schumann.
Heute Freitag, den 23. Oktober, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Vorwiegend humoristisches Programm und zum erstenmal der Öffentlichkeit vorgeführt!
John der mehrfach polizeihund,
dressediert und vorgeführt von dem Polizisten Bonel I (der Verbrecher wird dargestellt von Herrn Bonel II). Huffs, afrikanisches Dromedar in der hohen Schule dress. und geritten von Mr. Florio. 36 Original-Marokkaner. Dir. Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren. Sonntag: 2 Vorst.

Berliner Eis-Palast
Lutherstraße 22/24. — Ständige Eisbahn.
Täglich bis 1. Mai 1909 von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet. — Täglich: Großes Konzert. Abends 9 und 10 Uhr: Auftreten erster Kunstläufer und -läuferinnen, u. a. 9/9: Nadja Franck.

Grand-Hotel-Festsäle
Am Alexanderplatz. 8. Jährlich.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
— Wilh. Wolffs Hamburger Sänger. —
Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Eintritt 30 Pfennig. 2161b*
Vorankarten haben wochentags Gültigkeit.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Stammstr. 16.
Der Flüchtling.
Schauspiel.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugsarten gültig!
Sonntag große Extravortellung.
Zum erstenmal: Frau Joës Rache.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57
Ueber den Sensationserfolg von **Die beiden Bindelhands!!**
Komödie in 2 Akten
von Anton und Donat Herrnsfeld,
schreibt die „Norddeutsche Allg. Ztg.“: Das ausverkaufte Haus schiedelte im Entzücken über das zweifelhafte-schütternde Opus. Die Premiere hat das letzte herausgeholt, was die Lustmühle hergeben. Vieles, was erweist sich noch einmal nötig, im Herrnsfeld-Theater eine Sicherheitsmaße für Kundendankens zu positionieren.
Unabdinglich: Die beiden Bindelhands. Vorverk. Künstlerstr. 11. a. O'Donnays Ballettensembles. Reisers Original-Bauern-Ensemble Saratoff, Russentrio. Lena Nansen, Vertrags-Meisterin.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal, Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue gr. Oktober-Prgr.
Im Tunnel: Regimentskapelle u. Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 48.
Größter und vornehmster Theater-saal Moabit.
Sonntag, den 23. Oktober 1908:
Auf Strafurlaub.
Lustspiel in 4 Akten v. G. v. Keller. Anf. d. Vorst. 7, Aufführung 8 Uhr. Konzert 6 1/2 Uhr.
Vorverkauf d. 1-5 Uhr i. Theater-Restaurant.
Nach der Vorstellung: Ball.
Montag, 24. Oktober: Solree der Lustigen Sänger.

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Grute:
Cavalleria-Rustikana und die urkomische Burleske „Berlin steht Kopf“.
Anfang Sonnt. 8, wochent. 8 1/2 Uhr.
Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Oktober-Programm.
Glanzender Erfolg! Jubelndes Beifall!
Familie August Knoche.
August Knoche: Dir. Hans Berg.
Sonntag 4 Uhr: Reerzengasse 8a.

Reichshallen-Theater
Täglich:
Stettiner Sänger
Meysol, Brillen, Seidel, Horst, Schröder, Ebersberger, Bühling, Otto Schröder u. R. Schröder.
Anf. wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Berliner Großbrauerei ist in der Lage, mehrere gute **Restaurations-Geschäfte** nachzuweisen und sucht mit tüchtigen solventen Gastwirten diesbezüglich in Verbindung zu treten. 2026b
Gefällige Offerten unter H. 3 Expedition dieser Zeitung.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Freitag, den 23. Oktober 1908, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Nur noch kurze Zeit. Um 9 U. ca.:
Mr. Houdini
Die Uessesms!
Neu! Neu! Neu!
Herrn Ernst Schumanns Reudeff. Um ca. 10 Uhr:
Barbarossa!!
Dr. Original-Aufführungen. Pant. des Zirkus Busch in 6 Bildern.
Sonntag: Zwei Gala-Vorst.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanienallee 7-9.
Sum 1. Male:
Die von Hochfattel.
Lustspiel in 3 Akten v. Stein u. Heller.
Anfang 8 Uhr.
Vorst. Mittwoch, den 4. November:
Opernabend: Der Troubadour.
Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Franz Sobanski, Emmy Lyon, Mr. Ferry, Les Forrés, Mr. Boston u. Stella, Nanto Pohlmann, Eva Wagner, Anita u. Stefan Komaromy.
Der arme Galmsir. Schwan mit Gefangenen Schmidt Hamkin.
Nach der Vorstellung:
Mittw., Sonnab., Sonntag: Tanz.

Gustav Behrens-Theater. Goltzstr. 9.
Echte Spreewälder.
Vollständigt mit Gesang und Tanz von Walter Gericks.
Franz Heibig, Hausbühner: Dir. Gustav Behrens, Wilhelm Henkel, Arbeiter: Regis. Bernh. Lange.
Außerdem die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Duskes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 8 Uhr.

Kreuzberg-Festsäle.
Herr Otto Ernst.
SW. Kreuzbergstraße 42.
Jeden Montag:
Max Eicher-Sänger.
Nachher: Frei-Tanz-Kränzchen.
Passpartouto gültig.
Jeden Freitag:
Gr. Frei-Tanz.
Sonntags abends an Vereine zu vergeben.

Prachtsäle Nord-West
Moabit, Wickestr. 24.*
Jeden Freitag:
Petris Nordd. Sänger.
Entree 30 Pf. Nach d. Solree Tanz. — Nach d. Annonce hat nur ein Beleg. f. 10 Pf. zu ident.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Hof. Höhe Größtes
Spezialitäten-Theater Berlins
3000 Personen fassend! 3000!
Direktion: G. Milan u. G. Ritter.
Antonie Gates.
Ycotha & Kapit. Grade
Ling Ling Comp.
und 12 Attraktionen.
Ungeheurer und amüsanter Auf-schall für Familienpublikum.
Entree 2, 1.50, 1.25, 75, 50 Pf.
Vorzugsarten, halbe Preise, aber auf gratis.

Folies Caprice.
Abends 8 Uhr:
Die lästige Witwe.
Die Brautjungfer.
Bunter Solo-Teil. U. a.:
Grünecker als Verteidiger.
Sonntags - Nachm. - Vorst.
zu ermäßigten Preisen.

Fröhels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Sonntag, den 23. Oktober 1908:
Große Extra-Vorstellung.
Konzert, Theater und Spezialitäten.

Reichshallen-Theater
Täglich:
Stettiner Sänger
Meysol, Brillen, Seidel, Horst, Schröder, Ebersberger, Bühling, Otto Schröder u. R. Schröder.
Anf. wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Der Ursprung des Christentums.
Eine historische Untersuchung von **Karl Kautsky.**
Der Verfasser behandelt das Thema in folgenden 4 Haupt-abschnitten: I. Die Verfallzeit Jesu. II. Die Geistes-heit der römischen Kaiserzeit. III. Das Inkarnatum. IV. Die Anfänge des Christentums.
Preis brosch. 3 Mk., geb. 5.75 Mk.

25 Jahre sozialdemokratischer Arbeit in der Gemeinde.
Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Berliner Stadtverordnetenversammlung auf Grund amtlicher Quellen geschildert von **Paul Hirsch.**
Stifts 600 Seiten umfassend, in Halbfranz geb. Preis 15 Mk.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Finkenstr. 69, Laden.

Gegen Einbruch und Diebstahl.
Neu „Tyras“
Beste Türschloßsicherung, absolut sicher, in gewöhnl. Türschloß eingesetzt, verwandelt dasselbe in bestes Kunstschloß.
Bei Wohnungswechsel mitzunehmen.
Berliner Türschloß-Fabrik Schubert & Werth, Prenzlauer Str. 41. Prosp. gr. u. fr. inkl. oins. 6 Mk.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Gillule Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler **Waldemar Kukuk** am 20. d. M. verstorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Pauls-Kirchhofs aus statt.
1909 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Johann Dziabas** Mitglied seit 13. Dezember 1884 am 21. Oktober verstorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Stephan-Kirchhofs, Sieglitz, Bergstraße, aus.
71/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Hiermit dient den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bierfabrikant **Karl Schuldt** am 19. d. Mts. an der Juden-krankheit gestorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pions-Kirchhofs (Nordend) aus statt. 71/19
Die Verwaltung 2.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Speicherarbeiter **Hermann Maske** am 20. Oktober 1908 im Alter von 51 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Pions-Kirchhofs, Pringens-allee statt. 71/18
Die Ortsverwaltung Berlin II.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Speicherarbeiter **Hermann Maske** am 20. Oktober 1908 im Alter von 51 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Pions-Kirchhofs, Pringens-allee statt. 71/18
Die Ortsverwaltung Berlin II.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Speicherarbeiter **Hermann Maske** am 20. Oktober 1908 im Alter von 51 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Pions-Kirchhofs, Pringens-allee statt. 71/18
Die Ortsverwaltung Berlin II.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2.5-7. Sonntags 10-12.3-4.

Billigste Bezugsquelle für Hygienische Bedarfs-Artikel
Drogerie Zaremba, Berlin N., Weinbergsweg 1.
— Ein Versuch —
führt zu dauernder Kundenschaft.

Charlottenburg.
Solide Uhren, moderne Kettan, Reparaturen an Uhren u. Goldwaren preiswert u. gut.
Friedrich Stabenow, (am Reichshaus).
In der Nähe von Mainz ist **Gewerkschaftshaus** mit gutem Umsatz zu verkaufen. Anzahlung 10 000 Mark. Offerten unter F. 3 an die Expedition d. Bl.

Weihnachts-Massenartikel
passend für Warenhäuser, Karrenhändler, Papler- und Buchhändler, 50 Pf.-Artikel, sofort zu vergeben. Reflektionen werden sich umgehend melden unter J. 3 an die Expedition des „Vorwärts“.

Möbel
ganze Wohnung - Einrichtungen, Zimmer- und Küch.-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter gediegener Arbeit empfangen 41500*
Wilh. Zambrecht,
Berlin SW., Simonstraße 19,
Verlangen Sie, bitte, illustr. Preisliste an der Alten Jakobstraße.

Möbel
ganze Wohnung - Einrichtungen, Zimmer- und Küch.-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter gediegener Arbeit empfangen 41500*
Wilh. Zambrecht,
Berlin SW., Simonstraße 19,
Verlangen Sie, bitte, illustr. Preisliste an der Alten Jakobstraße.

